



## Stenografischer Bericht

### 56. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2013,

Magdeburg, Landtagsgebäude

#### Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten ..... 4743

Beschlüsse zur Tagesordnung ..... 4743

#### Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

##### **Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt retten!“**

Unterrichtung Landtagspräsident  
- **Drs. 6/2615**

Herr Schöder (Vertrauensperson der  
Volksinitiative „Kulturland Sachsen-  
Anhalt retten!“) ..... 4744  
Minister Herr Dorgerloh ..... 4747, 4752  
Herr Gebhardt (DIE LINKE) ..... 4752  
Herr Gallert (DIE LINKE) ..... 4753, 4760  
Herr Güssau (CDU) ..... 4754  
Herr Schröder (CDU) ..... 4757  
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... 4757

Herr Miesterfeldt (SPD) ..... 4759, 4760

Ausschussüberweisung ..... 4761

#### Tagesordnungspunkt 2

Zweite Beratung

##### **a) Entwurf eines Haushaltsbegleit- gesetzes für das Jahr 2014**

Gesetzentwurf Landesregierung  
- **Drs. 6/2362**

Beschlussempfehlung Ausschuss  
für Finanzen - **Drs. 6/2612**

Änderungsantrag Fraktion BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2635**

Änderungsantrag Fraktion DIE  
LINKE - **Drs. 6/2640**

Änderungsantrag Fraktionen CDU  
und SPD - **Drs. 6/2652**

b) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014)**

Gesetzentwurf Landesregierung  
- **Drs. 6/2363**

Beschlussempfehlung Ausschuss  
für Finanzen - **Drs. 6/2613**

Änderungsanträge  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2636 und 6/2637**

Änderungsanträge Fraktion DIE  
LINKE - **Drs. 6/2641, 6/2642,  
6/2643, 6/2644 und 6/2645**

Änderungsantrag Fraktionen CDU  
und SPD - **Drs. 6/2648**

c) **Tilgungsplan für die im Jahr 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite**

Antrag Landesregierung - **Drs. 6/2365**

Beschlussempfehlung Ausschuss  
für Finanzen - **Drs. 6/2614**

(Erste Beratung in der 50. Sitzung des  
Landtages am 12.09.2013)

Frau Dr. Klein (Berichterstatte(rin)) ..... 4762, 4807  
Minister Herr Bullerjahn ..... 4770  
Herr Gallert (DIE LINKE) ..... 4778, 4795  
Herr Barthel (CDU) ..... 4785, 4796  
Frau Dr. Klein (DIE LINKE) ..... 4796

Herr Meister (GRÜNE) ..... 4798  
Frau Niestädt (SPD) ..... 4802, 4808, 4815  
Herr Lange (DIE LINKE) ..... 4808  
Herr Gebhardt (DIE LINKE) ..... 4812  
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) ..... 4814

Beschluss zu a ..... 4815

Beschluss zu b ..... 4816

Beschluss zu c ..... 4826

**Tagesordnungspunkt 22**

Beratung

**Personelle Umbesetzung des  
13. Parlamentarischen Unter-  
suchungsausschusses**

Antrag Fraktion SPD – **Drs. 6/2623**

Beschluss ..... 4826

**Tagesordnungspunkt 23**

Beratung

**Personelle Umbesetzung des  
14. Parlamentarischen Unter-  
suchungsausschusses**

Antrag Fraktion SPD – **Drs. 6/2624**

Beschluss ..... 4826

Beginn: 14.05 Uhr.

**Präsident Herr Gürth:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 56. Sitzung des Landtags von Sachsen-Anhalt der sechsten Wahlperiode. Ich heiße dazu alle anwesenden Mitglieder des Hohen Hauses und die Gäste, die wir heute im Hause haben, herzlich willkommen.

Wir begrüßen die Vertreter einer Volksinitiative - das ist nicht alltäglich -, die wir heute unter Punkt 1 auf der Tagesordnung haben. Sie haben sich in den letzten Monaten für ein Thema besonders engagiert.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Es liegen Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung vor. Mit Schreiben vom 4. Dezember 2013 bat die Landesregierung, für die 29. Sitzungsperiode folgende Mitglieder zu entschuldigen:

Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff entschuldigt sich für Donnerstag wegen der Teilnahme an der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin in Berlin.

Herr Staatsminister Robra entschuldigt sich für Donnerstag wegen der Teilnahme an der Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien sowie der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin. - Weitere Entschuldigungen liegen mir nicht vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir zur Tagesordnung. Die Tagesordnung für die - -

(Herr Wunschinski, CDU: Sie sind nicht zu verstehen, Herr Präsident!)

Ich bitte die Technik, das Problem zu beheben. Hier wird noch gebaut. Im nächsten Jahr soll es besser werden. Ich versuche es noch einmal. Ich hoffe, für das Protokoll waren die Eingangsworte verständlich. Ich schaue zu den Stenografinnen. - Sie nicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste im Haus! Kommen wir zur Tagesordnung. Die Tagesordnung für die 29. Sitzungsperiode liegt Ihnen allen vor.

Die Fraktion der CDU hat fristgemäß ein Thema zur Aktuellen Debatte eingereicht. Der Antrag liegt in der Drs. 6/2639 vor und ist unter Punkt 24 auf die Tagesordnung genommen worden. Der Übereinkunft im Ältestenrat folgend, wird er am Freitag an erster Stelle beraten. Der ursprünglich für Freitag als erster Punkt vorgesehene Tagesordnungspunkt 12 wird somit an zweiter Stelle behandelt.

Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann kann so verfahren werden.

Des Weiteren gibt es den Wunsch, die Tagesordnungspunkte 22 - Personelle Umbesetzung des 13. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - und 23 - Personelle Umbesetzung des 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses -, die jeweils ohne Debatte behandelt werden, heute am Ende der Sitzung zur Abstimmung zu bringen, damit die Ausschüsse arbeiten können. Spricht jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir heute am Ende der Sitzung die Tagesordnungspunkte 22 und 23 behandeln.

Gibt es weitere Bemerkungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren.

Zum zeitlichen Ablauf der 29. Sitzungsperiode. Die morgige 57. Sitzung des Landtags beginnt um 9 Uhr.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Erste Beratung

**Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt retten!“**

Unterrichtung Landtagspräsident - **Drs. 6/2615**

Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 11. November 2013 haben die fünf Vertrauenspersonen einen Antrag auf Behandlung der Volksinitiative an mich gerichtet. Ich darf die Vertrauenspersonen im Hohen Hause herzlich willkommen heißen.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Prüfung der in den §§ 4 bis 6 des Volksabstimmungsgesetzes niedergelegten materiellen und formalen Voraussetzungen hat zu der Entscheidung geführt, dass die Volksinitiative alle Antragsvoraussetzungen erfüllt.

Angenommene Volksinitiativen, die keinen Gesetzentwurf zum Inhalt haben, behandelt der Landtag gemäß seiner Geschäftsordnung in erster Beratung, in der einer der Vertrauenspersonen das Wort zu erteilen ist. Das ist etwas Seltenes. Dazu gibt es extra ein Gesetz, das Volksabstimmungsgesetz. Das bürgerschaftliche Engagement ist ausdrücklich willkommen.

Wir beginnen die Beratung mit dem Beitrag des Vertreters der Volksinitiative. Für die Volksinitiative wird als Vertrauensperson Herr Schöder sprechen. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

(Zustimmung von Frau Pieper, Vertrauensperson der Volksinitiative)

Ich darf noch eine Anmerkung machen. Auf der Bühne würde man vielleicht „toi, toi, toi“ sagen.

Auch wenn man oft auf einer Bühne steht, ist es etwas Besonderes, hier in diesem Haus am Rednerpult zu stehen. Es ist für den einen oder anderen Gast auch etwas Besonderes, hier in diesem Haus zu sein. Der Lohn des Künstlers ist oftmals der Applaus.

In der Hausordnung ist die Bekundung von Zustimmung oder Ablehnung auf den Tribünen nicht vorgesehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie Ihre Empathie oder Antipathie - so leid es mir tut - für sich behalten müssen. Es ist Ihnen aber freigestellt, Herrn Schröder nach seiner Rede herzlich zu umarmen oder mit ihm ins Gespräch zu kommen oder der Debatte zu folgen.

Ich wollte dies nur erwähnen, damit es keine Unstimmigkeiten oder Unmut gibt. Aber diese Regelung gilt für die Tribünen in jedem Abgeordnetenhaus der Welt. Bitte schön, Herr Schöder.

**Herr Schöder, Vertrauensperson der Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt retten!“:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Guten Tag! Sehr geehrter Herr Präsident Gürth! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt! Sehr geehrte Unterstützer der Volksinitiative! Die vielen Unterschriften zeigen - ich stelle das Pult etwas höher, damit ich Sie besser sehen kann -, was den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wichtig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, heute hier vor Ihnen als einer der Vertreter dieses Begehrens sprechen zu dürfen. Danke, dass Sie uns zu hören.

Es berührt mich zutiefst, dass unsere Sorge um den Erhalt der Kultur und des gesamten kulturellen Lebensniveaus in unserem Land Sachsen-Anhalt so viele Unterstützer gefunden hat. Ich stehe nicht allein hier. Neben und hinter mir stehen mehrere Zehntausend Menschen mit ihrem Willen, dass wir fünf Vertrauenspersonen, wie es im Gesetz über Volksinitiativen heißt - wir, das sind Frau Cornelia Pieper, Herr Tilman Schwarz, Herr Ulrich Fischer, Herr André Bückner und ich, Olaf Schöder -, für die Kultur in Sachsen-Anhalt Entscheidendes bewegen sollen.

Der Präsident des Landtages, Herr Detlef Gürth, hat 30 773 der von uns eingereichten 31 400 Unterschriften als gültig im Sinne des Volksabstimmungsgesetzes anerkannt.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es erreichten uns allerdings mehr als 45 000 Unterschriften, wobei wir bereits etwa 9 000 Unterschriften vorab mangels Vollständigkeit der Eintragung aussortiert hatten. In der Summe stehen vor

Ihnen also ca. 45 000 Menschen mit ihren Kindern und mit ihren Familien. 45 000 Unterschriften sind - dieser Hinweis sei mir gestattet - auch Wählerstimmen.

Es hält also nicht nur ein Mensch hier eine Rede. Es sprechen gewissermaßen mehrere Zehntausend Menschen zu Ihnen. Diese Wählerstimmen benutzen das Instrument der Volksinitiative, um ihre Abgeordneten zusätzlich mit einem Auftrag bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Viele Protestaktionen begannen im Frühjahr gegen die geplanten Kürzungsabsichten unserer Landesregierung. Mich beeindruckte zutiefst, wie engagiert sich Menschen zusammenfanden und sich in einer seit 1989 noch nie dagewesenen Heftigkeit solidarisierten, um zu protestieren.

Sie haben uns dazu bewogen zu überlegen, wie wir diesen Protest konstruktiv weiterführen könnten, um nicht ein Gegner der Politik, sondern deren Partner zu sein. Alle Menschen, auch Sie, liebe Abgeordnete, sind kulturoffene Wesen und brauchen Kultur, sonst verkümmern sie, sonst bleiben wir alle als Ganzes auf der Strecke. Kultur ist eine und für viele die Ressource, das eigene Leben zu meistern.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU, und von Herrn Güssau, CDU)

Was meine ich damit? - Unsere Demokratie lebt davon, dass das Volk, anders als zu Zeiten der Pharaonen, die Politik nicht nur hinnimmt, sondern sich aktiv daran beteiligt. Heute und eben auch hier sprechen und zuhören zu dürfen, ist für Sie und uns eine einmalige Chance, etwas für die Zukunft der Kultur in unserem Land zu bewegen.

Was für ein Land ist es eigentlich? - Ein Land mit einer langen, großartigen kulturellen Tradition, mit so herausragenden Personen wie Luther, Cranach, Händel, Bach, Telemann, Schütz, Franke, Novalis, Moses Mendelssohn, Weill - mein Gott, es hört gar nicht auf -, um nur einige zu nennen.

Diese und viele weitere hervorragende Geister haben uns hier in diesem kleinen Bundesland ein kulturelles Erbe hinterlassen, welches in vielerlei Hinsicht seinesgleichen sucht und welches es zu bewahren und zu schützen gilt, nämlich durch uns, die heute Lebenden, und gerade auch durch Sie, die Abgeordneten im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus Artikel 41 Abs. 2 der Landesverfassung - das kennen Sie alle -:

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Schiller konnte zu seiner Zeit in seinem „Don Carlos“ dem König von Spanien durch Marquis von Posa noch zurufen lassen: Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!, als es dort um die freie Entfaltung der Persönlichkeit ging.

Könige, Kaiser gibt es heute jedenfalls in Deutschland nicht mehr. Der Souverän ist das Volk selbst. Dieses wird in unserer parlamentarischen Demokratie, in Sachsen-Anhalt vertreten durch Sie, sehr geehrte Abgeordnete, hier im Landtag. Sie tragen die Verantwortung für die Rahmenbedingungen zur Entfaltung der Persönlichkeit der Menschen, gerade auch der jungen Menschen in unserem Land mit diesem wunderbaren kulturellen Hintergrund und diesen fantastischen Angeboten durch unsere Theater und Orchester. Wir haben hier Leuchttürme der Kultur. Sie strahlen aus, nicht nur in unserem Land, sondern auch weit darüber hinaus, deutschlandweit und sogar international. Sie sind hervorragende Kulturbotschafter unseres Landes in aller Welt.

Deshalb rufe ich Ihnen in Abwandlung des zuvor zitierten Schiller-Wortes zu: Liebe Abgeordnete, Vertreter des gesamten Volkes in Sachsen-Anhalt, schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass diese Leuchttürme weiter leuchten und glänzen zum Ruhm und Wohl unseres Landes und nicht durch tiefe finanzielle Einschnitte stumpf und matt werden oder gar verlöschen!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wie gehen Sie nun damit um, indem Sie an den Kürzungsplänen festhalten und unserer kulturellen Identität, gerade auch in finanzieller Hinsicht, nicht den gebührenden Platz einräumen? Nicht wahrnehmend oder zumindest nicht in praktische Finanzpolitik umsetzend, dass aus dieser kulturellen Identität gemeinsam mit den wertschöpfenden Instituten der Theater, Opernhäuser, Vereine und Museen geistige und materielle Werte geschaffen werden und das Leben hier besonders attraktiv machen? - Es handelt sich also um eine Investition, nicht um eine Subvention, die ein Vielfaches an Gewinn erwirtschaftet.

Der Oberbürgermeister von Halle, Herr Wiegand, sagte letzters erstaunlicher -, aber richtigerweise: „Jeder Euro, den ich in die Händel-Festspiele investiere, kommt fünffach zurück.“ - Zitat aus der „MZ“.

Übertragen auf den Landeshaushalt für 2014 hieße das, gestrichene ca. 7 Millionen € bedeuten demnach den Verzicht auf ca. 35 Millionen € Gewinn. Und was können Sie, die Politik, dabei tun?

Neue Wege sind zu finden, wie etwa die Unterstützung der Kultur aus anderen Quellen - deswegen bin ich damals nach Berlin gereist, um mit Frau Pieper zu reden -, durch eine volle oder zumindest

erhebliche Mitfinanzierung der Weltkulturerbestätten und der Händel-, Telemann-, Schütz-, Weill- und Bach-Festspiele in Sachsen-Anhalt durch den Bund, eingedenk des Versprechens unserer Bundeskanzlerin, jedenfalls 3 % des Bundeshaushaltes zukünftig für die Förderung von Kultur und Wissenschaft auszugeben.

Und was ist mit den Vorschlägen Kultur Groschen oder Tourismusabgabe bei Übernachtungen? Weimar hat damit, wie ich weiß, sehr gute Erfahrungen gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sind Sie nicht auch mit uns der Meinung, dass gerade Sie als Abgeordnete dazu verpflichtet sind, unsere kulturelle Wertestruktur und die kulturellen Werte in einem Volk zu erhalten, zu stärken und nicht zu schwächen?

Verständnis für das Gemeinwohl braucht eine breite Basis, Nächstenliebe braucht eine breite Basis, Achtung vor dem Schwächeren braucht eine breite Basis, ehrenamtliches Engagement braucht eine breite Basis, genau so wie Kirchen, Vereine, Schulen, Krankenhäuser, Theater und Universitäten. Jeder, der an diesen Ästen sägt, sollte sich wohl überlegen, was er seinen Bürgerinnen und Bürgern zumutet und ob nicht dadurch zukünftig viel höhere Kosten auf uns alle zukommen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ja, da sollte man klatschen. - Fällt diese Basis weg, wird sie geschwächt, dann droht die Gesellschaft zu verrohen und es verändern sich radikal diese positiven Werte, wird der Verteilungskampf härter, nimmt der Kampf auf der Straße zu und Sie laufen Gefahr, Wähler, die sich dann radikalen so genannten Heilsbringern zuwenden könnten, zu verlieren.

Denken Sie gerade auch an die Kinder und Jugendlichen, auch an Ihre Kinder sowie die unglaublich wichtige Kinder-, Schüler- und Jugendarbeit bei unseren Theatern, Opern und Orchestern. Diese gilt es zu stärken. Durch die durch keine erkennbare Konzeption unterstützte Kürzungspolitik der Landesregierung werden jahrhundertalte Traditionen des Theater- und Orchesterwesens in Sachsen-Anhalt aufs Spiel gesetzt.

Wir leben in einer Zeit der großen Veränderungen. Wir müssen den Mut haben, heute neue Wege zu geben, aber immer mit der Verantwortung für die geistig-seelischen Grundlagen unseres Volkes. Ich sehe ein, dass es schwer ist, sich von alten Gedankenmustern zu trennen. Und angebliche Strukturveränderungen sind letztlich nur Kürzungen. Hierbei spielt wieder das Geld eine wesentliche Rolle. Was schneiden wir weg und was geschieht dann? Es ist skandalös, dass in einem reichen Land wie Deutschland Geld für Banken in unüber-

sehbarer Höhe ausgegeben wird, jedoch bei der Bildung und Kultur erheblich gekürzt wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wie sollen wir unsere Identität bewahren, wenn unsere Kultureinrichtungen nicht einer hinreichenden staatlichen Unterstützung für wert befunden werden? Die Theater und Orchester in Halle und Dessau bestehen seit über 200 Jahren. Leben wir tatsächlich in den schlechtesten Zeiten seit über 200 Jahren, dass wir nun gezwungen sind, diese Einrichtungen zum Teil abzuschaffen? Was sind Voraussetzungen für zukünftiges Handeln?

Gerade eine Krise, wie wir sie heute erleben, jetzt, hier bei dieser Haushaltsdebatte, ist die Chance zur Umkehr, zum Verändern der Sichtweisen, zur neuen Fokussierung auf das Wesentliche. In dieser Phase investiert ein kluger Unternehmer in die Basis, in die kreativen Köpfe und Ressourcen seiner eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Und dies ist schlicht der Mensch mit seiner Rationalität, seiner Emotionalität, seinen Bedürfnissen nach Sinnerfüllung, seinen Bedürfnissen nach Frieden, Freude, Fürsorge für sich und seine Angehörigen, seinem sozialen Umfeld. Die Menschen suchen nach Halt und Orientierung. Und wo finden sie das?

Die Mitarbeiter der Theater und Orchester stehen für eine vitale, kreative, lebenswerte Zivilgesellschaft. Das Land Sachsen-Anhalt kann es sich nicht leisten, auf diese Menschen zu verzichten. Theater- und Orchesterkultur wird von Menschen für Menschen vor Ort gemacht. Sachsen-Anhalt braucht ein lebendiges, kulturelles Leben in den Städten und im ländlichen Raum und nicht nur eine Denkmal- und Jubiläumskultur.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Jedes einzelne Theater und Orchester hat umfangreiche theater- und musikpädagogische Programme, die bereits die kleinsten Bürger des Landes in den Kitas und Schulen erreichen. Diese Kinder sind nicht etwa, wie oft floskelhaft behauptet wird, das Publikum von morgen. Nein, sie sind unsere Gegenwart, das Publikum von heute.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Tragen Sie Verantwortung in sich, womöglich sogar die Angst, den Druck, schnelle Entscheidungen treffen zu müssen und im Haushalt gerade bei den so wichtigen kulturellen Einrichtungen unseres Landes zu kürzen, um angeblich für die Zukunft gerüstet zu sein? Gerade dieses würde Sie und damit uns alle in einen unsäglichen Verteilungskampf führen, eventuell auch zu Fehlinterpretationen, zur Gefahr von Verarmung und Aggressivität - und alles in dem Bewusstsein, eigentlich doch etwas Gutes tun zu wollen.

Herr Bundestagspräsident Lammert sagte in der Oper in Halle: Öffentliche Ausgaben müssen sich rechtfertigen, Kulturausgaben auch, ganz selbstverständlich. Aber zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Kulturetats dagegen völlig ungeeignet.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben viel zu gering und ihre Bedeutung zu hoch. Setzen Sie andere Schwerpunkte in der Haushaltsdiskussion! Hierbei geht es wirklich um die Zukunft des Landes.

Unsere Theater, die Intendanten und Mitarbeiter haben in den letzten Jahren schon so viel verändert, um Kostenfaktoren zu optimieren, Stellen abzubauen und durch besondere Verzichtseleistungen im Wege von Haustarifverträgen auf 10 % und mehr ihrer Gehälter und Gagen zu verzichten. Es ist eine absolute Schmerzgrenze erreicht. Mitarbeiter verzichten zum Teil seit über zehn Jahren auf große Gehaltsbestandteile sowie Anwartschaften auf die Altersversorgung. Diesen Menschen sollte man dafür danken, dass nur durch den persönlichen Einsatz und Verzicht und - auch das sei hier erwähnt - durch den großen Einsatz der theatertragenden Kommunen die Theaterlandschaft noch so vielfältig und vital ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Angestellte sind nicht dazu da, die Aufgaben der Träger zu erledigen. Ich muss Sie fragen: Finden Sie das in Ordnung, dass Personen im Einzelvertrag, Manager, nicht verzichten müssen? Dabei wehren sich die Theater und Orchester keineswegs gegen Strukturveränderungen. Selbst der von diesem Hohen Hause eingesetzte Kulturkonvent hat Strukturveränderungen empfohlen, allerdings mit der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung und der ebenfalls dafür notwendigen Vorbereitungszeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Beides will die Landesregierung ihren Kultureinrichtungen nicht vorhalten. Verzeihen Sie mir die Frage: Verzichten Sie auf 10 % Ihres Gehaltes, um den Landeshaushalt zu sanieren?

Zugleich ist der Anteil am Landeshaushalt seit 2006 kontinuierlich gesunken. Damals war es noch 1 %. - Ich merke hier klingelt etwas, ich muss mich beeilen.

Ich bitte Sie, gestatten Sie ein Moratorium, damit gemeinsam und ohne teure Beraterinstitute eine zukunftsfähige Lösung gefunden wird.

Allein bei der Staatskapelle gehen in den nächsten Jahren sehr viele Musiker in die Rente. So kann

mittelfristig die Zahl der dortigen Stellen sozialverträglich reduziert werden, zumal wir durch die Fusion schon viele Stellen reduziert haben. Das fand damals in Absprache mit der Landesregierung statt. Die Musiker haben ein Recht darauf, dass diese Maßnahme bis 2018 durchgeführt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Senden Sie mit Ihrer heutigen Entscheidung auch ein Zeichen der Versöhnung. Durch die Entscheidung über Kürzungen, durch die Negativdiskussionen, auch durch die Absage der Händel-Festspiele und die nun schon seit Monaten andauernden Proteste, durch all das hat die Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt an Ansehen im Land und international verloren. Auch das Vertrauen vieler Bürger, denen die Kultur am Herzen liegt und die sich in den zahlreichen Freundeskreisen ehrenamtlich engagieren, ist beschädigt.

Entscheiden Sie bitte nicht nur um einer Entscheidung willen. Gut Ding will eben Weile haben, sagt man sicher nicht zu Unrecht. Setzen Sie ein Zeichen für eine verlässliche, dialogbereite Politik, die die Ängste und Befürchtungen sowie das Engagement seiner Bürger ernst nimmt. Setzen Sie ein Zeichen für die Zukunft, die nicht alle Aspekte des Lebens ausschließlich finanziellen Gesichtspunkten unterwirft.

Nehmen Sie die vorgeschlagene Kürzung für die Theater und Orchester zurück und treten Sie mit uns in einen Zukunftsdialog ein. Das ist eine Sache, die jeden angeht. Uns geht es unabdingbar um eine überparteiliche Lösung. Reißen wir Mauern ein und vereinen uns zu gemeinsamen Lösungen, dass für Kultur und Wissenschaft in Sachsen-Anhalt eine neue Prioritätensetzung gefunden wird.

Sachsen-Anhalt ist ein Kulturland. Wir sind es uns und auch unseren Kindern schuldig, dass das so bleibt. Das Kulturland Sachsen-Anhalt muss Kulturland bleiben. Denken Sie in Fülle und nicht in Mangel, denken Sie in Liebe für die Mitmenschen. Dies schafft Freiheit, gemeinsam Lösungen zu finden.

Sie kennen noch Frau Regine Hildebrandt. Sie hat ein Buch mit dem Titel geschrieben: „Erzählt mir doch nicht, dasset nicht jeht“.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ein Olaf Schöder jetzt: Leben Sie, fühlen Sie die Lösung! Hier stehe ich, ich kann nicht anders. - Wir danken Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Ich danke Herrn Schöder für seine Ausführungen für die Volksinitiative.

Wir treten nunmehr in die Aussprache zu diesem Thema ein. Als Erster spricht für die Landesregierung Herr Kultusminister Dorgerloh.

#### **Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Vertrauenspersonen! Man soll Kürzungen nicht schönreden, aber man sollte auch nicht den Untergang des Kulturlandes Sachsen-Anhalt heraufbeschwören, wenn in drei Einrichtungen nötige und überfällige Strukturanpassungen vorgenommen werden müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt ist ein bedeutendes Kulturland und Sachsen-Anhalt wird auch ein bedeutendes Kulturland bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Seine Stärken und seine Besonderheiten erwachsen aus dem umfangreichen Kulturerbe vieler Epochen, aus der kulturellen Kreativität der Bürgerinnen und Bürger, aus dem breiten Spektrum zeitgenössischer Kunst und Kultur sowie kultureller Bildung. Vom Unesco-Welterbe über eine großartige Musiktradition - wir haben es gerade gehört - bis hin zu innovativer Kunst gibt es in Sachsen-Anhalt viel Bewahrenswertes, viele Schätze.

Diesen großen Reichtum wollen und müssen wir miteinander sichern und bewahren und für die weitere Entwicklung Sachsen-Anhalts nutzen. Wenn das von mehr als 30 000 Menschen im Land unterschrieben wird, dann kann man sich darüber nur freuen.

Wenn jedoch gleichzeitig behauptet wird, dass der - ich zitiere - „Sparkurs der Landesregierung die gesamte Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt akut in ihrer Substanz bedroht“, dann will ich an dieser Stelle kräftig widersprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während wir hier debattieren, liegen in Magdeburg, Stendal, Schönebeck, Wernigerode, Naumburg, Halberstadt und Quedlinburg Theaterverträge zur Prüfung vor, die einen jährlichen Aufwuchs der Mittel vorsehen.

Erstmals - erstmals! - haben die Theaterverträge im Land die langersehnte anteilige Dynamisierung der Zuschüsse bekommen. In Dessau und Halle - wir haben darüber im Bildungs- und Kulturausschuss gerade noch einmal mit den Trägern diskutiert - kommt die Dynamisierung, wenn die Strukturanpassung abgeschlossen ist. Das nenne ich verantwortungsvolle Kulturpolitik. Das kostet uns mehr als 4 Millionen € zusätzlich bis zum Jahr 2018.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich will weitere Beispiele nennen, die zeigen, dass von der Landesregierung erhebliche finanzielle Ressourcen für die verschiedenen Kulturbereiche bereitgestellt werden, um kulturelle Substanz wie auch Vielfalt zu sichern. Dabei geht es nicht nur um die weitere Entwicklung und finanzielle Unterstützung der kommunalen Theater im Land, es müssen auch Anstrengungen unternommen werden, um Dome und Schlösser, Denkmale und Museen, Musikschulen, Bibliotheken und die Breitenkultur zu sichern. Auch hierfür benötigen die Träger finanzielle Unterstützung vom Land. Auch Chor- und Musikfeste, Jugendensemble, Jubiläumsausstellungen, die Soziokultur ebenso wie die freie Szene und die bildenden Künstler sind förderwürdig.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Für die Kulturstiftungen wie das Bauhaus oder die Stiftung Dome und Schlösser, für die Luther-Stätten, für das Dessau-Wörlitzer Gartenreich usw. stellt Sachsen-Anhalt im nächsten Haushaltsjahr rund 26,6 Millionen € bereit. Das ist mehr als im Jahr zuvor, also in diesem Jahr.

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie erhält zusammen mit dem Landesmuseum - in dem übrigens gerade eine fantastische Ausstellung zu sehen ist - 13,8 Millionen €. Das ist mehr als in diesem Jahr. Mehr als 8 Millionen € werden für die unterschiedlichsten Einzelprojekte bereitgestellt. Viel davon kommt Kindern und Jugendlichen sowie der kulturellen Bildung zugute. Auch zahlreiche ehrenamtlich arbeitende Vereine können ihre Projekte durch diese Fördermittel realisieren.

Ich will diese Liste noch fortsetzen, weil das noch längst nicht alles ist. Für das im Bundesvergleich sehr dichte Netz an Musikschulen werden vom Land pro Jahr mehr als 3,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Institutionell geförderte Kulturvereine und -verbände erhalten Landeszuschüsse in Höhe von 2,4 Millionen €.

Die Sanierung des Goethe-Theaters Bad Lauchstädt kostet uns zusätzlich 6 Millionen €; die Mittel sind in den Haushaltsplan eingestellt worden.

(Zustimmung von Frau Dr. Späthe, SPD)

Außerdem bekennen wir uns zum Bau eines Ausstellungszentrums in Dessau. Auch das Nietzsche-Dokumentationszentrum in Naumburg hat mit dem Haushalt eine Perspektive bekommen. Von 2014 bis 2016 ist das gesichert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir auf die Relationen schauen, dann stellen wir fest, dass der mit Abstand größte Anteil des Kulturetats auch künftig den Theatern und Orchestern zugute kommt. Das Land unterstützt die kommunalen Träger mit fast 30 Millionen €. Das entspricht

immer noch ca. 35 % der Gesamtausgaben für Kultur. Hinzu kommen nun auch noch die Mittel für die Dynamisierung, wie ich bereits gesagt habe: mehr als 4 Millionen € bis zum Jahr 2018.

Ja, wir haben einen Strukturanpassungsfonds im Haushaltsplan ausgewiesen, der vorerst mit 1 Million € ausgestattet ist und aufgestockt werden kann. Das ist ganz wichtig: Er kann aufgestockt werden, wenn die betreffenden Theaterträger belastbare Kalkulationen und realistische Konzepte für die Schaffung von zukunftsfähigen Strukturen vorgelegt haben. Der Bildungs- und Kulturausschuss wird sich damit beschäftigen und dann eine Empfehlung an den Finanzausschuss abgeben, damit diese zusätzlichen Mittel für die Theater in Dessau, Halle und Eisleben fließen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insgesamt stellt das Kultusministerium im Jahr 2014 mit 88,9 Millionen € mehr Geld für die Kulturförderung zur Verfügung als im Jahr 2013. In diesem Jahr beliefen sich die Ausgaben auf 85,3 Millionen €, und das alles ohne Reformationsjubiläum.

(Zustimmung bei der SPD, von Herrn Schröder, CDU, und von Minister Herrn Bullerjahn)

Auch das ist noch nicht alles; denn die Kulturförderung ist eine Querschnittsaufgabe. Das heißt, die Kultur ist in vielen Zusammenhängen relevant. Auch unter sozialen, wirtschaftlichen sowie raumordnungs- und medienpolitischen Gesichtspunkten werden verschiedene kulturelle Vorhaben von anderen Ressorts gefördert. Zum Beispiel große erfolgversprechende Film- und Medienproduktionen ebenso wie der städtebauliche Denkmalschutz, die kulturtouristische Infrastruktur oder die kulturellen Projekte im ländlichen Raum sowie, nicht zu vergessen, die Schätze in unseren Archiven oder die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für Kirchenmusik müssen hier erwähnt werden.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Wenn es von der Initiative nun heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kultur solle auskömmlich finanziert werden, dann muss man natürlich fragen, was das heißt. Die Antworten darauf werden unterschiedlich sein.

Ich verhehle nicht, dass man sich als Kultusminister immer zusätzliche Mittel wünscht. Ich kenne keinen Kollegen, der diese abschlagen würde. Wenn wir unser Land aber im Vergleich der Länder betrachten, dann gehört Sachsen-Anhalt neben Sachsen und Thüringen zu den Flächenländern in der Bundesrepublik, deren Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur mit am höchsten ausfallen, und das ist auch gut so!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank - Herr

Borgwardt, CDU: So ist es! - Herr Gallert, DIE LINKE: Nein, ist falsch!)

Im letzten Kulturfinanzbericht des Bundes und der Länder aus dem Jahr 2012 wird aufgezeigt, dass die öffentlichen Kulturausgaben in Sachsen-Anhalt pro Einwohner bei 116,45 € liegen. In einem reichen Geberland wie Bayern betragen die Kulturausgaben pro Kopf hingegen nur 59,51 €, in Hessen 97,02 € und in Baden-Württemberg 97,33 €.

(Herr Schröder, CDU: Hört, hört!)

Auch mit dem neuen Landeshaushalt wird sich an diesen Verhältnissen grundsätzlich nichts ändern. Sachsen-Anhalt stellt auch künftig gemessen an der Einwohnerzahl mehr Mittel für die Kulturfinanzierung zur Verfügung als die Geberländer des Länderfinanzausgleichs. Und ich sage auch: Aufgrund unserer Geschichte sollten wir dabei nicht nachlassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

- Ich merke mir sehr genau, wer jetzt geklatscht hat.

(Heiterkeit bei der SPD - Zustimmung von Herrn Steppuhn, SPD)

Ich möchte noch einen dritten Indikator nennen, den Anteil der Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Hierbei gehört Sachsen-Anhalt mit einem Anteil von 0,57 % neben Berlin, Thüringen und Sachsen wieder zur Spitzengruppe. Bayern stellt nur einen Anteil von 0,29 % des Bruttoinlandsprodukts für die Kulturförderung zur Verfügung. In Baden-Württemberg beträgt der Wert 0,31 % und in Hamburg 0,34 %.

(Herr Güssau, CDU: Hört, hört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will aber auch sagen, Kulturförderung ist keine Subvention. Kulturfinanzierung ist eine Investition in Gegenwart und Zukunft des Landes. Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch Rechenschaft über eine faire Verteilung der Mittel auf die verschiedenen Sparten, Bereiche und auch Regionen ablegen müssen.

Ich will ganz bewusst drei Zahlen nennen: Halle erhielt im Jahr 2012 Zuwendungen für die Kulturförderung in Höhe von ca. 34 Millionen €, Dessau in Höhe von 16 Millionen € und Magdeburg in Höhe von 11 Millionen €. Deswegen muss ich an dieser Stelle noch einmal sagen: Das ist alles andere als ein kultureller Kahlschlag.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab in den letzten Monaten eine lautstarke und oft auch polemische Auseinandersetzung über die Verteilung der verfügbaren Kulturmittel. Ob diese

Auseinandersetzung immer sachlich war, mag jeder selbst kritisch prüfen. Um Lösungen für die Probleme bei der Kulturfinanzierung zu finden, brauchen wir sachliche Analysen und faire Verhandlungen.

Ich will hier Philipp Melanchthon zitieren, der uns mitgegeben hat: Wir sind zum wechselseitigen Gespräch geboren. - Das wünsche ich mir auch für schwierige Gespräche und Situationen.

Wir wissen, hinter den Kulissen ist mittlerweile einiges in Bewegung gekommen. Wenn wir jetzt genauso viel Energie und Fantasie wie in die Proteste in die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten investieren, dann wäre der Kultur und auch den Menschen im Land bestens gedient.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten gestern im Kabinett das Landeskulturkonzept 2025 zu besprechen. In diesem Konzept werden die bestehenden Handlungs- und Gestaltungsspielräume aufgezeigt. Außerdem werden Orientierungspunkte für eine zeitgemäße Kulturförderung gegeben.

In der Kulturpolitik des Landes müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Es gilt abzuwägen, welchen Bereichen welche Priorität eingeräumt werden kann. Natürlich wollen wir versuchen, die kulturellen Stärken, die Sachsen-Anhalt besitzt, weiter auszubauen. Das sind insbesondere auch die Unesco-Welterbestätten.

Ich bin sehr froh, dass im Koalitionsvertrag, über den in Berlin verhandelt worden ist, diesbezüglich einige Punkte stehen, mit dem Denkmalschutz-Sonderprogramm, mit der Verlängerung des Programms „Invest Ost“ und auch mit der besonderen Förderung der Unesco-Welterbestätten insbesondere in Ostdeutschland. Die im Standortwettbewerb bewährte Formel „Stärken stärken“ soll eben auch im Kulturbereich zur Geltung kommen.

Als dritte Säule der Landeskulturpolitik ist vorgesehen, künftig Kulturforen durchzuführen, um das Landeskulturkonzept in Bezug auf einzelne Felder zu konkretisieren und an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.

Ich weiß, dass die bestehenden Strukturanpassungen an den drei Theaterstandorten bitter sind und auch herbe Konsequenzen für die Betroffenen haben werden. Wir wissen aber auch - davon war im Ausschuss eben sehr klar zu hören -, dass sich die Problemlagen weiter verstärken werden, wenn man die erforderlichen Schritte zu ihrer Lösung vertagt oder wenn man unangenehme Wahrheiten nicht zur Kenntnis nehmen will.

Wir werden in absehbarer Zeit nicht mehr in dem Umfang wie bisher die Einnahmequellen zum Bei-

spiel in Form des Solidarpakts, der EU-Förderung oder des Finanzausgleichs zur Verfügung haben. Vor diesem Hintergrund können wir stolz sein, dass es gelungen ist, die Kulturausgaben des Landes zu steigern.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Wir können sie aber nicht dauerhaft so steigern, wie es sich das einige wünschen. Notwendige Strukturanpassungen müssen jetzt eingeleitet und vorangetrieben werden. Es liegt im gemeinsamen Landesinteresse, dass die Kulturförderung dazu beiträgt, Strukturen zu schaffen, die zukunftsfähig sind. Das heißt, die kulturelle Infrastruktur muss wettbewerbsfähig sein, muss an moderne Produktions- und Rezeptionsbedingungen angepasst werden und nicht zuletzt der realen Nachfrage entsprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung nimmt das Anliegen der Volksinitiative Kulturland Sachsen-Anhalt sehr ernst.

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Das habe ich gerade gehört!)

Der Dialog mit Ihnen und auch mit den Interessenverbänden wird fortgesetzt. Am 24. Februar 2014 wollen wir dazu einladen und den konstruktiven Dialog, wie er im Kulturkonvent begonnen wurde, fortsetzen. Ein Jahr nach der Übergabe der Empfehlungen des Kulturkonvents wollen wir eine Zwischenbilanz ziehen und die nächsten Schritte, die aus dem neuen Landeskulturkonzept folgen, mit den Akteuren auf dem Kulturfeld diskutieren.

Wer sich das Landeskulturkonzept in Ruhe ansieht, wird feststellen, wie viele Empfehlungen des Konvents dort verankert sind und dass wichtige Rückmeldungen aus Verbänden und Institutionen aus dem breit angelegten Diskussionsprozess im Herbst eingeflossen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zuversichtlich, dass es gelingen kann, für Kunst und Kultur in Sachsen-Anhalt eine gute Zukunftsperspektive zu erschließen. Die Verhandlungen über die Theaterverträge in Halle und Dessau werden in den kommenden Tagen intensiv weitergeführt. Das gilt auch für das verabredete künftige Kulturwerk Mansfeld-Südharz in Eisleben.

Grundsätzlich gilt, dass sich Erfolge eher einstellen werden, wenn wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, wenn wir konstruktiv an die Herausforderungen herangehen und die Probleme differenziert betrachten und nach vernünftigen, tragfähigen Kompromissen suchen.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch von einer Begebenheit in der neuen Dauerausstellung in den Franckeschen Stiftungen erzählen. Vor einigen

Tagen war ich dort zum Abschluss des Francke-Jubiläums, und man kann jetzt in der ersten Etage, wenn man die Freitreppe hinaufgeht, eine neue Dauerausstellung - ich kann mir nicht verkneifen zu sagen: gefördert mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt - besichtigen.

Wenn man in den rechten Flügel der Ausstellung geht, sieht man dort ein Bild des Enkels von August Hermann Francke und fragt sich: Warum hängt eigentlich ein Bild des Enkels von August Herrmann Francke da?

Das hat einen ganz einfachen Grund: Er gilt als der Bewahrer der Stiftung. Warum? Weil die unmittelbaren Nachfahren von Francke alles so lassen wollten, wie es war, und nicht bereit waren, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Im Ergebnis wäre die Stiftung fast untergegangen, wenn nicht der Enkel begriffen hätte, dass man eingreifen muss, dass man traditionelle Strukturen auch beherrscht erneuern kann, gerade, wenn man etwas bewahren will.

Wer nicht bereit ist, Dinge zu verändern, läuft Gefahr, die Sache ganz zu verlieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Herr Minister. Es gibt Nachfragen und Wortmeldungen. - Ich erteile zunächst Frau Dr. Klein das Wort.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Wird er sie auch beantworten?)

- Selbstverständlich.

(Frau Bull, DIE LINKE: Er muss!)

Dazu ist die Landesregierung generell immer gern bereit, und sie weiß auch, was in der Verfassung steht.

**Frau Dr. Klein (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Herr Minister, Sie haben die Gelder aufgezählt, die wir für diverse Kunst-, Kultur- und sonstige Projekte ausgeben. Nun habe ich zwei Nachfragen.

Die erste lautet - Sie konnten sie mir im Ausschuss nicht beantworten, vielleicht können Sie es jetzt -: 2,1 Millionen € sind für das Landesamt für Denkmalschutz und Archäologie veranschlagt. Davon sind 400 000 € klar, das ist der Aufwuchs an Miete für das BLSA. Aber wozu werden die 1,6 Millionen € gebraucht? Die Antwort lautete damals: Für das Personal. - Für das Personal ist es definitiv nicht. Die Personalkosten beim Landesamt sinken. Ich würde gern wissen, wofür der Aufwuchs gebraucht wird.

Meine zweite Frage lautet: Herr Minister, geben Sie mir Recht, dass die 12 Millionen € für die Ausstellungshalle Bauhaus ein idealer Puffer im Haushalt sind? Denn das Geld kommt nur, wenn der Bund seine 12 Millionen € zahlt, und 24 Millionen € Baukosten innerhalb eines Jahres zu verbauen sind wir, glaube ich, nicht in der Lage. Geben Sie mir da Recht?

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Frau Klein, zu der letzten Frage: Wenn ich mich recht erinnere, stehen nicht 12,5 Millionen € im Haushalt, sondern 1,4 Millionen € für das Bauhaus-Jubiläum und das Ausstellungsgebäude. Da gibt es einen Sperrvermerk bzw. einen Vermerk, dass der Bund die Mittel der Kofinanzierung zur Verfügung stellen soll.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es!)

Es ist ja im Koalitionsvertrag expressis verbis aufgeführt, dass die baulichen Voraussetzungen in Dessau dafür zu schaffen sind, sodass wir davon ausgehen, dass der Bund die Kofinanzierung erbringt. Deswegen ist das Geld da gut investiert. Wir erinnern uns alle daran, wie wir mit Schmerzen das 90-jährige Bauhaus-Jubiläum eher in Weimar und in Berlin als in Dessau gefeiert sahen. Deswegen ist es, glaube ich, an der Zeit, dass wir die zweitgrößte Sammlung, die es zu der Weltmarke Bauhaus gibt, dann auch in Dessau zeigen können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Es ist leider nicht möglich, das in dem historischen Gebäude Bauhaus, also im Preller-Bau zu machen, aber das wäre auch ein geeigneter Ort gewesen.

Zum LDA: Das arbeiten wir gern noch einmal detailliert auf und zu. Das kann ich jetzt nicht aus dem Ärmel memorieren.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Einige Stellen haben Sie genannt. Ich weiß, dass es um Betriebskosten, Tarifsteigerungen und Mieten geht, aber den Dissens müssen wir an einer anderen Stelle auflösen; denn da muss ich mir die Unterlagen hinzuholen.

**Frau Dr. Klein (DIE LINKE):**

Das möchte ich gern einmal nachprüfen.

**Präsident Herr Gürth:**

Danke schön. - Es gibt noch eine zweite Nachfrage. Herr Abgeordneter Weihrich.

**Herr Weihrich (GRÜNE):**

Herr Minister, ich möchte noch einmal auf zwei Punkte zurückkommen, die Sie in Ihrer Rede angesprochen haben. Der Erste betrifft die Kultur Ausgaben pro Kopf. Sie haben einen Vergleich mit den reichen Geberländern präsentiert und dargestellt, dass die Ausgaben pro Kopf dort höher sind.

(Zurufe von der CDU: Niedriger! - Herr Borgwardt, CDU: Nein, niedriger sind!)

- Niedriger, Entschuldigung, ich habe mich bloß versprochen; natürlich, dass die niedriger sind.  
- Der Punkt ist, dass man bei diesem Vergleich berücksichtigen muss, dass die dortigen Kommunen viel leistungsfähiger sind als die Kommunen hier und viel mehr Geld aus den kommunalen Haushalten fließt, um die entsprechenden kulturellen Leistungen bereitzustellen.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen meine Frage: Teilen Sie diese Auffassung? Haben Sie Zahlen zu den Gesamtausgaben pro Kopf für das Land und die Kommunen zusammen, die belegen können, dass dort die Ausgaben für die Kultur insgesamt geringer sind als hier in Sachsen-Anhalt? - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Förderung des Landes für Halle. Da haben Sie eine Zahl von 34 Millionen € genannt, die nach Halle fließen würden. Aus meiner Sicht erhält die Stadt laut Theatervertrag für die TOH, für die Theater und Orchester, nur rund 10 Millionen €. Deswegen möchte ich Sie gern fragen, was die zusätzlichen 24 Millionen € umfasst, damit die 34 Millionen € zusammenkommen.

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Zu der ersten Frage: Auf Seite 35, bei Kapitel 3 - Kulturausgaben von Bund und Ländern - des Kulturfinanzberichts des Bundes und der Länder von 2012 finden Sie die Tabelle über öffentliche Ausgaben für Kultur nach Ländern je Einwohner, einschließlich Ausgaben der Gemeinden und Zweckverbände.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich hoffe, das beantwortet Ihre Frage.

**Herr Weihrich (GRÜNE):**

Das sind die Zahlen, die Sie genannt haben?

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Das sind die Zahlen, die ich genannt habe. Ich kann noch einmal schauen: Für Sachsen-Anhalt 116,45 € pro Kopf. Die Zahlen der anderen Länder habe ich in der Rede genannt.

Zu der zweiten Frage: Es ist so, dass in die TOH derzeit noch über 11 Millionen € fließen im Vergleich zu Magdeburg mit ungefähr 9 Millionen €. Die anderen Mittel verteilen sich auf viele Projekte. Das geht von den Franckeschen Stiftungen über die Moritzburg, über den Kunstverein Talstraße, das Landesmuseum, über Initiativen, Projekte bis hin zum Kinderchorfestival, Händel-Festspiele, Händel-Stiftung. Das nimmt gar kein Ende, wenn ich das alles aufzähle. Also das ist viel, was Halle da hat und deswegen auch gefördert bekommt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Danke schön. - Es gibt noch eine weitere Nachfrage bzw. Wortmeldung. Herr Abgeordneter Gebhardt.

**Herr Gebhardt (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, ich weiß noch nicht, ob es eine Frage oder eine Kurzintervention ist.

(Oh! bei der CDU - Herr Schröder, CDU: Das ist aber schwach!)

Ich versuche einmal, es in eine Frage zu kleiden. Sie haben die Ausschusssitzung angesprochen und eben noch einmal deutlich gemacht, dass man sich Strukturveränderungen bzw. -anpassungen nicht verweigern dürfe.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die angehörten Träger allesamt von Strukturveränderungen in ihren Bereichen gesprochen haben? Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Herr Schröder eben deutlich gesagt hat, dass sie natürlich darüber reden, Strukturveränderungen innerhalb der Theater und Orchester vorzunehmen?

Sind Sie bereit, sich unseren Antrag zur letzten Landtagssitzung noch einmal zu Gemüte zu führen, worin eindeutig steht, dass es Strukturveränderungen in den nächsten Jahren geben soll? Frau Dalbert hat im Ausschuss einen ähnlichen Antrag gestellt, der auch Strukturveränderungen aufgegriffen hat.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich hier bisher niemand gegen Strukturveränderungen im Theater- und Orchesterbereich gewehrt hat? Es geht vielmehr lediglich um das Wie, Wo und in welchem Zeitraum.

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass heute noch einmal von den Trägern klar gesagt wurde - zumindest von Halle und Dessau, das wurde von Dessau klar artikuliert -: Wenn es beim Theater nicht bei der 50-prozentigen Finanzierung durch das Land bleibt, hätte das die Abwicklung

des Theaters zur Folge, weil Dessau diesen Betrag nicht auffangen kann?

(Zurufe von der CDU)

Das wurde von Frau Nußbeck so klar dargestellt. Vom Vertreter aus Halle wurde gesagt: Wenn es bei den Kürzungsvorhaben für 2014 bleibt, ist die Insolvenz in Halle unausweichlich. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

**Herr Dorgerloh, Kultusminister:**

Ich bin bereit, zwei Dinge nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern hier ausdrücklich noch einmal laut und deutlich zu sagen, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass es gesagt wird: Man muss bei all den Diskussionen, die wir jetzt haben, auch immer wahrnehmen, dass Strukturveränderungen, dass Einsparungen in den Häusern in den vergangenen Jahren in zum Teil erheblichem Maße geleistet worden sind. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt in Bezug auf die Orchesterstruktur in Halle, in Bezug auf Abbaugeschichten - nicht nur in Dessau, auch in Magdeburg, auch in Stendal und an vielen anderen Orten -, hat in den Debatten der letzten Monate und Wochen nicht zugehört.

Von daher kann man nur sagen: Ja, es hat erhebliche Strukturveränderungen gegeben, Einschnitte, Einsparungen, Reduzierungen.

Ich weiß auch, dass die Träger, die gerade in Rede standen - Halle und Dessau -, in nicht einfachen Prozessen Konzepte vorgelegt haben, die Strukturveränderungen bedeuten. Jetzt geht es darum, in den Verhandlungen der nächsten Wochen diese vorgelegten Konzepte noch einmal so zu verhandeln und zu besprechen, dass daraus ein belastbares Papier wird, das dann im Kulturausschuss und im Finanzausschuss beschlossen werden kann, sodass wir dann den Strukturanpassungsfonds in Angriff nehmen können und am Ende eine Struktur steht - das haben wir heute auch gehört -, bei der alle Sparten in Halle erhalten bleiben sollen und in Dessau ein Musiktheater stattfinden soll, das darüber hinaus auch Schauspiel anbietet und weitere Programme einkauft. Das ist heute auch wahrgenommen worden. Ich finde, das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Dass die Zahlen noch nicht so zueinander passen, wie man sich das vielleicht wechselseitig wünscht, ist in einem solchen Prozess normal und gehört zu den Verhandlungsverläufen solcher Dinge. Da sollte man jetzt aber in Ruhe die Gespräche abwarten. Die Kollegen sitzen zusammen. Ich bin zuversichtlich, dass wir in den nächsten Wochen hier zu entsprechenden Papieren kommen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Herr Minister. Weitere Nachfragen gibt es nicht. - Dann fahren wir in der Aussprache

fort. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Gallert.

#### Herr Gallert (DIE LINKE):

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Vertreter der Volksinitiative! Wir haben heute im Landtag ein seltenes Ereignis: Eine Volksinitiative trägt ihr Anliegen vor. Das letzte Mal - zur Erinnerung - ging es um die Verbesserung der Kinderbetreuung. Das ist genau wie die Kultur ein sehr wichtiges Thema, ein Thema, das über die Zukunft dieses Landes und seine Entwicklung entscheidet. Deswegen ist es gut, dass wir anlässlich dieser Volksinitiative heute im Landtag darüber beraten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie auch beim letzten Mal, als es um die Kinderbetreuung ging, sind heute die Dinge so, dass Menschen sich in diesem und für dieses Land engagiert haben, weil sie mit den Entscheidungen der Landesregierung und des Landesparlaments nicht einverstanden waren. Sie haben Widerspruch angemeldet, weil sie Angst hatten, dass politische Entscheidungen dieser Landesregierung und des Landesparlaments in die falsche Richtung führen, und sich deswegen für die Zukunft dieses Landes engagiert haben. Deswegen gehört diesen Menschen unser aller Respekt, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Im Namen meiner Fraktion sage ich ausdrücklich danke für dieses Engagement.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der Dank an die Volksinitiative und die Protestbewegung, die dahinter steht und die noch sehr viel breiter ist, ist besonders deshalb groß, weil die Vertreter der Initiative gegen die Reduzierung der Mittel für den Kulturbereich, die im Haushaltsplan der Landesregierung beschlossen worden sind, bis heute kein einziges Signal des Auf-sie-Zugehens, des Dialoges und des Kompromisses erhalten haben. Dies ist ein fataler Fehler, liebe Kollegen von der Koalition.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Nein, die Situation ist in Wahrheit noch schlimmer: Sie sind zum Teil mit Ignoranz und Arroganz gestraft worden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich nenne nur zwei Dinge, die sich heute abgespielt haben; ich beschränke mich dabei auf den heutigen Tag.

Erstens. Der Bildungsausschuss lädt die Träger ein, um über die Perspektive der Einrichtungen unter den Bedingungen zu diskutieren, die diese

Koalition ihnen aufzwingt. Zwei Träger haben Geschäftsführer von Theatern mitgebracht, um inhaltlich Rede und Antwort zu stehen.

Und was tut diese Koalition? - Sie beschließt mit ihrer Mehrheit, dass diese Vertreter der Theater den Raum zu verlassen haben. Das ist arrogant und das geht so nicht, Leute.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich bin froh, dass Herr Fischer zumindest jetzt hier Platz nehmen durfte.

Zweitens. Für heute ist eine Pressekonferenz zur Vorbereitung der Landtagssitzung anberaumt worden. Dort hat der CDU-Fraktionsvorsitzende dieses Landtages - ich habe es nicht geglaubt - sich ungefragt zu den Kürzungen im Theaterbereich positioniert und gemeint,

(Herr Schröder, CDU: Ich bin gefragt worden! - Herr Borgwardt, CDU: Frechheit! - Unruhe bei der CDU)

man dürfe in ein solches krankes System nicht weiter investieren.

Leute, da hört es doch auf! Das geht doch nicht!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Herr Schröder, können Sie sich vorstellen - Innovationsbedarf und Erneuerungsbedarf gibt es überall, übrigens auch bei uns im Landtag -, dass sich jemand hinstellt und sagt: In dieses kranke System Landtag wollen wir nicht mehr investieren? Ihre Reaktion darauf würde ich gern sehen, Herr Schröder.

(Herr Schröder, CDU: Parlamentsreform! - Unruhe bei der CDU)

Damit haben Sie die rote Linie ganz klar überschritten.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Auf die Frage, warum wir die Mittel für diese Theater kürzen müssen, kommen dann die altbekannten Argumente. Das erste lautet: Wir müssen bei diesen Theatern kürzen, um die anderen zu retten.

(Zuruf von Herrn Weigelt, CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz anders: Der Ansatz bei dem Kapitel Kunst und Kultur sinkt im Jahr 2014 um sage und schreibe 4,5 Millionen €. Das ist die Wahrheit und nicht die Zahlenakrobatik, die Sie hier vorgelegt haben, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN)

Keinen Cent mehr für die Musikschulen, keinen Cent mehr für die Orchester, keinen Cent mehr für

die Bibliotheken, keinen Cent mehr für die Museen - mit Ausnahme des Landesarchäologiemuseums, das stimmt allerdings.

(Frau Niestädt, SPD: Aber auch keinen Cent weniger!)

Erheblich mehr Geld ist für die landeseigenen Stiftungen vorgesehen, die übrigens umstrukturiert werden, weil wir offensichtlich unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben. Was bekommen die Stiftungen dafür? - Sie erhalten allein für die Umstrukturierung zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Millionen €.

Was tun wir mit den Theatern, denen wir vorwerfen, sie hätten keine Umstrukturierung realisiert? - Wir kürzen ihren Etat um fast 7 Millionen €. Wer soll das verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite Argument, das für die Kürzung bei den Theatern vorgebracht wird: Es geht um dauerhafte Strukturen. Ich sage Ihnen: Die Strukturen, die wir haben, waren bisher relativ dauerhaft. Die Theater sind nicht geschlossen worden wie das Landestheater in Wittenberg. Es geht nicht um die Sparten, die ohnehin schon abgebaut wurden, wie in Eisleben und in Stendal. Sie haben bisher überlebt; sie sind nicht geschlossen worden.

All die Einschränkungen sind doch längst vorgenommen worden. Wir hatten einmal zwei Orchester in Halle, jetzt gibt es nur noch eines. Und nun stellt man sich hin und sagt: Das ist zu groß. Man weiß offensichtlich nicht mehr, dass es aus zwei Orchestern zusammengelegt worden ist. All diese Dinge hatten wir doch.

Nein, wenn man wirklich der Meinung wäre, es sei ein finanzielles Problem - - Um es noch einmal ganz klar zu sagen - Herr Bullerjahn hat ein schönes Gutachten in Auftrag gegeben; Herr Deubel hat doch die Dinge miteinander verglichen -: Es ist einfach falsch. Unsere Kulturausgaben sind im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer unterdurchschnittlich. Sehen Sie sich die teuren Gutachten, die der Finanzminister in Auftrag gegeben hat, doch zumindest an.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben nach dieser Kürzung die niedrigste Theater- und Orchesterförderung aller ostdeutschen Länder - weniger als Mecklenburg-Vorpommern. Wir sollten uns doch nicht in die Tasche lügen. Es geht hierbei um einen reduzierten, minimierten Kulturansatz. Das ist im Grunde genommen das Ziel.

Es geht nicht um Strukturveränderungen; es gibt keine Hilfe für die Träger, keine Hilfe, um aus Haustarifverträgen herauszukommen. Vielmehr geht es um Kürzungen und Streichungen im

Bereich Kultur, um weniger Kultur. Das steht zur Debatte und dagegen sind wir, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir glauben, dieses Vorgehen ist schädlich für diese Gesellschaft. Wir glauben, dieses Vorgehen ist schädlich für die Entwicklung dieses Landes. Und deswegen unterstützen wir diese Initiative vollinhaltlich.

Wir haben einiges getan: Wir haben zur besseren Finanzierung ein Kulturfördergesetz vorgelegt - von der Koalition abgelehnt.

(Herr Barthel, CDU: Weil es Murks war!)

Wir haben Änderungsanträge im Rahmen der Haushaltsberatungen gestellt - von der Koalition abgelehnt. Wir haben ein Moratorium zur Debatte gestellt - die Koalition hat es abgelehnt. All diese Dinge sind abgelehnt worden.

Ich weiß nicht, ob Sie sich heute von diesem Pfad wegbewegen werden. Es ist allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der CDU, Ihre letzte Chance, etwas bezüglich dieser Fragen zu tun. Und es ist auch Ihre letzte Chance, an die Betroffenen ein entsprechendes positives Signal aus diesem Landtag und von dieser Landesregierung auszusenden. Das ist, glaube ich, unwahrscheinlich wichtig.

Lassen Sie mich am Ende noch einige Worten an die Träger dieser Initiative und der Protestbewegung richten. Wir bewundern Ihre Energie, die Sie in den letzten Monaten an den Tag gelegt haben. Wir verstehen Ihre Emotionen, teilweise Ihre Empörung und hier und da auch Ihre berechtigte Wut. Aber ich habe eine Bitte. Ich habe eine wirklich wichtige Bitte: Resignieren Sie nicht; machen Sie weiter!

(Herr Leimbach, CDU: Das Parteiprogramm der LINKEN!)

Wir brauchen Ihre kritische Position. Wir brauchen Ihr Engagement für dieses Land und wir brauchen es sehr viel mehr als diese Landesregierung. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Wir fahren in der Aussprache fort. Als Nächster spricht für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Güssau.

#### **Herr Güssau (CDU):**

Sehr geehrter Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich eigentlich auf eine sachliche Debatte gefreut.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Den Spruch hatten wir

heute Vormittag schon! - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Die hätten Sie im Ausschuss haben können!)

Ich könnte jetzt hier umhergallern, aber das werde ich nicht tun, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Herr Gallert hat von der letzten Chance gesprochen. Er hat die letzte Chance des Jahres genutzt, um vor Weihnachten noch einmal mit einer Auswertung von Twitter-Nachrichten in den Medien zu erscheinen. Ich werde dieser Versuchung nicht erliegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren der Volksinitiative! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Es kommt nicht oft vor, dass wir uns in diesem Hohen Hause mit dem Anliegen einer Volksinitiative im Rahmen einer Aussprache befassen müssen.

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Leider! - Frau Lüdemann, GRÜNE: Dürfen!)

Wenn ich mich richtig erinnere, war dies zuletzt vor einigen Jahren zu dem Thema Gemeindegebietsreform der Fall. Herr Wunschinski stand damals hier am Pult, was ich an dieser Stelle einmal erwähnen möchte.

Umso mehr erfreut es mich, dass wir heute die Gelegenheit haben, uns gegenseitig Argumente für und wider eine angestrebte Strukturanpassung bei den Theatern und Orchestern in diesem Land vorzutragen.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Vorbemerkung: Diese Diskussion findet vor der abschließenden Haushaltsberatung statt und dies entspricht der parlamentarischen Ordnung und ist selbstverständlich. Ich habe dazu in der letzten Woche in Presseerklärungen andere Töne gehört.

Apropos Haushalt - Frau Dr. Klein hat mir das Stichwort gegeben. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, einige Eckdaten aus dem Finanzausschuss in Erinnerung rufen. Der Haushaltsplan für das Jahr 2014 hat einen Umfang von etwa 10 Milliarden €. Unser Land hat Schulden in Höhe von 21 Milliarden € und wir zahlen allein Zinsen in Höhe von 600 Millionen € pro Jahr. Das ist viel Geld. Das ist Geld, welches uns für die Ausgestaltung unseres Landes fehlt - und dies vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt. Dieses Land wird in dem Zeitraum von 1990 bis 2020 ein Drittel seiner Bevölkerung verlieren. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Land, auf Steuern, auf Zuweisungen und auf Strukturen.

Der Kulturhaushalt im Jahr 2014 steigt gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 um 1 Million € auf ins-

gesamt 86 Millionen €. Das wollte ich Ihnen, Herr Gallert, noch sagen, aber Sie waren so in Rage. Sie haben immer vom Kulturetat gesprochen, allerdings müssen wir hierbei genau unterscheiden: Der Etat Kultur in Sachsen-Anhalt umfasst ein größeres Gebiet. Zu dem anderen Thema komme ich noch.

Zusätzlich zu diesen 86 Millionen € kommen 75 Millionen € für das Reformationsjubiläum, 12 Millionen € für das Museum Bauhaus Dessau und 6 Millionen € für das Goethe-Theater in Bad Lauchstädt hinzu. Der Minister hat viele andere Zahlen genannt; die ich an dieser Stelle nicht wiederholen möchte.

Sehr geehrter Herr Schöder, um in Ihrem Duktus zu bleiben: Ich schaue mit Liebe und mit Fülle auf den Gesamtetat des Kulturetats des Landes Sachsen-Anhalt. Ich sehe hier kein Kaputtsparen,

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

ich sehe keine Abwärtsspirale und ich sehe auch keinen kulturellen Kahlschlag.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es gibt einzig und allein eine Debatte zu Strukturveränderungen bei den Theatern und Orchestern - das ist richtig - und diese betrifft insbesondere Dessau und Halle. Ich sehe, dass in Eisleben das Ganze vielleicht schon in trockenen Tüchern ist. Die Problemfelder sind Dessau und Halle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vom Landeshaushalt gesprochen. Ich möchte erwähnen, dass wir künftig ohne neue Schulden auskommen wollen. Damit erfüllt dieser Haushaltsplan für das Jahr 2014 noch eine andere Bedingung, die da heißt: Wir werden die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Menschen weiter gestalten können.

(Zustimmung von Staatsminister Herrn Robra)

Ich möchte an dieser Stelle den Minister der Finanzen Herrn Bullerjahn, der in seiner Einbringungsrede zum Landeshaushalt einige Dinge festgestellt hat, kurz zitieren - wenn ich darf, Herr Minister.

Er hat gesagt, es gehe um die Zukunftssicherung und um die Zukunftsentwicklung für die Menschen in Sachsen-Anhalt bei gleichzeitiger Sanierung der Haushalte des Landes und der Kommunen. Es gehe um die Lebensperspektiven der Menschen in Sachsen-Anhalt und des ganzen Landes, um nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich prophezeie, dass uns dieses Diktum auch und noch viel mehr bei den kommenden Haushalten leiten muss. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Aussage, dass es um das ganze Land geht. Es

geht nicht um die Einzelinteressen von wenigen, sondern um das Gemeinwohl aller in diesem Land.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Der Minister hat uns schon damals den richtigen Weg gewiesen, indem er ausgeführt hat - ich zitierere -:

„Kluge Strukturveränderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Investitionen in immer mehr Effizienz und mehr Qualität.“

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Dann machen Sie das mal mit der Kultur! - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Genau diesen Ansatz sollten wir gemeinsam mit den verantwortlichen Akteuren in den Kultureinrichtungen vor Ort gehen und verfolgen. Eine Haltung des Abwehrens und des Nichtnachdenkens,

(Oh! bei der LINKEN - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Jetzt machen Sie mal einen Punkt! - Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

des Bewahrens des Status quo hilft uns keinen Schritt weiter.

(Zurufe von der LINKEN)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der CDU und der SPD haben frühzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, Strukturanpassungen bei Theatern und Orchestern durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen auch den Prozess in Dessau und in Halle begleiten. Die Vorarbeiten müssen von dort aus erfolgen; sie haben zum Teil schon begonnen. Im Ausschuss für Bildung und Kultur, der vor einigen Minuten getagt hat, konnte ich die Ausführungen des Oberbürgermeisters Wiegand und der Bürgermeisterin Nußbeck dazu verfolgen.

Meine Damen und Herren! Mit Respekt nehme ich die Anstrengungen der verantwortlichen Träger

(Frau Bull, DIE LINKE: Ach!)

und auch ihre Verantwortung vor Ort zur Kenntnis.

(Zurufe von Frau Bull, DIE LINKE, und von der CDU)

Ich stelle fest: Das Land und die Träger sind auf einem guten Weg.

(Zuruf von der LINKEN: Na ja!)

Die Ziellinie ist aber noch nicht erreicht.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Auch wir als Abgeordnete der Fraktion der CDU haben uns gemeinsam mit unseren Freunden aus der SPD beim Kulturhaushalt angestrengt.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Wo denn? Wo haben Sie sich denn angestrengt? - Frau Tiedge, DIE LINKE, lacht - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Wie viele Anträge kamen denn von Ihnen? - Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Wenn das anstrengen ist! - Herr Lange, DIE LINKE: Sie haben ihn doch geradezu geentert!)

- Lassen Sie mich doch ausreden. Ich wollte es Ihnen doch gerade erklären. Sie können es doch mitschreiben.

(Unruhe bei der LINKEN - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: So eine langweilige Debatte! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Auch wir, die Koalitionsfraktionen, haben in den Haushaltsberatungen das Volumen des Strukturanpassungsfonds „Kultur 2014“, der schon mit 1 Million € ausgestattet war, um weitere 400 000 € für Dynamisierungen erhöht.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist es! - Zuruf von der LINKEN: Boah!)

Das ist neu. Das gab es in diesem Fall in diesem Land noch nie.

(Herr Borgwardt, CDU: Jawohl!)

Das muss man einmal erwähnen und würdigen.

(Beifall bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Ja! - Zurufe von der CDU: So ist es! - Jawohl! - Herr Gallert, DIE LINKE: Was soll denn das?)

Damit sollen diejenigen Einrichtungen finanziert und belohnt werden, die ihre Strukturanpassungsmaßnahmen in der Vergangenheit bereits umgesetzt haben.

(Zustimmung von Minister Herrn Dorgerloh)

Der Finanzminister hat das in seiner Einbringungsrede zum Haushaltsgesetz im September 2013 ausgeführt, hat diese Dynamisierung genannt und uns in der damaligen Rede damit auch etwas überrascht. Ich habe zumindest zugehört.

(Frau Tiedge, DIE LINKE, und Frau Dr. Klein, DIE LINKE, lachen - Zuruf von Frau Brakebusch, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der folgenden Debatte - mit „folgende Debatte“ meine ich die Debatte am heutigen Tag - zum Landeshaushalt gibt es einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Dieser liegt Ihnen vor. Dieser sieht vor, eine Verpflichtungsermächtigung in der Größenordnung von 4,2 Millionen € bis zum Jahr 2018 auszubringen, um diese Dynamisierung weiter zu verstetigen und umzusetzen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Nein! Das reicht doch nicht einmal annähernd!)

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Volksinitiative, aber auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition um die Anerkennung der eingangs genannten, uns alle belastenden Faktoren.

Die Argumente zu dem Wie der Strukturanpassung höre ich mir gern an. Ich bitte um die Überweisung des Anliegens der Volksinitiative in die Ausschüsse für Petitionen, für Finanzen sowie für Bildung und Kultur. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Herr Abgeordneter Güssau. - Der Vorsitzende der Fraktion der CDU Herr Schröder hat um das Wort gebeten. Bitte.

#### **Herr Schröder (CDU):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Die zur Schau gestellte Entrüstung des Kollegen Gallert über eine Twitter-Meldung der „Mitteldeutschen Zeitung“

(Herr Gallert, DIE LINKE: War sehr ernst gemeint, Herr Schröder!)

- ich weiß -

(Herr Leimbach, CDU: Sie haben nur Ihren Schuh vergessen, Herr Gallert!)

war eine Einladung für mich, an dieser Stelle als Fraktionsvorsitzender darauf zu reagieren; denn ich bin direkt angesprochen worden.

Lassen Sie mich zunächst Folgendes sagen - was auch in Ergänzung zu den Ausführungen von Hardy Güssau wichtig ist -: „Ein krankes System“ bezieht sich nicht auf die Kultur in Sachsen-Anhalt.

(Herr Wehrich, GRÜNE: Sagen Sie!)

Das kulturelle Engagement ist alles andere als krank.

Sehr geehrter Herr Schröder, nehmen Sie bitte von der CDU-Landtagsfraktion mit, dass wir die Volksinitiative und die dahinter stehenden zahlreichen Unterschriften - und zwar nicht nur die anerkannten Unterschriften - und die Diskussionen, die wir in den Wahlkreisen führen, ernst nehmen, dass wir Ihr Anliegen weiter bearbeiten, auch weit über die Empfehlungen des Kulturkonvents hinaus, und dass wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sobald der Haushalt verabschiedet ist.

(Zuruf von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Wir sind reich. Die Kultur in Sachsen-Anhalt ist nicht krank. Und das kulturelle Engagement in diesem Land ist nicht hoch genug einzuschätzen.

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Na, so was!)

Aber, sehr geehrter Herr Gallert, wenn im Kulturkonvent und darüber hinaus darüber diskutiert wird, wie sehr die bestehenden Strukturen bereits unterfinanziert sind, kann man dann davon sprechen, dass das System gesund ist?

(Herr Gallert, DIE LINKE: Und wir heilen es mit Kürzungen, ja? - Herr Borgwardt, CDU: Erzählen Sie doch nicht so etwas! - Zuruf von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

- Hören Sie mich doch bitte erst einmal an.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Wenn die Unterfinanzierung der bestehenden Strukturen beklagt wird, wenn die Kommunen, also die Träger der Theater und Orchester, anzeigen, dass sie mit den Kostenfortschreibungen für die kommenden Jahre selbst überfordert sind,

(Frau Tiedge, DIE LINKE: Dann kriegen sie noch weniger Geld!)

und wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Knebelverträgen binden, weil Tarife schon nicht mehr leistbar sind, ist das System dann gesund?

(Zurufe von Herrn Jantos, CDU, von Frau Tiedge, DIE LINKE, und von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Deswegen ist diese Aussage berechtigt und setzt nicht das kulturelle Engagement herab. Ich sage Ihnen für die CDU-Landtagsfraktion - die Zahlen sind genannt worden, auch jetzt in den Haushaltsberatungen -: Nicht nur die Kulturausgaben im Land steigen. Wir sagen auch: Innovation und Veränderung bei den Theatern und Orchestern sind notwendig. Wir als CDU-Landtagsfraktion werden dafür sorgen, dass die Träger bei diesem Prozess nicht allein sind. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der SPD)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Wir fahren in der Aussprache fort. Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Professor Dr. Dalbert.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die Chance, vor der Haushaltsdebatte noch einmal über die Theater- und Orchesterfinanzierung in diesem Hohen Hause zu reden. Dass wir dies tun, ist ein Erfolg gelebter Demokratie.

Mehr als 40 000 Menschen in diesem Land haben gesagt: Wir müssen einen Weckruf starten. Wir müssen dieser Landesregierung ein Zeichen setzen. Wir müssen sagen: Halten Sie inne mit Ihrer

Politik des Kürzens im Bereich der Theater und Orchester! Ich bin Ihnen und allen Unterstützern dafür überaus dankbar.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Erfolg dieser Initiative reiht sich ein in eine ganze Abfolge von Ereignissen, die uns seit dem Frühjahr dieses Jahres begleiten: Demonstrationen im Monatsrhythmus in Halle, Dessau und Magdeburg gegen Kürzungen der Hochschuletats, gegen Kürzungen im Theater- und Orchesterbereich, Aktionen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Theater „am Boden festbinden“, damit die Landesregierung ihr Theater nicht „kürzt“, Aktionen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ihr Theater umarmen, damit es ihnen erhalten bleibt. Sachsen-Anhalt ist in der Tat ein Kulturland.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Menschen hier im Land haben ganz offensichtlich ein sehr klares Verständnis davon, was die Theater und die Orchester für das Land bedeuten. Wir bekommen im Wochenrhythmus Briefe von Bürgermeistern, von Aktionsbündnissen, von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die sagen: Lasst uns doch unsere Theater und Orchester. Theater und Orchester sind für uns unverzichtbar. Theater und Orchester, das ist doch das, was die Städte und unser Land so lebenswert macht. Theater und Orchester, das ist doch ein zentraler Wirtschaftsfaktor.

Besser als die Volksinitiative es getan hat, kann man es nicht formulieren. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus dem Unterschriftsbogen der Volksinitiative:

„Unsere Theater, Opernhäuser und Bühnen sind kulturelle Substanz, Lebensgrundlage und Bildungseinrichtung für unsere Bürgerinnen und Bürger und deren Kinder. Sie stärken unseren Tourismusstandort und sind Grundlage für Wirtschaftswachstum.“

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie ist aber die aktuelle Situation? Es wurde bereits mehrfach erwähnt: Heute Morgen wurde der Ausschuss für Bildung und Kultur auf Antrag von fünf Abgeordneten - vier Ausschussmitgliedern von der Fraktion DIE LINKE und von mir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - einberufen, um unter anderem über die Kürzungen im Bereich der Theater und Orchester im Land sprechen zu können. Es geht um Mittelkürzungen in Höhe von rund 6,3 Millionen €, die im Haushaltsplan für das Jahr 2014 vorgesehen sind.

Der Ausschuss hat heute Morgen sehr eindrücklich und sehr substantiiert von den Trägern in Halle und Dessau gehört, dass diese Städte genau das

getan haben, was die Landesregierung einfordert: Sie haben einen Plan dafür vorgelegt, wie sie auf Ausgabenreduzierungen kommen wollen.

Die Stadt Halle zeigte auf, wie sie auf die eingeforderten 2,9 Millionen € kommen will, dies jedoch im Verlauf von mehreren Jahren. Die Stadt Dessau konnte das für den Betrag, der von der Landesregierung eingefordert wurde, noch nicht vollumfänglich darlegen, sieht aber doch substantielle Kürzungen vor, die unter anderem mit einem Einschnitt um 80 Stellen einhergehen.

Die Landesregierung hat immer gesagt: Wenn uns belastbare Zahlen vorliegen, dann wollen wir die Träger unterstützen. Dazu sage ich dem Herrn Minister und auch Herrn Güssau:

(Herr Güssau, CDU: Hier ist er!)

Respekt, Anerkennung - all das ist eine nette Begleitung. Das, was die Träger aber wirklich brauchen, ist eine verlässliche finanzielle Zusage, um wieder handlungsfähig zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU - Herr Borgwardt, CDU: Das reden Sie jetzt!)

Wir haben heute Morgen im Ausschuss für Bildung und Kultur den Antrag gestellt - -

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Besser gesagt: Ich habe heute Morgen im Ausschuss einen Antrag gestellt und er wurde von der Fraktion DIE LINKE unterstützt. Darin haben wir gesagt: Auf der Basis dieser Eckdaten, die uns vorgelegt wurden, bitten wir die Landesregierung, in Vertragsverhandlungen mit den Trägern einzutreten und vor diesem Hintergrund den Trägern auch Haushaltssicherheit zuzubilligen.

Das ist heute Morgen abgelehnt worden. Das heißt: Wir stehen wenige Tage vor dem 31. Dezember und die Träger in Halle und Dessau wissen nicht, wie es überhaupt weitergehen soll. Ich finde, das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich verstehe die mehr als 40 000 Menschen im Land, die sagen: So geht das nicht!

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

In Eisleben ist ohnehin die Kürzung vorgesehen - weg von einem Theater, hin zu einer Kulturfabrik. Das scheint schon beschlossene Sache zu sein, weshalb ich das an dieser Stelle nur noch einmal erwähnen möchte.

Die Menschen in diesem Land sagen ganz klar: Kultur, das ist für uns eine Lebensgrundlage, das ist Nahrung, das brauchen wir. Doch das, was die Landesregierung unter Ministerpräsident Haseloff tut, ist, dass sie den Menschen in diesem Land diese kulturelle Nahrung nicht geben will. Kultur und Bildung, das sind die Zutaten für eine strahlende Zukunft des Landes. Sie und Ihre Landes-

regierung, Herr Haseloff, wollen diese Zukunft verdunkeln. Und dagegen wehren sich die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Menschen in diesem Land richten sich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der CDU; denn Sie sind mit uns gemeinsam der Haushaltsgesetzgeber. Die Landesregierung kann nur das umsetzen, was wir im Haushaltsplan genehmigen.

Deswegen heute noch einmal das Zeichen unserer Bürgerinnen und Bürger, die sagen: Halten Sie ein! Stoppen Sie die Landesregierung, die sich in einen Kürzungszwang einmauert! Nutzen Sie den Tag, um dem Land eine Chance für eine lebenswerte und kultureiche Zukunft zu geben. Bereiten Sie heute bitte der Demokratie und der Kultur in diesem Land keine Niederlage.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Danke schön, Frau Kollegin Dalbert. - Wir fahren in der Aussprache fort. Es spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Miesterfeldt.

#### **Herr Miesterfeldt (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Pieper! Sehr geehrte Vertreter der Volksinitiative! Die Kultur in diesem Land ist ins Gerede gekommen; und das ist gut so.

(Frau Bull, DIE LINKE: Sehr gut!)

Man hat selten so viel über Kultur geredet wie in der letzten Zeit, zumindest seit der Einrichtung des Kulturkonvents. Das Volk ist initiativ geworden. Das ist noch viel besser und

(Zurufe von der CDU: Ja! - Das ist auch gut so!)

ausschließlich und ausdrücklich zu loben. Auch dafür, dass das so möglich ist, sind im Jahr 1989, vor 24 Jahren, viele von uns auf die Straße gegangen.

(Zustimmung von Herrn Güssau, CDU, und von Herrn Bommersbach, CDU)

Lieber Herr Schöder, nicht wie 1989, sondern weil es 1989 gegeben hat. Sie sehen, ich habe Ihre Rede bei offenem Fenster vorhin gehört.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD - Zuruf von der LINKEN)

- Herr Schröder war gemeint. - Darf man eine solche Würdigung der Volksinitiative vornehmen, auch wenn man ihr nicht 1 : 1 folgt?

(Zuruf von Herrn Gebhardt, DIE LINKE)

Diese Frage bleibt bestehen. Sie ist nur damit zu beantworten - ich wiederhole an dieser Stelle gern eine Passage aus meiner Rede in der letzten Sitzung des Landtages -, dass wir in der Politik, in diesem Hohen Hause und in der Landesregierung außer der Kultur weitere wesentliche Politikfelder zu beraten, zu besprechen und zu bearbeiten haben.

Wir alle sind uns sicherlich darin einig, dass es auch Volksinitiativen zu Themen der Umwelt, des Deichbaus, der Bildung usw. geben könnte, die genauso zu begrüßen und zu unterstützen wären. Dennoch müssten wir am Ende unsere Entscheidungen treffen. Politik wird sicherlich dann am konkretesten, wenn wir, wie es heute der Fall ist, einen Haushaltsplan beschließen. Politik ist eben unter anderem ein Interessenausgleich. Das werden wir immer wieder schmerzhaft erfahren, besonders dann, wenn wir in bestimmten Bereichen kürzen.

Ja, Sachsen-Anhalt ist reich an Kultur. Aber Sachsen-Anhalt ist kein reiches Kulturland. Sachsen-Anhalt wird auch nach dem Beschluss über den Haushaltsplan 2014 reich an Kultur bleiben.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Wer etwas anderes behauptet, der betreibt billige Demagogie.

Ich werde auf die Keinen-Cent-mehr-Rede keine Rede von keinem Cent weniger halten. Aber auch kein Cent weniger ist angesichts der Haushaltslage, wie wir sie zu verantworten haben - ich unterstreiche die Worte: zu verantworten haben -, eine ausgezeichnete Leistung.

Kultur ist nicht nur Theater und Orchester. Auch Bibliotheken, Museen, Denkmale, Bildung, Kleinkunst und die von Herrn Schöder aufgezeigten Persönlichkeiten, die es in diesem Lande besonders zu würdigen gilt, gehören uneingeschränkt zur Kultur.

Auch in dem Bereich der Kultur kommen wir nicht aus der Verantwortung heraus, immer wieder Interessenausgleiche herzustellen. Das ist, meine Damen und Herren, keine neue Erkenntnis. Es ist ärgerlich und schmerzlich, insbesondere für die im politischen oder im ganz privaten Sinn persönlich Betroffenen. Aber ich kann verschiedene meiner Vorredner nur unterstützen: Es wird mit dem Haushaltsplan 2014 keinen kulturpolitischen Kahl-schlag geben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vermutlich gehöre ich nicht zu denen, die allzu häufig den Präsidenten des Landesrechnungshofes zitieren. Heute möchte ich es mit einem Satz tun. In der Ausgabe der „Volksstimme“ vom 9. Dezember 2013 wird der Präsident des Landesrech-

nungshofes wie folgt zitiert: „Die Sparbemühungen sind zwar erkennbar, aber zu wenig ambitioniert.“

Über diesen Satz könnte man während der nächsten zwei Stunden diskutieren, anhand jedes einzelnen Ressorts und jedes Einzelplans. Aber an diesem Satz, egal wer ihn gesagt hat, kommen wir nicht vorbei. Das sollte uns nicht lähmen - auch an dieser Stelle wiederhole ich meine Vorredner -; vielmehr sollte es uns dazu animieren, auch mit weniger Mitteln kreativ zu gestalten.

In der heutigen Beratung mit den Trägern der Theater Dessau und Halle und in Gesprächen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, hieß es oft, dass die Schmerzgrenze erreicht sei und dass es so überhaupt nicht weitergehe. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise auf die Hausarbeitsverträge verwiesen.

Mit den Strukturanpassungen wird insofern ein Schritt in die richtige Richtung getan, als durch die Kostensenkungen, die wir heute gegebenenfalls beschließen werden, auch morgen Standorte und Ensembles erhalten werden können und mittelfristig, in einzelnen Fällen sogar kurzfristig dynamisierte Tarife gezahlt werden können.

Wer sich auf einen solchen Weg der Strukturänderungen und Strukturanpassungen begibt und damit allen Beteiligten folgt, und zwar sowohl dem Kulturkonvent, der das ausgeführt hat, als auch den beiden Trägern, die heute Aussagen dazu getroffen haben, handelt verantwortlich für die Kultur in diesem Land und handelt letztlich verantwortlich für das gesamte Land Sachsen-Anhalt. Es ist nicht die Zeit, diese Strukturanpassungen zu vertagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Schröder, erlauben Sie mir zum Schluss meiner Rede einen vielleicht zu persönlichen Satz: Was glauben Sie, wie oft ich heute an meine Kinder gedacht habe und noch denken werde? - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Viele Redner haben Herrn Schröder mit „Herr Schröder“ angesprochen. Es ist manches zu viel, in diesem Fall das „r“. - Vielen Dank, Herr Kollege Miesterfeldt. Es gibt zwei Wortmeldungen bzw. Anfragen zu Ihrer Rede. Ihre Rückkehr zum Rednerpult zeigt, dass Sie sie beantworten möchten. - Bitte, Herr Gallert.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Ich habe zwei Anmerkungen. Erstens. Sie haben gesagt, Sie könnten auf meine Nicht-ein-Cent-mehr-Rede nicht mit einer Nicht-ein-Cent-weniger-Rede antworten. Wir müssen aber beide anerkennen, Herr Miesterfeldt, dass wir mitnichten ein sin-

kendes Haushaltsvolumen haben, sondern dass das Haushaltsvolumen sogar leicht steigt. Wir haben für das Jahr 2014 keinen Sparhaushalt. Aufgrund von Mehreinnahmen gemäß den Steuerschätzungen und aufgrund von EU-Rückzahlungen haben wir deutlich mehr Geld zur Verfügung. Daher - das sage ich ganz deutlich - können wir uns darauf nicht herausreden.

(Unruhe bei der CDU - Minister Herr Bullerjahn: Das ist Hochwassergeld!)

Zweitens. Herr Miesterfeldt, natürlich werden die durch diese Einsparungen angeregten bzw. erzwungenen Strukturveränderungen dazu führen, dass Ensembles geschlossen werden. Das hat Frau Nussbeck deutlich gesagt. Das Ensemble Ballett und das Ensemble Schauspiel in Dessau müssen geschlossen werden. Das wurde klar gesagt. Durch eingekaufte Leistungen soll das ersetzt werden. Das ist das Anpassungskonzept, das noch nicht einmal ausfinanziert ist. Wenn wir über die Dinge reden, dann müssen wir auch so ehrlich sein zu sagen: Es geht dabei um Ensembleschließungen.

#### **Herr Miesterfeldt (SPD):**

Zu Ihrer ersten Anmerkung. Ihnen als Haushaltsexperte muss ich nicht erklären, wie dieses größere Volumen des Landeshaushalts zustande gekommen ist.

Zum Zweiten. Ich habe nicht gesagt, dass die Ensembles, wie sie heute existieren, bestehen bleiben werden. Ich habe gesagt, dass an den Standorten Ensembles bestehen bleiben.

(Zuruf von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

#### **Präsident Herr Gürth:**

Es gibt eine weitere Anfrage vom Kollegen Wehrich.

#### **Herr Wehrich (GRÜNE):**

Herr Kollege Miesterfeldt, Sie haben viel über die Strukturanpassungen geredet, die als Folge der Kürzungen umzusetzen seien. Fakt ist aber, dass sich einerseits, wie es Herr Kollege Gebhardt bereits gesagt hat, die Träger jedenfalls in Halle nicht gegen Strukturanpassungen wehren. Der springende Punkt ist aber, dass diese Strukturanpassungen nicht kurzfristig umzusetzen sind, sondern dass es mittelfristig, bis zum Jahr 2017 oder 2018, zumindest in Halle überhaupt keine Möglichkeit gibt, die entsprechenden Mittel einzusparen, weil langfristige Tarifverträge existieren.

Deshalb möchte ich Ihnen eine ganz praktische Frage stellen: Was empfehlen Sie der Stadt Halle angesichts des Haushaltsdefizits von nahezu 38 Millionen € im Finanzplan für das Haushalts-

jahr 2014 und die Folgejahre, wie diese Mittelkürzungen ausgeglichen werden sollen?

**Herr Miesterfeldt (SPD):**

Erstens. Herr Kollege, ich werde der Stadt Halle keine unerwünschten Empfehlungen von mir ausgeben.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich bin froh, an dieser Stelle nicht mehr als Kommunalaufsicht tätig sein zu müssen.

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Die können das doch gar nicht!)

- Da wäre ich vorsichtig.

Zweitens. Ich glaube, einige meiner Vorredner, unter anderem der Minister, haben ausführlich dargestellt - daher bin ich nicht darauf eingegangen -, wie das Land durch den Strukturanpassungsfonds diesen Prozess begleiten wird. Ich habe bewusst nicht den Begriff „auffangen“ verwendet, weil sich das dramatisch anhört. Daher sage ich „begleiten“.

(Zustimmung bei der SPD)

**Herr Weihrich (GRÜNE):**

Die Mittel reichen doch hinten und vorne nicht.

**Herr Miesterfeldt (SPD):**

Das wird sich zeigen.

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Miesterfeldt. - Weitere Nachfragen und Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließen wir die Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt ab und treten in das Abstimmungsverfahren ein.

Gemäß § 39b der Geschäftsordnung des Landtages gilt eine Volksinitiative mit Abschluss der ersten Beratung als an den Ausschuss für Petitionen überwiesen. Während der Debatte ist beantragt worden, dass die Volksinitiative außerdem in die Ausschüsse für Bildung und Kultur sowie für Finanzen überwiesen werden soll. Darüber stimmen wir nun ab.

Wer der Überweisung der Volksinitiative in den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie in den Ausschuss für Finanzen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen. Möchte jemand dagegen stimmen? - Nein. Möchte sich jemand der Stimmen enthalten? - Nein. Damit ist die Volksinitiative zur Beratung in die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Bevor wir den Tagesordnungspunkt abschließen, muss ich, weil es geboten ist, noch etwas erwähnen. Ich möchte im Namen des Hohen Hauses den Vertrauenspersonen und allen Engagierten der Volksinitiative für ihr Engagement und für die sachlichen Ausführungen zur Eröffnung der Debatte herzlich danken.

Ich möchte mit diesem Dank eine Bitte und eine Information verbinden. Die Verschmelzung von analoger, menschlicher, natürlicher Welt mit der digitalen Welt geschieht im 21. Jahrhundert zeitgleich, so auch während dieser lebendigen Debatte. In den Blogs, auf Twitter und Facebook und in anderen Social Media ist das Thema der Teilnahme an der Debatte hier im Hause nicht ausschließlich sachlich behandelt worden. Es gab Hinweise auf die Ukraine. Dass die zweite Tribüne des Plenarsaals geschlossen ist, wird als Unverschämtheit bezeichnet.

Es entspricht nicht der Realität, dass niemand in diesem Hause willkommen ist. Die geschlossene Besuchertribüne ist nicht erst seit heute geschlossen, sondern bereits seit Längerem, und zwar aus baupolizeilichen Gründen und zur Gewährleistung des Brandschutzes. Das finden auch wir nicht schön. Aber es ist wichtig, weil gemäß Brandschutzvorschriften und anderen Vorschriften während der Bauphase - wir bauen seit einem Jahr im Haus - ein Zugang nicht ermöglicht werden kann.

Darüber sind die Vertrauenspersonen der Volksinitiative im Vorfeld informiert worden. Ich bitte dies auch im Fankreis des Anhaltischen Theaters zu kommunizieren, der dieses Thema im Blog nicht sehr sachlich diskutiert. Es ist wichtig, dies mitzuteilen. Die Tribüne ist nicht nur am heutigen Tag geschlossen, sondern bereits seit Längerem. Sie wird erst nach dem Abschluss der Bauarbeiten im nächsten Jahr wieder zur Verfügung stehen.

Generell gilt: Gäste sind im Haus jederzeit herzlich willkommen. Ziel der Baumaßnahmen ist es, die Transparenz noch weiter zu erhöhen. Die Baumaßnahmen dienen unter anderem dazu, dass die Sitzungen des Landtages im Livestream besser verfolgt werden können. Ich bitte darum, diese Information entgegenzunehmen und weiterzugeben.

Wir hätten gerne mehr Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt. Nach dem Abschluss der Baumaßnahmen im nächsten Jahr wird das wieder möglich sein. - Ich schließe die Beratung über den Tagesordnungspunkt 1.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

## Zweite Beratung

a) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für das Jahr 2014**Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/2362**Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/2612**Änderungsantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2635**Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2640**Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2652**b) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014)**Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/2363**Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/2613**Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2636 und 6/2637**Änderungsanträge Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2641, 6/2642, 6/2643, 6/2644 und 6/2645**Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2648**c) **Tilgungsplan für die im Jahr 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite**Antrag Landesregierung - **Drs. 6/2365**Beschlussempfehlung Ausschuss für Finanzen - **Drs. 6/2614**

Die erste Beratung fand in der 50. Sitzung des Landtages am 12. September 2013 statt. Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst erfolgt die Berichterstattung durch die Vorsitzende des Finanzausschusses zu dem Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für das Jahr 2014 und zu dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2014 sowie zum Tilgungsplan.

Für die Debatte wurde im Ältestenrat am 5. Dezember 2013 nach der Struktur G eine Gesamtrededzeit von 240 Minuten vereinbart. Nach der Rededzeitabelle stehen den Fraktionen und der Landesregierung folgende Rededzeiten zur Verfügung: der Fraktion DIE LINKE 48 Minuten, der Fraktion der CDU 67 Minuten, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten, der Fraktion der SPD 43 Minuten und der Landesregierung 67 Minuten.

Mir wurde aus den Fraktionen der Wunsch signalisiert, die vereinbarte Rededzeit gegebenenfalls auf mehrere Redner zu verteilen. Daher werde ich je-

weils nach Beendigung einer Rede die eventuell nicht ausgeschöpfte Rededzeit angeben.

Ich schlage vor, die vereinbarte Reihenfolge auch auf eine eventuell verbleibende Rededzeit zu beziehen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Traditionell beginnen wir mit der sogenannten Generaldebatte zum Einzelplan 02. Danach werden wir, sofern der Wunsch besteht, die Einzelpläne der Reihe nach, beginnend mit dem Einzelplan 01, aufrufen. - So weit die Vorbemerkungen.

Ich erteile nunmehr der Abgeordneten Frau Dr. Klein, der Vorsitzenden des Finanzausschusses, als Berichterstatterin das Wort.

**Frau Dr. Klein, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:**

Danke, Frau Präsidentin. - Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Auftrag des Ausschusses für Finanzen darf ich Ihnen den Bericht über die Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 in der Drs. 6/2363, zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014 in der Drs. 6/2362 sowie zu den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen in der Drs. 6/2612 und 6/2613 sowie zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zum Tilgungsplan für die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite in der Drs. 6/2614 vortragen.

Die zwei Gesetzentwürfe sowie der Antrag zum Tilgungsplan wurden von der Landesregierung in der 50. Sitzung des Landtages am 12. September 2013 in erster Lesung in den Landtag eingebracht. Sie wurden in alle Ausschüsse, ausgenommen den Ausschuss für Petitionen und den Ausschuss für Wahlprüfung, überwiesen. Während der Beratungen über die Gesetzentwürfe kamen die Ergebnisse der November-Steuerschätzung, die im Rahmen der Behandlung des Einzelplans 13 eingearbeitet wurden. Sowohl in den Fachausschüssen als auch im Finanzausschuss wurden die Gesetzentwürfe diskutiert. Allein der Finanzausschuss tagte 13-mal.

Zu den wichtigsten Eckdaten des Entwurfs für das Haushaltsjahr 2014: Der Entwurf der Landesregierung sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10 047 676 100 € für das Haushaltsjahr 2014 vor. Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen war auf einen Betrag von 5 345 952 600 € für das Haushaltsjahr 2014 festgelegt worden.

In der Generaldebatte im Ausschuss für Finanzen am 25. September 2014 verwies der Finanzminister zunächst einmal darauf, dass es erneut gelungen sei, einen Haushalt ohne Schulden aufzustellen. Bei einem Vergleich mit den ostdeutschen Bundesländern wird allerdings deutlich, dass eini-

ge besser dastehen. Sie haben vor allen Dingen Rücklagen in erheblicher Größenordnung gebildet.

Der Rückgang der Mittel des Solidarpakts, steigende Sozialleistungen und der Rückgang der Einwohnerzahlen haben insgesamt Auswirkungen auf den Haushalt. Dies führt dazu, dass Steuerzuwächse nicht direkt wirksam werden.

Der Finanzminister betonte, dass Investitionen in Höhe von 1,3 Milliarden € vorgesehen seien und dass alle Drittmittel gebunden würden. Der Minister verwies auf die Strukturreformen und deren Wirkungen auf den Personalabbau, der inzwischen schon mehr als 10 000 Stellen umfasse. Trotzdem gebe es noch Personalüberhänge, so der Minister.

Politisch gewollt sind Mehrausgaben unter anderem im Bereich der Kinderbetreuung und der Unterrichtsversorgung.

Schließlich verwies der Minister auf die große Bedeutung der Tilgung von Schulden und der Steuerschwankungsreserve. Eine Schuldentilgung werde jedoch nicht vorgenommen, da die Landesregierung angesichts der Folgen des Juni-Hochwassers sowie der Investitionen erst die Ergebnisse der November-Steuerschätzung abwarten wolle, sagte der Minister.

Traditionsgemäß nahm dann der Präsident des Landesrechnungshofs zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf Stellung. Er äußerte Zustimmung zur Darstellung der finanzpolitischen Analyse der Landesregierung und sah zugleich erheblichen Handlungsbedarf bis 2020.

Ausgehend davon, dass das Land die höchsten Steuereinnahmen erhält und die niedrigsten Zinssätze zu zahlen hat, die es je gegeben hat, kommt der Landesrechnungshof zu kritischen Ergebnissen. Der Präsident des Landesrechnungshofes sagte, die geplante Tilgung der Altschulden führe noch nicht einmal zu einem Stillstand der Pro-Kopf-Verschuldung. So wäre es sinnvoll, die 80 Millionen €, die das Land jährlich als Konsolidierungshilfe erhalte, für die Tilgung zu verwenden.

Kritik gab es auch an dem neuen Tilgungsplan für die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite. Nunmehr werden erstmalig die Schulden für beide Jahre im Tilgungsplan berücksichtigt.

Kritik gab es ferner an dem beabsichtigten Aussetzen der Zuführung zum Pensionsfonds in Höhe von 20 Millionen € und an dem Umgang mit der Steuerschwankungsreserve. Diesbezüglich ist in dem Entwurf eines Haushaltbegleitgesetzes eine Entnahmemöglichkeit für Ausgabenreste im Jahr 2014 vorgesehen.

Ein weiterer Kritikpunkt war das Personalentwicklungskonzept bzw. die Herausrechnung des Per-

sonals der Hochschulen. Aufgrund dessen dürfte die neue Zielzahl nicht 18 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner, sondern 17,3 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner sein.

Kritisch betrachtet wurde das Vermieter-Mieter-Modell in Einzelplan 20. Die Erhöhung der Umsatzerlöse schlägt sich nicht in höheren Gewinnerwartungen nieder.

Wie auch in den vergangenen Jahren wurde das Thema KiFöG diskutiert. Die Novellierung des KiFöG wird im Jahr 2014 Auswirkungen auf den Haushalt in Höhe von insgesamt 28 Millionen € haben. Allein für die Pauschalen werden 3 Millionen € mehr benötigt, als eingestellt worden sind. Hinzu kommen Kosten in Höhe von 2 Millionen € für Mehrkinderermäßigungen.

Ein letzter Punkt, den der Präsident des Landesrechnungshofs ansprach, zog sich durch die Beratung fast aller Einzelpläne hindurch; dieser betraf die Kostenerstattungen für die Investitionsbank.

Für die SPD-Fraktion waren wesentliche Fragen die nach der Tilgung der Schulden sowie nach der fehlenden Vorsorge durch Zuführung zur Schwankungsreserve und zum Pensionsfonds. Die Abweichung vom Tilgungsplan sei ihrer Meinung nach nachvollziehbar, da sich die Rahmenbedingungen geändert hätten. Die SPD-Fraktion sieht im Haushaltsplanentwurf die Ziele, die sie politisch zu erreichen versuche, widerspiegelt. Das gelte insbesondere für die Bildung als Schlüssel für den sozialen Aufstieg sowie für die Bereiche Wirtschaft und Drittmittelbildung.

Die Fraktion der SPD bedauert, dass die Überbrückung für die Schulsozialarbeit für das Jahr 2014 noch nicht finanziell untersetzt sei. An dieser Stelle müsse noch nachgebessert werden. Auch das Thema Beratungsstellen werde noch einmal aufgerufen werden müssen. Ähnlich sei es bei der Jugendpauschale bzw. beim Fachkräfteprogramm, so die Fraktion der SPD.

Die Fraktion DIE LINKE verweist darauf, dass es sicherlich erstrebenswert sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dass man jedoch über einzelne strategische Schwerpunkte des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes diskutieren müsse. Grundsätzliches sei bereits bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes gesagt worden. Weitere Kritikpunkte sind die geplante JVA im Süden Sachsens-Anhalts, die geplante neue Polizeidirektion sowie das Vermieter-Mieter-Modell.

Kritik äußerte die Fraktion an dem in § 18 des Entwurfes des Haushaltsgesetzes festgelegten Abzug der Kosten für den Digitalfunk für die kreisfreien Städte und Landkreise und an den in § 10 festgelegten Bewirtschaftungsregeln für die Einzelpläne 09 und 15.

Die Einführung der Kostendämpfungspauschale sieht die Fraktion ebenfalls kritisch. Sie führte an, Erfahrungen anderer Länder zeigten, dass der Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig hoch sei. Vor diesem Hintergrund bat sie um die Vorlage eines Kosten-Nutzen-Vergleiches.

Bezüglich der Steuerschwankungsreserve vertrat die Fraktion DIE LINKE prinzipiell eine andere Auffassung als die Landesregierung. Eine Finanzierung von Ausgabenresten stelle den Sinn der Steuerschwankungsreserve infrage. Wenn es zu Steuermehreinnahmen im Laufe des Jahres komme, sollten sie zur Tilgung von Schulden genutzt werden, so die Fraktion.

Die Fraktion kündigte außerdem einen Antrag zur Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes an, in dem es um die Änderung der Konzessionsabgabe geht. Über die Themen Zustiftung, Kunststiftung und Änderung der Konzessionsabgabe war bereits wiederholt diskutiert worden.

Die CDU-Fraktion verwies darauf, dass auch sie mit der Position der Landesregierung zur Kunststiftung nicht zufrieden sei und deshalb im Zuge der Haushaltsberatungen einen entsprechenden Vorschlag erwarte. Zudem erwartet sie in Bezug auf den Landesbetrieb BLSA, auf die Bauunterhaltungsmittel und auf die Mietkalkulation, dass der Substanzverzehr berücksichtigt werde und dass marktübliche Mieten gefordert würden, die im Sinne einer sauberen Kalkulation auskömmlich seien.

Die CDU-Fraktion verwies weiterhin darauf, dass das Haushaltsjahr 2014 nicht isoliert von den zukünftigen Haushaltsjahren betrachtet werden dürfe, damit das Land im Jahr 2020 noch handlungsfähig sei. Das Parlament müsse jetzt die Kraft haben, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen, damit im Jahr 2020 trotz der zu erwartenden Verluste auf der Einnahmenseite und der negativen Auswirkungen der Demografieentwicklung noch politische Gestaltungsmöglichkeiten im Land bestünden.

Der vorliegende Kompromiss sei möglicherweise noch nicht zufriedenstellend. So sei hinsichtlich der Vorsorge ein Rückschritt erfolgt. Überschüsse müssten zur Stärkung der Vorsorge und zur Tilgung verwendet werden.

(Frau Niestädt, SPD: Genau!)

Die strukturellen Veränderungen im Haushalt 2014 seien noch nicht ausreichend, um im Jahr 2020 die gewünschte Handlungsfähigkeit sicherzustellen.

Das strukturelle Defizit des Landes konnte aber erheblich zurückgeführt werden. Auch wenn künftig mit steigenden Einnahmen zu rechnen ist, reichen diese noch nicht aus, um absehbare Mehrausgaben aufzufangen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, dass sie die Konsolidierungsbemühungen, die das Ziel hätten, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, unterstütze. Sie vermisst im Haushaltsplanentwurf eine Schuldentilgung und eine Zuführung zur Steuerschwankungsreserve.

Für sie stelle sich die Frage, ob die Kürzungen in den Bereichen Bildung und Kultur tatsächlich alternativlos seien. Sie vertrete die Auffassung, dass an dieser Stelle eine andere Gestaltung möglich sei, wenn es denn gewollt wäre. Dies wäre allerdings mit Einschnitten in anderen Bereichen, wie beispielsweise im Straßenbau oder in der Wirtschaftsförderung, verbunden. Entsprechende Änderungsanträge würden von der Fraktion in den Haushaltsberatungen eingebracht.

Nun komme ich zu den Beratungen über die Einzelpläne. Ich werde auch diesmal versuchen, wirklich nur solche Diskussionen zu Problemen darzustellen, die uns tiefgründiger beschäftigten und beschäftigen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Daran haben wir nie gezweifelt!)

- Danke schön.

(Minister Herr Bullerjahn: Alte Leute sind das! So schnell waren wir nicht!)

Zu Einzelplan 01 - Landtag - lag ein Schreiben des Präsidenten des Landtages vor, das den Finanzbedarf des Landtages und des Landesbeauftragten für den Datenschutz darlegte. Des Weiteren lag ein Antrag auf eine Änderung und Ergänzung des Einzelplans vor. Auch in der Bereinigungssitzung gab es noch einmal Anträge.

Hier gab es eine recht intensive Diskussion zum Fortschritt der Baumaßnahmen, den Folgen für die Ausgestaltung des Plenarsaals und auch über die Gestaltung der Überbrückungsmaßnahme in der Johanniskirche. Insofern gab es einige Veränderungen bei Kapitel 01 01, insbesondere auch im Bereich der Ansätze für die Informations- und Kommunikationstechnik. Außerdem wurden Änderungen veranschlagt, die durch das noch zu verabschiedende Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes bedingt sind.

Zu Kapitel 01 02 - Landesbeauftragter für den Datenschutz - gab es einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, mit dem sie eine zusätzliche Stelle beantragte, um die juristische Expertise in den Referaten 1 und 3, also in den Bereichen Innere Sicherheit, E-Government und Soziale Netzwerke, zu verstärken. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Änderungen bei dem Einzelplan sowie der Einzelplan insgesamt wurden einstimmig bestätigt.

Zu Einzelplan 02 - Staatskanzlei - gab es einige wenige Änderungen. So wird die Finanzierung der Netzwerkstelle Medienkompetenz mit der Ausbrin-

gung einer Verpflichtungsermächtigung auch für die kommenden Jahre gesichert sein. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen neuen Titel zur Absicherung des Eine-Welt-Promotorinnenprogramms auszubringen, wurde abgelehnt.

Zur Beratung über den Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport - lagen neben der Beschlussempfehlung des mitberatenden Innenausschusses mehrere Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion DIE LINKE vor. Änderungen ergeben sich unter anderem bei Kapitel 03 10 - Landesverwaltungsamt -, bedingt durch Veränderungen in der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt. Hier entfallen dann Einnahmen und andererseits auch Ausgaben.

Bei Kapitel 03 20 - Landespolizei - wurde bei Titel 811 62 - Erwerb von Fahrzeugen - eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 11 Millionen € neu ausgebracht, um die Ersatzbeschaffung eines Polizeihubschraubers zu realisieren.

Ein Thema, das bei mehreren Einzelplänen eine Rolle spielte und auch die gesamten Haushaltsberatungen durchzog, war die Zukunft der Rechtsmedizin. Deshalb wurde im Einzelplan des MI der Ansatz bei Titel 511 61 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattung und Ausrüstungsgegenstände - um 282 000 € verringert. Damit wird der Beitrag des Ministeriums für Inneres und Sport zur Finanzierung der Dienstleistungen der Rechtsmedizin für das Jahr 2014 gesichert.

Diskussionen gab es bei Kapitel 03 46 - Sport - über die Übertragung der Kosten für die Beseitigung der Hochwasserschäden an Sportanlagen an die Investitionsbank. Umfangreiche Änderungen gab es auch bei Kapitel 03 63 - Asyl- und Ausländerwesen sowie Vertriebenen- und Spätaussiedlerangelegenheiten - aufgrund der wachsenden Zahl von Asylbewerbern. Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE wurden abgelehnt.

Bei Einzelplan 04 - Ministerium der Finanzen - gab es einige wenige Veränderungen bei den Ansätzen für das Personal. Hierbei spielten unter anderem die Überführung des Personals, das in Altersteilzeit geht, in den Einzelplan 13 sowie die Diskussion zu dem Problem Altersteilzeit generell eine Rolle.

Zu Einzelplan 05 - Ministerium für Arbeit und Soziales - gab es neben der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Arbeit und Soziales fünf Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und zwölf Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die aber letztlich keine Mehrheit fanden.

Eine haushaltsrelevante Debatte gab es zu Kapitel 05 02. So wurde dann in der Bereinigungssitzung die Kürzung bei der Titelgruppe 61 zurück-

genommen. Hierbei ging es um 350 000 € für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, da für das Jahr 2014 gesetzliche Vorschriften eingehalten werden müssen, bevor man hier eine langfristige strukturelle Kürzung vornimmt.

Eine Ansatzerhöhung gab es bei Titelgruppe 66 - Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Ansatz um insgesamt 1 Million € zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Bei Kapitel 05 09 - Sonstige soziale Leistungen - wurden die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt, die die Kürzung bei Titel 681 09 - Leistungen nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt - zurücknehmen wollten. In der Bereinigungssitzung wurde der Ansatz für das Blinden- und Gehörlosengeld auf Antrag der Koalitionsfraktionen um 3,5 Millionen € auf 12,05 Millionen € erhöht.

Bei Kapitel 05 13 - Gesundheitswesen - wird der Ansatz bei Titel 891 66 - Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser gemäß § 9 Abs. 1 KHG - um 1 Million € verringert und damit auf null gesetzt. Bei Titel 893 66 - Zuschüsse an freie, gemeinnützige und private Krankenhäuser gemäß § 9 Abs. 1 KHG - verringert sich der Ansatz um 2 105 100 € auf 894 900 €. Die Diskussion rankte sich um die Frage, ob die Bedarfe nicht mehr vorhanden sind. Es wurde dann erläutert, es gibt im Jahr 2014 keinen entsprechenden Bedarf für solche Zuschüsse.

Erhebliche Veränderungen gab es dann noch einmal während der Beratungen über Kapitel 05 17 - Kinder, Jugend und Familie. Bei Titel 633 01 - Sonstige Zuweisungen an den Bund für den Fonds „DDR-Heimerziehung“ - erhöht sich der Ansatz für das Jahr 2014 um 1 341 000 € auf 2 235 000 €.

Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Kürzungen im Bereich der Jugendpauschale und im Fachkräfteprogramm rückgängig zu machen, wurden abgelehnt. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurde bei beiden Titeln eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2015 und 2016 eingestellt.

Heftig diskutiert wurde sowohl in der eigentlichen Sitzung des Finanzausschusses wie auch in der Bereinigungssitzung über die Finanzierung des Ki-FöG. Letztlich wurde der Ansatz bei Titel 633 63 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - um 3 105 100 € auf 205 077 300 € angehoben. Die ursprünglich geplante Kürzung bei Titel 684 68 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen - wurde ebenfalls zurückgenommen. Hier geht es unter anderem um die Familienbildungszentren. Der Ansatz für das Jahr 2014 erhöht sich um 350 000 €.

Auch zu Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft - Bereich Wissenschaft und Forschung - gab es neben der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Wirtschaft Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hierzu gab es zunächst eine Diskussion über den Deckungsvermerk im Vorwort. Sowohl im Einzelplan 06 als auch im Einzelplan 07 und im Einzelplan 14 war eine sehr weitreichende gegenseitige Deckungsfähigkeit der einzelnen Hauptgruppen vorgesehen worden. Bei Einzelplan 06 betrifft dies die Kapitel 06 02, 06 03 und 06 21. Das reicht also von den allgemeinen Bewilligungen über die außeruniversitäre Forschung bis zu den Studentenwerken. Die Frage ist, inwieweit die Kapitel in einem sachlichen Zusammenhang stehen, um eine gegenseitige Deckung möglich zu machen. Letztlich gab es hier einige Einschränkungen. Das sehen Sie in der Beschlussempfehlung.

Bei Titel 685 06 - Fonds zur Unterstützung der Strukturanpassung der Hochschulen und medizinischen Fakultäten - wurde die Erläuterung geändert. Dazu gab es bereits im Fachausschuss ausführliche Diskussionen. Ursprünglich war hier die Kürzung der Eckwerte für den Einzelplan 06 um 50 Millionen € verankert. Die Erläuterung erhielt nun folgende Fassung: Zur Erleichterung von Umstrukturierungen wird ein Strukturanpassungsfonds für die Folgejahre eingerichtet und im Jahr 2014 mit 1 Million € ausgestattet.

Der Mittelansatz für das Institut für Hochschulforschung wurde um 125 000 € und der Ansatz bei der Titelgruppe 65 - Zuschüsse an die Stiftung Leucorea - um 209 800 € erhöht. Sie waren zuvor abgesenkt worden. Der Haushalt des Instituts für Hochschulforschung ist mit dieser Erhöhung aber noch nicht ausgeglichen.

Die Anträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Kürzung bei Titelgruppe 88 in Höhe von rund 10 Millionen € rückgängig zu machen, wurden abgelehnt.

In der Bereinigungssitzung wurde dann auf Antrag der Koalitionsfraktion bei Titel 681 88 - Landesgraduiertenförderung - der Ansatz um 800 000 € auf 1,5 Millionen € angehoben. Außerdem wurde eine neue Titelgruppe 89 - Zuschüsse des Landes an die Hochschulen, medizinischen Fakultäten und Universitätsklinika zur Unterstützung von Projekten außerhalb der Rahmenvereinbarung Forschung und Innovation - ausgebracht. Diese Titelgruppe erhielt einen Ansatz von 8,2 Millionen €.

Bei Kapitel 06 05 - Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Klinikum - und bei Kapitel 06 08 - Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Klinikum - wurde jeweils der Titel 533 02 - ge-

meint sind Dienstleistungen des rechtsmedizinischen Instituts Halle/Wittenberg bzw. Magdeburg - mit 405 000 € bzw. 300 000 € untersetzt. Damit ist für das Jahr 2014 eine Lösung gefunden worden. Es handelt sich allerdings um eine einmalige Mitfinanzierung von MI und MJ. Für die Folgejahre muss im nächsten Jahr eine weitere Lösung gefunden werden.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, die Kürzung bei den Studentenwerken rückgängig zu machen, wurde abgelehnt. Allerdings wurde von den Koalitionsfraktionen eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2015 und 2016 ausgebracht.

Ich komme zu Einzelplan 07 - Kultusministerium - Bildung und Kultur. Neben der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses, der eine Vielzahl von Änderungen vorschlug, lagen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Koalitionsfraktionen vor.

Es gab eine sehr intensive Diskussion zu vielen Themen, von denen ich nur einige wenige nennen kann. So wurde bei Titel 684 98 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen - der Ansatz um 734 000 € auf 1 679 200 € erhöht. Für das Jahr 2015 wurde eine VE ausgebracht, um bis zum Anlaufen der neuen EU-Programme diejenigen Stellen in der Schulsozialarbeit zu sichern, die bisher aus ESF-Mitteln finanziert wurden.

Bei Kapitel 07 06 - Landesschulamt - wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Stellenplan in Bezug auf die Rücknahme der Reduzierung der Stellenzahl für Referendarinnen und Referendare abgelehnt.

Auf Antrag des Ausschusses für Bildung und Kultur war die ursprüngliche Kürzung von 620 auf 420 Referendarstellen teilweise wieder rückgängig gemacht worden. Die Stellenzahl wurde auf 520 angehoben. Deswegen gab es in der Bereinigungssitzung noch eine Änderung des Baransatzes bei diesem Titel, um die 100 Stellen, die nicht berücksichtigt worden sind, aus dem Titel herauszunehmen.

Umfangreiche Diskussionen gab es bei Kapitel 07 76 - Stiftungen des Kulturbereiches. So wurde letztlich, nachdem entsprechende Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE abgelehnt worden sind, bei Titel 685 57 - Zuschüsse an die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt - ein neuer Haushaltsvermerk ausgebracht, demzufolge 10 % des Haushaltsansatzes für das Jahr 2014 bis zur Vorlage eines Konzepts für das künftige Aufgabenprofil gesperrt bleiben.

Bei Titelgruppe 77 - Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt - werden Mittel aus dem Kapitel 07 03 - Reformationsjubiläum - umgesetzt, da-

mit die Stiftung ihre inhaltlichen Aufgaben erfüllen kann.

Bei Kapitel 07 85 - Denkmalpflege und Unesco-Welterbe - finden Sie bei Titel 883 62 - Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - eine Erhöhung des Ansatzes um 450 000 €. Den passenden Einnahmetitel finden Sie im Einzelplan 13 bei Kapitel 13 15 - Zuschüsse an Religionsgemeinschaften - mit der Erläuterung „Jährlicher Strukturbeitrag der evangelischen Kirchen bis einschließlich 2017“.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kapitel 07 87 - Kunst und Kultur - wurden generell abgelehnt, auch der Antrag auf Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Theater- und Orchesterförderung bei Titel 633 64.

Allerdings wurde von den Koalitionsfraktionen ein neuer Titel 633 02 - Dynamisierung der Theater- und Orchesterverträge - mit einem Ansatz von 400 000 € ausgebracht. Dieses Geld ist für die Einrichtungen gedacht, die bereits Strukturanpassungen vorgenommen haben. Sie sollen für die Dynamisierung der Tarifverträge ab 2014 50 % der Kosten vom Land erstattet bekommen. Die anderen Einrichtungen können erst dann Geld erhalten, wenn sie die Strukturanpassungen abgeschlossen haben.

Zum Einzelplan 08 - Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft - Bereich Wirtschaft - lagen neben der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Wirtschaft Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor, die natürlich alle beschlossen worden sind. Die Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden mehrheitlich abgelehnt.

Neu ausgebracht wurde bei Kapitel 08 02 - Allgemeine Bewilligungen für den Bereich Wirtschaft - der Titel 671 04 - Kostenerstattung an die Investitionsbank - Hochwasserhilfe 2013 - mit einem Ansatz für 2014 von 929 400 €. Außerdem wurde bei Titel 685 01 - Zuschüsse an die Investitions- und Marketinggesellschaft mbH - der Ansatz um 500 000 € auf 5 455 000 € erhöht.

Zu Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - Bereich Landwirtschaft - lagen die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE vor. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, der die Mutterschafthaltung fördern sollte, wurde abgelehnt. Die Anträge der Koalitionsfraktionen wurden angenommen.

Einzelplan 11 - Ministerium für Justiz und Gleichstellung. In der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung

gab es einige Änderungsvorschläge. Darüber hinaus lag ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. In der Bereinigungssitzung wurden von den Fraktionen der CDU und der SPD Änderungsanträge gestellt.

Diskussionen gab es hier unter anderem zum Personal. Wie auch bei anderen Einzelplänen gab es eine Differenz zwischen der Stellenzielzahl des Personalentwicklungskonzepts und der Zielzahl des Personalmanagementkonzepts. Diese Differenz muss im nächsten Jahr diskutiert werden. Auch das Thema Altersteilzeit wurde erneut erörtert.

Bei Kapitel 11 20 - Budgetierte Einrichtungen - wird der Ansatz für 2014 bei Titel 685 05 - Zuschüsse für nicht budgetrelevante Ausgaben - um 423 000 € verringert. Hierbei handelt es sich um den Beitrag des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung zur Absicherung der Rechtsmedizin im Jahr 2014.

Zum Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - lagen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE vor. Es kam zum Teil zu gravierenden Veränderungen einzelner Haushaltspositionen. Ausgehend von der November-Steuerschätzung 2013 erhöhen sich die Ansätze bei den Steuereinnahmen bei Kapitel 13 01 um 42 400 000 € auf insgesamt 5 708 004 000 €.

Eine spannende Debatte fand zu Titel 351 02 - Entnahme aus der Steuerschwankungsreserve - statt. Hier hatte zunächst die Fraktion DIE LINKE den Antrag gestellt, der Steuerschwankungsreserve Mittel in Höhe von 55 Millionen € zu entnehmen, um diese in die Tilgung stecken. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

In der Bereinigungssitzung stellten dann die Koalitionsfraktionen den Antrag, der Steuerschwankungsreserve, der man zuvor noch 10 Millionen € zugeführt hatte, 50 Millionen € zu entnehmen und diese in die Tilgung zu stecken mit der verbindlichen Erläuterung, dass die Entnahme dann zulässig sei, wenn die Schuldentilgung nicht aus dem Jahresüberschuss 2014 geleistet werden könne. Bei Titel 911 01 - Zuführung an die Steuerschwankungsreserve - erhöhte sich der Ansatz von null auf 10 Millionen €.

Bei Titel 461 01 - Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben ohne Versorgung - verringert sich der Ansatz um 6 938 600 €. Dieses Geld wird unter anderem zur Deckung der Kosten aus den Geschäftsbesorgungsverträgen mit der Investitionsbank hinsichtlich der Hochwasserhilfe benötigt.

Bei Titel 462 01 - Globale Minderausgabe für Einsparverpflichtungen im Rahmen des Stellen- und Personalabbaus - erhöht sich der Ansatz um

1 482 400 € auf insgesamt 15 982 400 €. Das ist neu. Das ist der neue Spitzausgleich im Haushalt. Bisher haben wir ihn nicht bei diesem Titel gefunden.

Bei Kapitel 13 12 - Finanzzuweisungen an die Gemeinden - gibt es drei wesentliche Änderungen. So werden die geplanten Erstattungen von Kommunen im Rahmen der Umstellung auf BOS-Digitalfunk gestrichen. Dabei handelt es sich um einen Betrag von 2 Millionen €.

Der Ansatz bei Titel 613 04 - Ausgleichsstock/Bedarfszuweisungen - wird um 4,6 Millionen € erhöht. Dabei geht es vor allem um den Ausgleich von Lasten durch die vermehrte Anzahl von Asylbewerbern.

Der Ansatz bei Titel 613 17 - Besondere Ergänzungszuweisungen - Kreisstraßen - wird um 378 600 € erhöht.

Bei Kapitel 13 25 - Schuldenverwaltung - Titel 325 02 - Tilgung von Darlehen - erhöht sich der Ansatz um 50 Millionen €. Das sind die 50 Millionen € aus der Steuerschwankungsreserve, die jetzt für die Tilgung bereitgestellt werden.

Neu ist auch, dass das Kapitel 13 31 - Hochwasserhilfen - jetzt finanziell untersetzt worden ist.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden alle abgelehnt.

Zu Einzelplan 14 - Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - lagen neben der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Hierzu gibt es eine Vielzahl von Veränderungen. Sie finden diese auf den Seiten 96 bis 109 der Beschlussempfehlung. Dort gibt es ausführliche Tabellen, in denen dargestellt ist, welche Ansätze geändert worden sind. Darauf will ich nicht eingehen.

Eine gravierende Veränderung finden Sie bei Kapitel 14 02 - Allgemeine Bewilligungen - Titel 331 61 - Zuweisungen für Investitionen vom Bund. Hier ändert sich der Ansatz für 2014 um 23 955 000 €. Das hat natürlich Auswirkungen für die vom Entflechtungsgesetz betroffenen Titel; sie müssen dort entsprechend eingearbeitet werden.

Die Änderungen bei Kapitel 14 06 - Geoinformations- und Vermessungswesen - sind im Wesentlichen bedingt durch die Sanierung der Liegenschaft Neustädter Passage in Halle.

Zu Einzelplan 15 - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - Bereich Umwelt - lagen neben der Beschlussempfehlung des Fachausschusses Än-

derungsanträge der Koalitionsfraktionen, der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Die Anträge der Oppositionsfraktionen wurden abgelehnt. Die Änderungen im Einzelplan basieren auf den Empfehlungen des Fachausschusses und den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen.

Eine Debatte, die sich letztlich nicht in Veränderungen im Haushalt niederschlug, gab es zur Personalerstattung des LHW. Hier befinden sich die Ministerien nach Aussage im Ausschuss immer noch in der Abstimmung.

Bei Kapitel 15 02 - Allgemeine Bewilligungen - wird eine Titelgruppe 70 - Maßnahmen i. R. der §§ 32 und 33 NatSchG LSA einschließlich entsprechender Prävention - neu ausgebracht und finanziell untersetzt.

Bei Einzelplan 16 - Landesrechnungshof - gab es wenige Änderungen. Eine ist neu. Titel 533 01 - Dienstleistungen Außenstehender - wurde mit einem Ansatz für 2014 in Höhe von 34 800 € neu ausgebracht. Bisher wurden Gutachten, die der Landesrechnungshof in Auftrag gab, in Abstimmung mit dem Finanzministerium aus Einzelplan 13 finanziert.

Zu Einzelplan 19 - Informations- und Kommunikationstechnologie - lagen Änderungsvorschläge vom Ausschuss für Umwelt sowie Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor.

Die Änderung bei Kapitel 19 01 Titel 685 02 - Zuschuss Betrieb - ist verursacht durch den Angriff von Hackern auf das Landesportal. Hier musste eine Dienstleistung extern vergeben werden, damit das Landesportal zukünftig störungsfrei funktioniert.

Die Änderungen bei Kapitel 19 02 - Zentraler IT-Dienstleister des Landes Sachsen-Anhalt - sind dem Übergang zu Dataport geschuldet.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Es ist etwas zu laut hier.

**Frau Dr. Klein, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:**

Ich verstehe ja, dass das nicht besonders spannend ist.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Wir sind dabei!)

- Danke, wenigstens einige lauschen. - Bei Kapitel 19 13 - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - sind drei neue Titelgruppen ausgebracht und finanziell untersetzt worden.

(Anhaltende Unruhe)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Ich hatte gesagt, es ist hier sehr laut. Ich hatte nicht gesagt, es soll lauter werden.

**Frau Dr. Klein, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:**

Zu Einzelplan 20 - Hochbau - gab es einige Beschlussempfehlungen von Fachausschüssen sowie mehrere Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE.

Zu Kapitel 20 01 - Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung - gab es noch einmal eine Diskussion über das Mieter-Vermieter-Modell und dessen Auswirkungen auf die Bauunterhaltung. Die Abführungen des Landesbetriebs verringern sich um 299 600 €.

Bei Kapitel 20 03 - Ressortbau - gab es aufgrund eines Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE eine Diskussion über die beabsichtigte Veranschlagung von Mitteln für eine JVA im Süden Sachsens-Anhalts. Der Antrag wurde abgelehnt.

Eingestellt wurde aber eine Verpflichtungsermächtigung bei Titel 518 62 - Mieten und Pachten - in Höhe von 5 321 000 € zur Sicherstellung der Finanzierung des Finanzamts Halle.

Bei Kapitel 20 04 - Hochschulbau - wurde zunächst der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Mittel für die Zahnklinik Halle einzustellen, abgelehnt. In der Bereinigungssitzung wurde dann ein entsprechender Antrag der Koalitionsfraktionen angenommen.

Bei den Sondervermögen gab es keine Änderungen.

Nun zum Haushaltsgesetz. Hierbei gab es einige wenige inhaltliche Änderungen, die im Verlauf der Haushaltsberatungen auf der Grundlage von Anträgen der Koalitionsfraktionen eingearbeitet werden mussten.

Außerdem gab es bei der Beratung zu dem Gesetzentwurf einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und einen sehr weit reichenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE deckte sich mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Es ging darum, § 18 des Haushaltsgesetzes - das ist der Paragraph, in dem der BOS-Digitalfunk verankert war, zu streichen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der unter anderem das Budgetrecht des Parlamentes stärken sollte, wurde bei 5 : 8 : 0 Stimmen abgelehnt.

In § 1 Abs. 1 in der Fassung der Beschlussempfehlungen wird der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 in Einnahmen und Ausgaben auf 10 714 146 900 € festgestellt.

In Absatz 2 wird die Summe der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen auf 5 607 239 000 € festgestellt.

In § 9 Abs. 3 wird die Landesregierung ermächtigt, für den Fall, dass weitere Bundesmittel für den Hochwasserschutz frei werden, diese mit entsprechenden Landesmitteln kofinanzieren.

§ 18 - Finanzausgleichsmasse - wurde gestrichen.

In § 19 wird abweichend vom Gesetzentwurf eine Zuführung in Höhe von 10 000 000 € zur Steuerungsschwankungsreserve festgeschrieben.

Die Beschlussempfehlung wurde im Ausschuss für Finanzen mit acht Jastimmen bei fünf Neinstimmen angenommen. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag die Annahme der Beschlussempfehlung.

Ihnen liegt in der Drs. 6/2612 eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen zu dem Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für das Haushaltsjahr 2014 vor. Hierzu gab es ebenfalls mehrere Beschlussempfehlungen von Fachausschüssen sowie Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Koalitionsfraktionen.

Heftige Diskussionen gab es - ich glaube, das waren die heftigsten im ganzen Verlauf der Haushaltsberatungen - zu Artikel 2 - Änderung des Besoldungs- und Versorgungsrechtsergänzungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Die von der Fraktion DIE LINKE beantragte Streichung dieses Artikels wurde abgelehnt.

Mit Blick auf die Folgen des Artikels 2 wurde ein neuer Artikel 0/1 - Änderung des Abgeordnetengesetzes Sachsen-Anhalt - geschaffen. Damit ist die Einführung einer Kostendämpfungspauschale in Höhe von 260 € für die Abgeordneten verbunden.

Zu Artikel 3 - Änderung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt - lagen Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, die vorsahen, diesen Artikel zu streichen. Diese Anträge wurden abgelehnt. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde angenommen.

Ich bitte Sie jetzt, in der Beschlussempfehlung zum Haushaltsbegleitgesetz bei Artikel 3 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb - Sie finden das auf Seite 9 der Beschlussempfehlung - eine Änderung vorzunehmen. Die vier Fraktionen sind sich darin einig, dass die Formulierung so, wie sie gegenwärtig dort steht, missverständlich ist. Wir haben bei diversen Abgeordneten ein Probelesen vorgenommen, um zu prüfen, ob das jemand versteht.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Frau Bull, DIE LINKE: Missverständnisse!)

Anstelle der in der Beschlussempfehlung aufgeführten Formulierung soll dort die in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des geltenden Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld enthaltene Formulierung verwendet werden, die lautet:

„die hochgradig sehbehindert mit einem Sehvermögen von 1/20 und weniger sind“.

Hierzu liegt auch ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktion in der Drs. 6/2652 vor, der die Streichung von Artikel 3 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb beinhaltet. Lesen Sie sich das zum Vergnügen ruhig noch einmal durch.

Auf einen Antrag der Koalitionsfraktionen hin wurde Artikel 4 - Änderung des Gesetzes über die Steuerschwankungsreserve des Landes Sachsen-Anhalt - geändert. Gedeckelt wurde die Finanzierung von Haushaltsresten aus der Steuerschwankungsreserve; ermöglicht wird die Tilgung von Krediten.

Neu sind die Artikel 6/1 und 6/2. Artikel 6/1 ändert das Brandschutzgesetz. Artikel 6/2 ermächtigt das zuständige Ministerium, den Wortlaut des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld in der neuen Fassung bekanntzumachen. - Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt die Annahme der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/2612.

In der Drs. 6/2614 liegt Ihnen eine weitere Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen vor. Darin empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Tilgungsplan für die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommenen Kredite in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Abschließend möchte ich mich vor allen Dingen bei den Mitgliedern des Finanzausschusses für ihre Mitarbeit bedanken. Danken möchte ich aber auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Finanzministeriums und der anderen Ministerien sowie dem Präsidenten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofes, die uns in den Sitzungen mit Hinweisen und Erklärungen zur Seite standen. Die Minister und Staatssekretäre, die zu den Haushaltsberatungen kamen, haben uns, soweit es ging, Rede und Antwort gestanden - von einem habe ich noch immer keine Antwort bekommen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja, ich auch nicht, aber das ist egal!)

Ich möchte allen dafür danken, dass uns vieles schriftlich und rechtzeitig vor der Bereinigungssitzung nachgeliefert wurde. Ich glaube, das war ganz wichtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei der CDU)

Danken möchte ich Herrn Vogt und Herrn Dr. Pfannkuchen, die uns seitens des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes begleitet ha-

ben. Mein besonderer Dank an dieser Stelle gilt Frau Gaertner, die die Haushaltberatungen begleitet hat und für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen verantwortlich war.

(Beifall bei der LINKEN und bei der CDU)

Der eine oder andere weiß, dass Frau Kahl, die Ausschussassistentin, die den Finanzausschuss eigentlich begleitet, einen schweren Sturz erlitten hat und dadurch ausgefallen ist. Ich danke aber auch allen anderen Ausschussassistenten und -assistentinnen, die uns in dem Ausschuss begleitet haben, und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stenografischen Dienstes, die es geschafft haben, uns alle Protokolle bis zur heutigen Sitzung vorzulegen. Sie ermöglichten es damit, dass wir heute eine korrekte Grundlage für die Diskussion haben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr für die Berichterstattung, Frau Dr. Klein. - Wir treten jetzt in die Debatte ein, traditionell in die Generaldebatte zum Einzelplan 02. Als Erster spricht für die Landesregierung der Herr Finanzminister. Herr Bullerjahn, Sie haben das Wort.

#### **Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sage erst einmal: Danke, Frau Klein. Wir beide und der Ausschuss sind der Meinung, dass Haushalt das Wichtigste ist und total abwechslungsreich. Nach der Stunde, die der Haushalt braucht, wissen wir, dass die anderen diese Meinung nicht unbedingt teilen. Trotzdem ist es richtig und wichtig, so etwas zu machen.

Ich danke Ihnen für die gute Führung der Ausschusssitzungen. Trotz turbulenter Zeiten bei der Diskussion um den Haushaltsplan war es eine sehr sachliche Atmosphäre, das muss man sagen. Ich denke, das werden viele, die dabei saßen, ebenso gesehen haben. In der Sache selbst haben wir uns gestritten. Das gehört dazu. Aber es ist schon nicht einfach, solche Diskussionen am Ende zu einer Beschlussempfehlung zu bringen, wie sie heute zur Abstimmung vorliegt. Noch einmal: Ihnen und dem gesamten Ausschuss herzlichen Dank für die sehr professionelle Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich weiß, dass Sie nicht alles teilen, was wir beschlossen haben, aber das ist eine ganz andere Sache.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Das sind unwesentliche Dinge!)

Eines sage ich gleich am Anfang und das sage ich aus Überzeugung: Ich weiß noch, wie ich bei der

Einführungsrede hier gestanden habe, und ich sage ausdrücklich Dank der CDU und der SPD für die Unterstützung, die manche am Anfang, auch in den Medien, aber auch in der Öffentlichkeit, so nicht gesehen haben. Es gab schon heftige Spekulationen darüber, ob der Finanzminister das überstehen wird, ob sie ihm folgen, ob sie ihn hängen lassen. Das hat im Wochenrhythmus in den Medien gewechselt; es war mal mehr, mal weniger intensiv.

Ich sage: Jetzt liegt ein solider Haushalt vor, ein wirklich solider Haushalt, den wir gemeinsam erstritten haben, an dem auch Fraktionen manches geändert haben. Ich habe bei der Einbringung gesagt, dass das guter parlamentarischer Brauch ist. Dieser Haushalt kann sich sehen lassen. Dafür sage ich den Koalitionsfraktionen ausdrücklich Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung bei der LINKEN)

Vorhin wurde schon über einiges gesprochen; darauf möchte ich nicht näher eingehen. Ich möchte heute vieles nur stichpunktartig nennen, weil die Details bereits genannt wurden. Ich möchte mich auf einige wenige politische Schwerpunkte konzentrieren. Da ich die 60 Minuten Redezeit nicht brauche, hoffe ich, dass mein Beliebtheitsgrad am Ende der Debatte steigen wird.

Ich möchte einige Dinge ansprechen, etwa das, was die Initiative vorhin - aus ihrer Sicht völlig zu Recht - gesagt hat: Kultur ist das Wichtigste. Gerhard Miesterfeldt hat es vorhin relativiert. Er sagte: Wir sind dafür da, uns diese Dinge anzuhören und damit umzugehen. Wir sind uns aber auch darin einig, dass dann, wenn die Kommunalpolitiker und die Wirtschaftsleute hier auftreten würden, die Summe aller Forderungen wahrscheinlich weit über das Maß hinaus steigen würde, das wir finanzieren können.

Es gibt ein Wechselspiel von Debatte und öffentlicher Debatte, die manchmal sicherlich auch einen Grad der Diskussion erreicht hat, den ich nicht unbedingt richtig finden muss - aber es gehört eben dazu, eine solche Diskussion auszuhalten, auch gegen Widerstände auszuhalten; das weiß man, wenn man eine solche Funktion innehat. Aber das muss irgendwann einmal auf den Punkt gebracht werden.

Die Aufgabe der Regierung, aber auch des Parlamentes ist es, für alle Beteiligten zu schauen, ob dieser Haushalt in der Stringenz der Strategie wiederzuerkennen ist und ob er eine Basis für den nächsten Haushalt legt. Wir haben für die Jahre 2015 und 2016 einen Doppelhaushalt vor uns, der nicht einfach sein wird. Trotzdem sage ich: Auf vieles von dem, was heute beschlossen wird, können wir bei dem Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 aufbauen. Wenn vieles nicht gemacht worden wäre, dann stünden bei dem Doppelhaushalt

sicherlich etliche schwer zu bewältigende Aufgaben an.

In der vorigen Woche fand eine Sitzung des Stabilitätsrates statt. Das war leider nachzulesen; einige hatten geschwatzt. Ich möchte die Grundstimmung daraus wiedergeben: Diese Schuldenbremse, die von einigen abgelehnt wird - neben dem Fiskalpakt, der nichts anderes ist als die Schuldenbremse auf europäischer Ebene unter Einschluss der Kommunen; das haben wir mit den Stark-Programmen als erstes deutsches Bundesland schon vorweggenommen -, wirkt. Dabei wird nicht die Frage gestellt, ob wir jetzt unsere politischen Schwerpunkte so herum oder andersherum diskutieren.

Bevor ich es vergesse, schiebe ich an dieser Stelle gleich mit ein: Der Haushalt ist kein Selbstzweck. Aber wie zu Weihnachten ist das Ergebnis der Diskussion über das, was ich haben möchte, eingeeengt durch die Antwort auf die Frage: Wie viel Geld habe ich eigentlich?

Diese Diskussion ist in der vorigen Woche im Stabilitätsrat in einer Härte geführt worden, die ich nicht immer richtig finde. Es wurde deutlich, dass dieser Ausschuss - ihm gehören vier Länder an, die sich mit den Haushalten der schwierigen Länder befassen - bei seinen Aussagen an Klarheit nichts vermissen lässt. Das ist eine Diskussion, auf die ich immer wieder hingewiesen habe.

Der Stabilitätsrat wird sich in der nächsten Sitzung wieder mit einigen Ländern befassen. Ich finde es gut - das muss nicht jeder gut finden -, dass Sachsen-Anhalt aus der Gruppe der Schlusslichter herausgekommen ist,

(Beifall bei der SPD)

dass es in der Gruppe der Länder ist, die sozusagen auf dem Weg nach oben sind.

Ich denke schon - darauf komme ich an einigen Beispielen noch zu sprechen -, dass wir, wenn wir diese Konsolidierungspfade weitergehen, trotz eines gestalterischen Haushaltes das Ziel haben sollten, bis 2020 in der Spitzengruppe der Länder zu sein, die mit konsolidierten Haushalten ab 2020 ihren eigenen Weg gehen können, ohne dass ständig jemand dazwischenquatscht. Das mag man nicht gut finden, aber ich weiß, dass dies, egal welche Regierungskonstellation dann am Tisch sitzt, alle in ihren Diskussionen einengt.

Der Wechsel gehört zur Politik. Aber die Verlässlichkeit beim Stabilitätsrat und bei den Haushaltspfaden ist für mich etwas, das ich gut finde, dem sich mittlerweile alle unterwerfen müssen. Alle halbe Jahre nimmt man die Finanzminister, die dort stellvertretend für Regierung und Parlament sitzen, in die Pflicht aufzuzeigen, warum man das eine oder andere nicht gemacht hat. Ich habe bisher keinen Vertreter und keine Vertreterin erlebt, egal mit welcher Farbe auf dem Parteibuch, die gesagt

hätten: Die im Landtag wollten das nicht und deswegen sitze ich jetzt hier. - So einfach macht sich das niemand mehr. Das finde ich gut.

Wir selbst können an dem Haushaltsplan für das Jahr 2014 nachweisen, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Es ist wieder ein Haushalt ohne neue Schulden. Deswegen sage ich: Diese Wahlperiode wird die Wahlperiode mit dem nachhaltigen Einstieg in die Schuldentilgung sein. Kein Haushaltsjahr mit neuen Schulden! Das hätten einige vor wenigen Jahren nicht gedacht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben weiterhin gemeinsam den Einstieg in die Tilgung erstritten. Das waren im vergangenen Jahr 25 Millionen €. Das wurde noch belächelt. Ja, gut, bei einer Schuldensumme von rund 21 Milliarden € ist das etwas, was sich verstärken muss. Deswegen müssen wir darüber diskutieren. Ich denke, man kann jetzt schon sagen, dass wir in diesem Jahr mehr als 25 Millionen € tilgen werden. Das hat etwas mit dem Vollzug zu tun.

Im nächsten Jahr werden wir - ich bin den Fraktionen, die sich darum bemüht haben, dankbar - mindestens 50 Millionen € tilgen. Das Ziel ist, dass wir am Ende der Wahlperiode - das ist wie eine Treppe - bei 100 Millionen € angelangt sind und am Ende der nächsten Wahlperiode 200 Millionen € erreichen. Wenn wir die Pro-Kopf-Verschuldung stabilisieren wollen, dann müssen wir ungefähr bei einem Wert von 225 Millionen € landen. Wenn wir das erreichen und dann daran arbeiten, dass diese Tilgung konstant bleibt, dann erweisen wir dem Land einen nachhaltigen Dienst.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von Ministerpräsident Herrn Dr. Haseloff)

Im privaten Bereich ist das völlig normal: Wer einen Kredit aufnimmt, der unterschreibt sofort mit Tilgung und Zins. Die Auffassung, dass das auch für die öffentlichen Haushalte gelten muss, nimmt mittlerweile immer breiteren Raum ein.

Ich denke, man sollte sich nicht übernehmen. Wer aber so tut, als würden wir es mit 50 Millionen € übertreiben, der soll sich die Zahl 21 Milliarden € einmal mit Nullen aufschreiben. Dann sieht man, wie groß die Schuld ist. Es nützt nichts, darüber zu reden, wer wann in der Vergangenheit was gemacht hat. Wir haben die Verantwortung, es jetzt anders zu machen. Das haben wir hinbekommen und das finde ich gut. Es wird von den Märkten und übrigens auch im politischen Geschäft angenommen.

Es muss zur Normalität werden, dass man nur das ausgibt, was man einnimmt. Über die Frage, wofür man etwas ausgibt, kann man streiten. Das haben wir vorhin erlebt und das macht, denke ich, ein Parlament auch aus. Man sollte sich eben nicht in

irgendwelche anderen Gegebenheiten flüchten. Das sage ich einmal mit Blick auf die Anträge der LINKEN, ohne jetzt weiter ausholen zu wollen. Jeder hat seine eigene Strategie, aber heute aufzuschreiben, das Land solle eine GMA in Höhe von 35 Millionen € ausweisen, bedeutet einen Rückfall in alte Zeiten, als ungedeckte Schecks ausgestellt wurden.

(Zustimmung von Herrn Barthel, CDU - Herr Lange, DIE LINKE, lacht)

Dann zu sagen, wir brauchten keine Rücklage, ist finanzpolitisch völlig unverständlich.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Habt ihr doch gerade aufgelöst!)

- Ach, Herr Gallert, ich führe jetzt kein Zweigespräch mit Ihnen. - Jeder weiß, dass wir eine Steuerschwankungsreserve ansparen mit dem einzigen Ziel, nicht wieder in Sparorgien verfallen zu müssen, wenn die Wirtschaft nicht mehr so wächst, wie wir es jetzt unterstellen, weil wir die Steuermindereinnahmen dann aus der Rücklage werden ausgleichen können. Das wird nach einem System genau beziffert werden. Wenn die Wirtschaft dann wieder anzieht, wird diese Rücklage wieder gefüllt. Das ist ganz normal.

Wir wissen, wir brauchen ungefähr eine halbe Milliarde Euro, weil bei uns das FAG mit daran hängt. Es geht dabei auch nicht darum, irgendwelche Zinsen zu sparen, sondern schlichtweg darum, das zurückgelegte Geld einsetzen zu können, ohne über die Eckwerte reden zu müssen. Das ist so, als wenn man zur Sparkasse oder zu einer anderen Bank geht - ich darf jetzt keine Werbung machen - und sagt, man braucht das gesparte Geld für irgendwelche Sachen - es muss ja kein Flughafen sein.

All diese Sachen finden sich im Haushaltsplan für das Jahr 2014 wieder. Wir werden sie auch für den Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016 weiterentwickeln. Schon im nächsten Jahr werden wir eine Rücklage von mehr als 100 Millionen € haben, und das Ziel sollte schon sein, dass wir am Ende der Wahlperiode eine Rücklage von 200 Millionen € haben.

Ich habe gehört, dass all das dem Rechnungshof nicht reicht. Das kann ich verstehen. Und bei manchen Dingen hat er auch gar nicht Unrecht.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Ich habe auch gelesen, dass CDU und FDP sparsamer gewesen seien. Das kann nur damit zusammenhängen, dass er einer gewissen Gruppe angehört.

(Zustimmung bei der SPD)

Gegessen! - Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir in den letzten Jahren irgendwann über

Rücklagen geredet hätten. Ich denke, manche wären froh gewesen, wenn wir damit eher begonnen hätten.

Dann stellt sich die Frage, warum wir nicht ähnlich wie andere Länder 500 Millionen € zurücklegen. Anfangs habe ich selbst gegrübelt, ob wir schlechter als andere sind. Das ist mittlerweile nicht mehr der Fall. Anders als die anderen Länder geben wir in jedem Jahr Mittel in Höhe von 60 Millionen € über Stark II an die Kommunen weiter.

Wenn wir diese Mittel zurücklegen würden nebst den Ausgaben zur Kofinanzierung im Programm Stark III, dann hätten wir Mittel in Höhe von 70 bis 80 Millionen €, die wir jedes Jahr zusätzlich zurücklegen könnten. Dann hätten wir am Ende der Wahlperiode auch 500 Millionen €. Wir haben uns aber darauf geeinigt - vor dem Fiskalpakt -, dass die Konsolidierung des Landes mit der Konsolidierung der Kommunen einhergehen muss.

Deswegen ist es richtig, diese Sachen gleichzeitig zu machen, die Rücklage langsamer anzusparen, gerade auch bei den gegenwärtigen Zinsen, und bei der Konsolidierung mit den Kommunen Schritt zu halten. Daraus erklärt sich, warum wir eben nicht solche hohen Rücklagen wie Mecklenburg-Vorpommern und andere Länder gebildet haben und auch nicht solche hohen Überschüsse haben. Die Überschüsse sind in diesen Ländern natürlich größer, weil sie eher damit angefangen haben. Aber das würden wir, wenn wir es wollten, auch hinbekommen, wenn wir die Kommunen von dem Programm Stark II abnabeln würden. Ich hielte dies aber für falsch. So müssen wir eben all das bedienen.

Das habe ich ganz bewusst an den Anfang meiner Rede bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs gestellt. Die Systeme greifen jetzt. Ich glaube, jede Regierung ist in den nächsten Jahren gut beraten, nicht an diesen Grundfesten zu rütteln. Das Schrittmaß bestimmt aber jeder selber.

Mittlerweile haben wir im Pensionsfonds - das ist auch ein neues Instrument - Ende dieses Jahres wahrscheinlich rund 500 Millionen € liegen. Ich habe im Ausschuss schon einmal erwähnt, dass wir mit unserer Anlagestrategie 8,4 % Zinsen bekommen. Also tue niemand so, als bekämen wir keine Zinsen für unsere Anlage. Die Bonität der öffentlichen Hand ist mittlerweile gefragt. Es gibt kaum noch sichere Häfen in diesen unsicheren Zeiten.

Wir selber streben bis zum Jahr 2020 rund 1 Milliarde € an. Dann wird es möglich sein, alle Versorgungsleistungen im Beamtenbereich ab dem Jahr 2027 gänzlich aus dem Fonds zu finanzieren. Viele westdeutsche Länder würden unheimlich viel dafür geben, wenn sie das auch könnten. Für viele heute scheinbar noch starke Länder werden die Pensionslasten der Nachkriegsgeneration ein nicht

lösbares Problem werden. Wir sind darauf vorbereitet. Und das finde ich gut.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Es geht um Fonds, Tilgung, Zinsen und darum, durch Umschuldung zu sparen. Dabei geht es immerhin um 300 Millionen €, die wir, anders als andere Länder, nutzen, um die Ausgaben zu begrenzen, damit wir keine globale Minderausgabe ausweisen müssen und Schulden tilgen können.

Wir nutzen natürlich auch die Einsparungen bei den Zinsen und die Mehreinnahmen aus den Steuern. Es ist aber eine Legende, dass wir in diesem Jahr Steuermehreinnahmen haben werden. Die Steuereinnahmen sind genau so hoch wie vorhergesagt, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die steigenden Steuereinnahmen werden durch den Rückgang der Solidarpaktmittel bis zum Jahr 2020 aufgezehrt werden. Übrigens - weil das vorhin beim Thema Kultur anklang - kommen dazu auch noch die zusätzlichen Leistungen für die Sozialhilfe, die in jedem Jahr um 20 bis 30 Millionen € steigen werden.

Wir wären der größte Gewinner, wenn das, was in der Koalitionsvereinbarung zur Eingliederungshilfe vereinbart wurde, wirklich so kommen würde. Das würde wirklich entlastend wirken. Es gibt nur zwei Länder, die es betrifft. Ich werde das aber so lange nicht anpreisen, wie es nicht beschlossen worden ist. Es gibt Länder, die haben den Koalitionsvertrag schon vorweggenommen, wie die Grünen und die Roten in Baden-Württemberg; diese mussten sich jetzt eingestehen, dass es genau an dieser Stelle nicht mehr Geld geben wird. Wir werden das nicht tun.

Wir werden auch im Tarifbereich Mehrkosten haben. Das müssen wir auffangen. Und auch für den Hochwasserschutz gibt es mehr Mittel. Das Haushaltsvolumen ist also gewachsen, die wirklich zur Gestaltung zur Verfügung stehende Summe ist jedoch gesunken. Das bleibt jetzt aber auf diesem Stand, noch dazu, wenn man die Inflation von 1,5 bis 2 % pro Jahr berücksichtigt. Diese Mechanismen sind bekannt und sollten in der Diskussion nicht verfälscht werden.

Trotzdem gelingt es - das ist mein zweiter Ansatz -, viel zu investieren. Alle tun so, als würden wir nur noch über Tilgung reden. Wir sanieren bis zum Jahr 2020 alle Kindergärten und Schulen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Das tut kein anderes deutsches Land. Ich halte es für völlig vernünftig, darüber zu reden, ob diese Einrichtungen in zehn Jahren noch Bestand haben werden. Über die Schulentwicklungsplanung wird in den allermeisten Landkreisen im Hinblick auf die Standortfrage sehr verantwortungsvoll diskutiert,

(Zustimmung von Herrn Weigelt, CDU)

weil sie mit Unterstützung des Landes etwas Hochmodernes bekommen werden. Ich glaube, das ist ein guter Tausch: Diskussion über die Strukturen, zugleich aber auch Hilfe, wenn etwas völlig Neues entsteht. Ich bin gespannt, wie es im Jahr 2020 hier aussieht. Dann werden sich alle Abgeordneten, die dann hier sitzen, das ans Revers heften und sagen: Das war damals eine gute Idee von uns.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Das soll auch so sein. Damit sind wir einmalig. Ich denke, dass wir eine Umgebung für Kinder schaffen, in der besseres Lernen möglich ist, und zwar von klein auf. Auch das leisten wir mit dem Haushalt. Das sollte nicht kleingeredet werden.

Wir binden alle Drittmittel. Wir haben die Hochwassermittel eingestellt. Die Aufteilung wird sich ergeben, wenn wir genau wissen, in welchen Jahren welche Mittel abfließen werden. Das ist für uns an dieser Stelle aber uninteressant, weil Einnahmen gleich Ausgaben sind.

Wir haben bestimmte Projekte beim Hochbau definiert. Das finde ich gut. Bei anderen wird noch nachgefragt. Es gibt Bauten, die haben mit Strukturveränderungen zu tun. Ich nenne einmal die Themen JVA und Polizei. Ich bin dankbar dafür, dass die Strukturdiskussionen geführt werden.

In Bezug auf die Polizei gab es gestern einen Vorschlag des Innenministers. Er geht natürlich davon aus, dass bestimmte Personalstärken im direkten Zusammenhang mit dem Rückgang der Einwohnerzahlen nicht mehr zu halten sein werden. Das ist doch das Grundproblem in vielen dieser Debatten. Dabei möchte ich mich und kann ich mich inhaltlich gar nicht einmischen. Der Weg ist aber völlig richtig.

Wenn eine Bevölkerung, die einmal drei Millionen Einwohner umfasst hat, jetzt auf zwei Millionen zustrebt, dann ist die Diskussion über Strukturveränderungen doch völlig normal. Deswegen haben wir mit dem vorliegenden Haushaltsplan und auch in Vorbereitung auf den Doppelhaushalt viele Strukturveränderungen begonnen oder zu Ende gebracht.

Es gibt, glaube ich, keinen Bereich, über den wir gerade nicht diskutieren. Selbst die OFD haben wir infrage gestellt. Wir strukturieren um, obwohl wir schon sieben Finanzämter geschlossen haben. Das war nicht unumstritten, ist aber notwendig. Trotzdem gewährleisten wir in diesen Ämtern vernünftige Arbeit. Es wird oft gar nicht wahrgenommen, dass dort trotzdem ein guter Job gemacht wird.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

So ist es so, dass wir gerade hier im Landtag immer wieder darüber diskutieren, woher das Geld

kommt und warum die Strukturanpassungen sein müssen. Bis zum Jahr 2020 werden wir rund 20 000 Stellen gegenüber dem Jahr 2006 abgebaut haben. Das ist ein Drittel aller Stellen. Das hat kaum ein anderes Land getan. Es nützt nichts, darüber zu reden, dass man damit vielleicht eher hätte anfangen müssen.

Auf diesem Weg werden wir beim Durchschnitt der deutschen Länder ankommen. Wer das mit dem Durchschnitt nicht mehr hören kann, der schaue bitte genau in den Personalsachstandsbericht hinein. Wir haben mehr Lehrer als andere Länder. Es wird auch nicht dazu kommen, dass wir weniger haben. Wir werden die Einstellungskorridore langsam vergrößern. Im Koalitionsvertrag stehen 400 Neueinstellungen; mittlerweile sind wir bei 600 Neueinstellungen. Das wird in der nächsten Wahlperiode bestimmt noch zunehmen. Und wir werden auch ein Absinken des Altersdurchschnitts hinbekommen und eine größere Verfügbarkeit gerade jüngerer Leute in diesen wichtigen Bereichen.

In manchen Bereichen wird man aber unter den Durchschnitt kommen müssen, gerade in der allgemeinen Verwaltung. Deswegen haben wir, Kollege Aeikens und ich, uns natürlich gestritten. Wir haben aber trotzdem eine gute Lösung gefunden, wie wir beim Thema Hochwasser die Mittel binden können und wie wir - wir haben uns vorgenommen, das bis zum Jahr 2020 zu lösen - für diese Arbeit zusätzliches Personal einstellen können. Das ist zwar nicht einfach, aber letztlich haben wir bislang immer eine Lösung gefunden.

Wir haben bei den Haushaltsberatungen auch erwähnen können, anfangs strittig, mittlerweile als Ergebnis - die Vorsitzende hat es erwähnt -, dass das seinen Niederschlag in den Stellenplänen finden wird. Es ist klar, dass es kommen muss. Angesichts des Personalsrückgangs wird natürlich keine Struktur verschont bleiben. Es ist eine ständige Diskussion.

Morgen diskutieren wir über das Thema Aufgabenerledigungskonzepte. Manche verstehen es so, dass sie die Aufgabe nur richtig beschreiben müssen und damit ein Recht auf mehr Personal haben. Ich möchte damit niemanden aus dem Kabinett und niemanden aus dem Parlament ansprechen.

Es ist aber klar - ich sagte es am Anfang beim Thema Tilgung -, dass das Geld die Möglichkeit beschränkt, die Aufgaben weiterhin so wahrzunehmen, wie sie bislang wahrgenommen wurden. Deswegen ist es natürlich völlig richtig, dass sich das Kabinett und das Parlament damit befassen, welche Aufgaben in Zukunft noch wie wahrgenommen werden können.

Es ist klar, dass das strittig ist und dass die Opposition nicht vorneweg rennt und sagt: Eine tolle Idee von Bullerjahn, das finden wir auch und er

müsste darin noch viel besser sein. Es ist klar, dass auch die eigenen Fraktionen das hinterfragen, auch die Fachbruderschaften und Fachschwesterschaften. Es ist aber der richtige Weg zu schauen, wie man im Haushalt eine Einheit herstellen kann aus den Personalstrukturen, den Investitionsausgaben und dem Planen für die Zukunft.

All das haben wir mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2014 gut dargestellt. Darauf werde ich auch den Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016 aufbauen, nämlich auf das Thema Konsolidierung und auf die Mittel, die dafür bereitgestellt werden, und auf die Möglichkeiten, durch Strukturveränderungen immer mehr zu investieren.

Wir werden mit dem Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016 über ein Thema diskutieren müssen, das ich bei der Einbringung des Entwurfes für das Jahr 2014 bereits angesprochen habe: über den Rückgang bei den SoBEZ, bei den Mitteln in Korb II und bei den EU-Mitteln - wann auch immer; das schiebt sich gerade hinaus. Wir konnten die Veranschlagung der EU-Mittel für die neue Förderperiode nicht so konkret vornehmen, wie es sich eigentlich gehört, aber mit dem Doppelhaushalt werden wir das hinbekommen, weil man sich in Brüssel jetzt einig ist.

Wir werden also kaum noch investive Mittel von außen haben. Es muss uns trotzdem gelingen, die Investitionsquote auf einem Niveau von 8 bis 10 % zu halten. Es ist klar, dass wir uns irgendwann auch einmal um Themen wie Straßenbau im kleinen Bereich, im kommunalen Bereich werden kümmern müssen. Das ist bislang kein großes Thema.

Wir müssen uns um den Werterhalt von Bauten kümmern. Was wir jetzt neu aufbauen, soll nicht irgendwann in zehn Jahren wieder zusammenfallen. Wir werden uns auch um die Forschungsförderung kümmern müssen; das wird bislang mit EU-Mitteln gemacht. Wir müssen damit schon jetzt, vorausschauend, ab dem Jahr 2015/2016 anfangen. Wir reden über einen Betrag von 500 bis 600 Millionen € und der fällt im Jahr 2020 nicht einfach vom Himmel.

Deswegen sind die Themen Strukturanpassung, Haushaltskonsolidierung und Investitionsquote in einem direkten Zusammenhang zu sehen. Wenn wir in diesen Bereichen nicht umstrukturieren, dann ist klar, dass die Investitionsquote in den Jahren 2020 und folgende richtig abstürzen wird. Ich habe niemanden erlebt, der das will.

Noch einige Worte zu der sehr strittigen Diskussion über die Theater. Vorhin ist vieles gesagt worden. Stephan Dorgerloh weiß um die Härte dieses Prozesses. Ich sage: Respekt. Das ist ja nicht einfach. Bei den Diskussionen stehen meistens nicht die, die andere Wünsche haben, dabei, sondern

diejenigen, die davon direkt betroffen sind, und die sagen das natürlich mit aller Offenheit. Aber manchmal musste ich doch an den mathematischen Fähigkeiten vieler zweifeln.

Ich habe - Gerhard Miesterfeldt oder Hardy Güssau haben es, glaube ich, gesagt - zur Überraschung mancher gesagt: Wir wollen die Dynamisierung. Damit war ich vielleicht, wie in den letzten Jahren öfter, wieder undeutlich, wie es manche sagen würden. Ich habe gesagt: Wir müssen die Strukturdiskussion führen. Und ich glaube, der Wert besteht darin: Kein Haus muss mehr über Haustarife das ausgleichen, was andere nicht zahlen.

Ich denke, das ist heutzutage ein großes Pfand neben der Mindestlohndebatte, dass das auch im öffentlichen Sektor überall einzieht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Zweitens. Wenn wir die Strukturdiskussion geführt haben, dann sollen sich der Träger und das Land verpflichten, und zwar mehrjährig, jeweils 50 % der Tarifanpassung - also insgesamt 100 % - zu tragen. Das gab es bisher so nie. Jetzt kann jeder zu Weihnachten, wenn er abends Zeit hat, einmal ausrechnen, wann dieser Betrag von 7 Millionen € bei der Masse durch die Dynamisierung wieder erreicht wird. Wir werden es in einigen Jahren erleben, dass mehr Geld im System ist, in einem System, das besser als heute aufgestellt ist. Das war die Diskussion.

Jetzt stehen 1 Million € Strukturanpassung drin. Ich wäre ja froh, wenn es reicht. Da bin ich naiv. Doch was wir nicht machen werden, ist, eine Summe einzustellen und zu hoffen, dass alle darunter bleiben. Das ist wie zu Weihnachten. Wenn ich sage: „Hör mal zu, ich habe für ein Weihnachtsgeschenk vorsorglich 100 € zurückgelegt“, dann wird niemand von allein ankommen und sagen: „Du, 40 € würden mir auch reichen“.

(Zurufe von der LINKEN)

Deswegen haben wir uns vom Parlament eine Ermächtigung erbeten, dass wir, wenn die Theaterverträge im Kabinett besprochen und beschlossen, im Fachausschuss besprochen, im Finanzausschuss beschlossen worden sind, als Land aus dem laufenden Haushalt die Summe X, die wir für die Strukturanpassung brauchen, zu 50 % begleiten. Ich denke, das ist ein vernünftiger Ansatz.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich denke, wir werden spätestens mit dem nächsten Haushalt die konkreten Zahlen für diejenigen einstellen können, die diese Debatte zu Ende gebracht haben. Ich meine, auch das ist ein normales Miteinander-Umgehen in solchen Phasen. Auch dort wird der Weg sicherlich nicht einfach sein; allerdings hilft das Land in einem Maße, wie es an-

dere Länder nicht tun würden - und das, obwohl wir tilgen, konsolidieren und investieren.

Ähnlich ist es bei den Hochschulen. Ich staune ja, was heute in den Diskussionen alles möglich ist. Ich denke, es ist schon ein Wert an sich, dass man jetzt auch einmal ehrlich über bestimmte Dinge reden darf, die vorher unantastbar schienen. Ich sehe zum Beispiel auch beim Thema Universitätsklinik, das nicht einfach ist und wo uns aufgrund von Jahresabschlüssen und Ähnlichem auf der Zeitachse noch manches beschäftigen wird, dass auf einmal eine Dynamik in die Diskussion kommt, die ich mir schon lange gewünscht hätte. Es ist mit Hartmut Möllring abgesprochen - -

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

- Wir wollen jetzt nicht über die Vergangenheit reden.

(Zurufe von der LINKEN)

- Wissen Sie, man kann mir ja viel vorwerfen, aber auf das Thema Universitätsklinik habe ich schon 2009 hingewiesen.

(Zurufe von Herrn Lange, DIE LINKE, und von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Ich weiß noch, was hier im Landtag los war, wie populistisch die LINKEN da standen und gesagt haben: Finger weg von den Kliniken! - Und heute stehen Sie wieder da und tun so, als ob Sie es gewesen wären, die das Gute gemacht haben, und ich nicht aufgepasst hätte.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich habe 2011 meine Stimme erhoben. Soll ich Ihnen einmal die Interviews und Ihre Reaktionen vorlegen? Bei diesem Thema wäre ich ganz, ganz vorsichtig.

(Zurufe von Herrn Lange, DIE LINKE, und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Wenn Sie jetzt wenigstens mithelfen würden, dass wir in gute Strukturen hineinkommen, dann hätten wir alle etwas Gutes gemacht.

(Zustimmung bei der SPD)

Denn klar ist: Die Standortfragen sind geklärt. Jetzt geht es um Strukturfragen. Da bewegt sich vieles. Hartmut Möllring, Norbert Bischoff und ich sitzen da, haben den Finanzausschuss als Begleitung gebildet. Wir reden dort offen mit den Dekanen, mit den Geschäftsführern über die Verzahnung von Planungen, eigenen Vorschlägen, auch von den Baumaßnahmen, die Teil der Ertragsfrage sind, und wollen das gerne bis zum Doppelhaushalt auf den Tisch packen. Denn das wird in den nächsten Haushaltsplanungen seinen Niederschlag finden müssen.

So ist es im Parlament übrigens auch für die Hochschulen insgesamt besprochen und beschlossen

worden: dass Strukturfragen jetzt diskutiert werden. Wir haben einen Betrag, der zwischen den Rektoren, dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett vereinbart worden ist; darauf bauen wir auf. Wir wissen aber auch, dass jetzt erst die Arbeit beginnt. Ich habe die Rektoren so verstanden, dass sie sich von den Standorten her gedacht dieser Diskussion nicht verschließen.

Ich sage auch den Regierungsfractionen Dank, dass wir das beim Thema Exzellenzinitiative nicht einfach fortgeschrieben haben. Wir haben vielmehr einen gemeinsamen Betrag beschlossen, bei der Graduiertenförderung ganz konkret, bei dem anderen einen Betrag, der uns die Möglichkeit gibt, in neue Strukturen - entweder beim Personal oder bei Investitionen in Großprojekte oder Bauten - zu investieren.

Dabei war klar: Die Zahnklinik wird gebaut. Diese Entscheidung steht; sie muss in die nächsten Haushalte eingepreist werden. Auch das heißt aber, dass wir das Geld besorgen müssen. Deswegen ist es so wichtig, das Frühjahr zu nutzen und bei dem Thema Hochschulen und Kliniken jetzt zu Potte zu kommen, damit wir es dann in den Doppelhaushalt und in die MiPla aufnehmen können. So ist es verabredet. Ich sehe viele, die sich da bewegen. Ich sage als jemand, der hier schon lange steht: Ich hätte mir gewünscht, das wäre schon vor Jahren möglich gewesen.

Damit bin ich beim Thema Kultur. Manches muss erst so weit kommen, damit alle bereit sind, dann auch offen zu reden. Deswegen kann man trefflich darüber streiten, ob die Kabinettsvorlage oder mein Agieren nun so herum oder so herum besser gewesen wäre. Ich weiß nur, dass es wie im normalen Leben ist: Es braucht manchmal einen gewissen Anstoß, damit andere die Diskussion aufnehmen.

Ich denke, in fast allen Bereichen, wo wir es diskutieren, bewegen wir uns in die richtige Richtung. Der Haushalt wird zeigen und viele Entscheider werden spüren, dass es gut war, das jetzt auf breiter Front zu machen. Denn einige werden es in einigen Jahren nicht mehr so tief machen müssen, sondern werden die Rendite dieser Strukturveränderungen dann hier auch politisch verrechnen können.

Wir haben die Ausgaben aufgrund des KiFöG eingestellt. Wir haben beim Thema Sozialleistungen - ich habe es schon gesagt - die Summe aufgenommen. Ich hoffe, dass uns der Bund hilft. Ich hoffe, dass wir, wenn uns der Bund hier hilft, nicht sofort Überlegungen anstellen, wie wir das Geld ausgeben können. Die Frage wird vielmehr sein, wie wir es zum Teil für die Konsolidierung nutzen können, vielleicht auch für kluges Investieren in bestimmten Bereichen, die heute vielleicht noch nicht so verstärkt worden sind.

Wir haben über das Thema Schule geredet, auch was von den Strukturen her zu denken ist. Insofern, muss ich sagen, bin ich mit den Haushaltsdiskussionen und bei allem Ärger, den man hatte, sehr zufrieden, auch damit, wie die Koalition im Kabinett und hier im Parlament jetzt dasteht.

Ja, es gab zugespitzte Diskussionen, das wissen wir. Es gab aber, denke ich, gerade bei der Einbringung eine klare Ansage von Regierung und Regierungsfractionen, das gemeinsam durchzustehen. Das haben bisher nicht alle geschafft, die sich da zum Teil verstrickt haben, und es ist nicht passiert, dass alles zurückgenommen worden wäre.

Wir haben über 30 Millionen € Steuermehreinnahmen geredet. Der größte Teil dieser Summe betrifft das, wo sich das Parlament angeblich wieder gegen uns durchgesetzt hat, obwohl wir alles zusammen gemacht haben. Ein großer Teil ist doch für Rechtsverpflichtungen und die 10 Millionen € Rücklage ausgegeben worden. Ein geringer Teil ist bei Kompromissen wie Blindengeld und Hochschulen gemeinsam mit uns vernünftig verwendet worden. Das ist ein Wechselspiel. Ich finde es, sage ich ausdrücklich, gut, wie das gerade in den letzten Monaten miteinander gelaufen ist.

Ich weiß, dass Wulf Gallert das alles ganz anders machen würde.

(Herr Borgwardt, CDU: Mit Sicherheit!)

Nur glaube ich, die Lösung, das Geld der Rücklage aufzuzehren - das ist dann irgendwann vorbei - oder zu sagen, wir arbeiten mit globalen Minderausgaben oder wir bräuchten nur die Steuern in Berlin zu erhöhen, was in den nächsten Jahren ausgeschlossen ist - -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Warum?)

- Man kann sich, wenn man sich der Diskussion im Land nicht stellen will, gern auf die Bundesebene flüchten. Es löst nur kein einziges Problem hier in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU  
- Herr Schröder, CDU: Richtig! - Herr Borgwardt, CDU: So ist es!)

Es sind Gegebenheiten, die ich nicht anerkennen muss. Ich sage eines: Es wird über kurz oder lang zu Steuererhöhungen kommen. Da bin ich mir ganz sicher. Ich bin nur nicht ganz sicher, mit welcher Begründung das Kanzleramt oder Mutti dies erklären wird.

Denn man kann nicht auf Dauer - da sind wir bei einander - nach Skandinavien schielen und sagen: „Guck dir mal diese Schule an! Guck dir mal dieses Gesundheitswesen an!“, aber hier am liebsten nur über Steuersenkungen reden und sagen: „Bitte, liebe Länder, fahrt nach Hause und bringt euren Haushalt in Ordnung!“ Ich sage dem Schäuble auch: Ich habe in der Schule gelernt, es geht nicht

alles auf einmal. Dann sagt er: „Junger Kollege, wir schauen mal die nächsten Jahre.“

Das ist übrigens ein Problem. Der Bundeshaushalt ist auf viel, viel Hoffnung aufgebaut. Ich kann nur hoffen, dass die Wirtschaftslage so bleibt. Ich möchte nicht, dass uns irgendwann jemand vorwirft: Die in Sachsen-Anhalt haben ihren Haushalt auch nur auf Hoffnung aufgebaut.

Das hatten wir schon einmal. Dann kommt auf einmal eine wirtschaftliche Schwäche und dann steht man hier vorne und macht mit viel Gestik und Mimik allen klar, dass man einfach nur Pech hatte und für die kurze Zeit des Pech-Habens nimmt man Schulden auf. Irgendjemand kommt danach und klärt das wieder.

Ich hätte mir schon gewünscht, dass bei der Bundesregierung - in diesem Fall wirklich von der Kanzlerin angeführt - eine andere Strategie der Finanzierung möglich wäre. Aber auch das ist ein politischer Kompromiss. Ich trage ihn auch mit, aber ich weise heute schon darauf hin, dass das begrenzte Möglichkeiten mit sich bringt, auf unserer Ausgabenseite große Sprünge zu machen. Dort werden wir selbst mehr leisten müssen, als uns andere vermeintlich helfen werden.

Kurz zusammengefasst: Ich denke schon, dass dieser Haushalt die soliden Ansätze der letzten Jahre verstärkt und dass wir auf dem Weg, im Jahr 2020 auf den eigenen Füßen zu stehen, ein großes Stück vorangekommen sind. So werde ich auch die Vorschläge für den Doppelhaushalt weiterentwickeln, genau nach diesem Konzept.

Ich denke, dass wir mit den Investitionen zeigen können, dass es eben kein Sparhaushalt ist. Natürlich könnte man manches doller machen. Es ist nicht Aufgabe des Rechnungshofes, aber wir müssen auch schauen, dass wir investieren, dass wir Dinge mitnehmen, bezüglich deren andere zu Recht sagen: Dort muss Infrastruktur ertüchtigt werden, dort müssen die Schulen saniert werden usw. Ich denke, das ist politisch gewollt.

Ich sage nach wie vor: Wir profilieren uns durch unseren Haushalt als Bildungsland. Das geht bei Stark III los. Das hat etwas mit den Lehrerinnen und Lehrern sowie mit der Ausstattung zu tun. Ich denke, die Gemeinschaftsschulen, die genauso wichtig sind wie die Gymnasien, werden dazu beitragen, dass wir - das ist vorhin, glaube ich, auch schon vom Bildungsminister öffentlich gesagt worden - die Abbrecherquote nachhaltig absenken können.

Ich denke, es wird wichtig sein, dass wir bis 2020 die Wirtschaft daran gewöhnen, derzeit durch Kredite gefördert zu werden und in Zukunft ohne große Förderung auszukommen. Das ist teilweise wie ein kalter Entzug, merke ich.

(Zuruf von der LINKEN)

Aber hier sind wir schon weiter. Andere Länder, die nur Zuschüsse geben, überlegen sich gerade, ob sie unsere revolvierenden Fonds nachmachen. Denn dort sind wir schon einen großen Schritt gegangen, über Kreditgewährung Unternehmen anzuhalten, einmal mehr darüber nachzudenken, ob das sinnvoll und rentabel ist, was sie dort machen.

Ich denke, wir werden als Land auch für Zuwanderung immer attraktiver. Der Zensus hat gezeigt, dass die Bevölkerung wahrscheinlich nicht in dem Maß zurückgehen wird wie unterstellt, sondern dass es besser läuft. Warten wir einmal ab, was bei der nächsten regionalisierten Schätzung dann für Sachsen-Anhalt dasteht.

Mir bleibt Dank zu sagen, und zwar denjenigen, die geholfen haben, in diesem nicht einfachen Jahr am Jahresende einen solchen Haushaltsplan zustande zu bringen, wie er jetzt vorliegt. Ich sage auch der Opposition Dank für die sehr sachliche Diskussion in den Ausschüssen. Über alles andere habe ich nicht zu reden, ich war selbst einmal Oppositionspolitiker.

Ich sage auch dem Kabinett Dank für die Unterstützung des Finanzministers. Dass strittige Debatten dazugehören, weiß ich am besten. Ich Sorge ja manchmal für welche. Insofern würde ich mich freuen, wenn Sie alle zustimmen würden. Ich glaube, so weit bekomme ich Sie dann doch nicht. Aber die geschlossene Unterstützung durch die Regierungsfractionen ist auch ein Zeichen. Da gilt der alte Spruch: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Herr Minister, es gibt eine Nachfrage. Der Kollege Lange möchte eine Frage stellen.

#### **Herr Lange (DIE LINKE):**

Herr Minister, nach den Erfahrungen der letzten Monate - ich weiß nicht mehr genau, wann es war und in welcher Debatte - wollte ich fragen: Ist denn das Geld, das jetzt für die Zahnklinik in den Einzelplan 20 eingestellt worden ist, echtes Geld, mit dessen Ausgabe im nächsten Jahr begonnen werden kann? Wenn ja, wann? Sind die Verpflichtungsermächtigungen dieses Mal echte Verpflichtungsermächtigungen, damit wir auch in den späteren Jahresschreibern Geld zum Ausgeben zur Verfügung haben?

#### **Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:**

Herr Lange, Herr Lange - -

#### **Herr Lange (DIE LINKE):**

Ich bin kein Haushälter.

(Zuruf von der LINKEN: Er will es nur verstehen!)

#### **Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:**

Ja, ja. Stellen Sie sich vor, wenn der Finanzminister über unechtes Geld reden würde.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das war beim letzten Mal so!)

Das finde ich wieder schön bei den LINKEN: Nicht zustimmen und dann sofort fragen, ob das Geld bereitsteht. Das ist typisch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

- Das war nicht so ernst gemeint, ist ja gut.

Also: Es gibt eine gemeinsame politische Willensbildung aller, habe ich mitbekommen, im Kabinett - da ging das auch los -, hier im Parlament vorher schon; das wurde mir mehr oder weniger klar signalisiert. Diese grundsätzliche Haltung steht.

Wir haben einen ersten Schritt getan, nämlich indem das MW Mittel bereitgestellt hat. Wir werden mit dem Doppelhaushalt das Geld nicht nur virtuell, sondern aufgrund der VE in Bargeld veranschlagen. Wir sind mit der Uniklinik jetzt schon im Gespräch. Herrn Professor Geckle # haben wir bei der letzten Aufsichtsratssitzung gesehen. Er hat auch die Frage gestellt, wie belastbar das ist, wie konkret das mit den Planungen ist.

Sie wissen, wir reden über 7 bis 9,5 Millionen €. Das wollen wir abschließen und dann im nächsten Haushalt veranschlagen, sodass wir diese Maßnahme, was sich aber jetzt schon im Haushalt wiederfindet, dann auch umsetzen können. Dieses Thema fasst also niemand mehr an. Das ist beschlossen, verkündet und wird gemacht.

(Zuruf von der SPD: Die HU Bau kommt im Januar!)

- Ja, die HU Bau kommt im Januar. Die HU Bau würden wir nicht machen, wenn wir nicht der Meinung wären - - Das ist, glaube ich, sogar schon auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung.

(Zustimmung bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Herr Finanzminister. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Herr Gallert. Bitte sehr.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Werte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es war ein turbulentes halbes, Dreivierteljahr, in dem wir uns - wie die Öffentlichkeit - mit den Haushaltsplanungen auseinandergesetzt haben, um die es hier geht, dem Haushaltsplan 2014. Bei vielen dieser Fragen haben wir aber die mittelfristige Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2019/2020 diskutiert. Dies hat übrigens der Finanzminister auch gemacht.

Ich habe mich als Erstes gefragt, welches die Grundaussage des Finanzministers war. Sie lautete: Alles super.

(Minister Herr Bullerjahn: Das habe ich nicht gesagt!)

Tilgung super, Rücklagen super, Personalabbau absolut super, es geht voran in diesem Land, Stabilitätsrat super. Uns kann eigentlich nichts Besseres passieren.

Nun kann man das selbst bewerten, was ich gar nicht tun will. Ich will aber eine Rede daneben legen, und zwar die Rede des Ministerpräsidenten dieses Landes. Diese hat er vor etwa einem halben Jahr gehalten. Er hat dabei genau diese Situation des Landes eingeschätzt. Es war eine Rede, die man klassischerweise als Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede bezeichnet. Kurz vor dem Untergang; wenn wir jetzt nicht das Ruder herumreißen, sind wir endgültig verloren. Es gibt keine Perspektive mehr für uns. Wir müssen radikal an alle Dinge heran.

Man kann ja sagen, dass sich die Sichtweisen auf ein solches Land zwischen Opposition und Koalition deutlich unterscheiden. Aber dass sie sich zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter so radikal unterscheiden, ist schon bemerkenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich möchte diesen beiden Sichtweisen eine dritte hinzufügen. Kollege Bullerjahn, Sie haben jetzt das ganz große Rad gedreht. Jawohl, der Stabilitätsrat und die Schuldenbremse wirken. Sie wirken, das stimmt. Aber offensichtlich blicken wir aus sehr unterschiedlichen Perspektiven auf die Art und Weise dieser Wirkungen.

Ich schaue mir die Auswirkungen bei den Leuten an, die eine Volksinitiative ins Leben gerufen haben und heute Morgen anwesend waren. Nach Meinung der Landesregierung haben sie nur deswegen eine Volksinitiative ins Leben gerufen, weil sie sich geirrt haben und im Kulturbereich eigentlich alles super und auf dem allerbesten Weg ist.

Ich sehe mir an, wie diese Schuldenbremse bei den Blinden und Gehörlosen wirkt. Ich sehe mir an, wie diese Schuldenbremse im Bereich der Jugendarbeit wirkt. Ich sehe mir an, wie diese Schuldenbremse bei den Investitionen wirkt, die die Kommunen und das Land in die Infrastruktur realisieren müssen. Ich sehe mir an, wie diese Schuldenbremse bei der Personalentwicklung in den Schulen und bei der Polizei wirkt.

Dazu sage ich: Ja, sie wirkt. Aber sie wirkt fatal und sie wirkt falsch, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gab einmal Zeiten, in denen mir Vertreter der SPD gesagt haben, dass diese Schuldenbremse der zwingende Weg sei, um die öffentlichen Kassen für die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge aufzufüllen. Die Schuldenbremse werde dazu führen, dass es eine gerechtere Vermögensbesteuerung, eine gerechtere Einkommensbesteuerung und eine gerechtere Kapitalverkehrsbesteuerung gibt.

Wir sehen, dass die Schuldenbremse wirkt, aber das alles ist ausgefallen. Wir wissen, dass es weitere vier bittere Jahre ausfallen wird. Dies ist fatal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

So weit zu den großen Rahmenbedingungen. Ich werde auf die Frage, was wir erreicht und nicht erreicht haben und welche Perspektiven wir aufgrund dieses Ergebnisses haben, noch zurückkommen, auch auf die Tilgung und auf die Vorsorgeelemente. Gleichwohl werden bei mir andere Dinge auch eine Rolle spielen, und zwar die Personengruppen, die unter diesen Beschlüssen zu leiden haben werden.

Zuerst möchte ich aber das, was die Landesregierung im September als Haushaltsplanentwurf in den Landtag eingebracht hat, mit dem vergleichen, was uns nun als Beschlussvorlage vorliegt. Wir kommen diesbezüglich zu einer abwägenden, vielleicht dialektisch anmutenden Einschätzung: Die Beschlussvorlage, die heute vorliegt, ist deutlich besser als das, was die Landesregierung ursprünglich vorgelegt hat, aber es ist leider immer noch schlecht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt zwei wesentliche Gründe dafür, dass es immerhin Verbesserungen gegeben hat. Der erste Grund ist, dass wir es in diesem Land mit einer intensiven gesellschaftlichen Debatte zu tun gehabt haben. Wir haben es mit Menschen zu tun gehabt, die nicht bereit gewesen sind, eine Basta-Politik, die die klare Ansage dieser Landesregierung war, zu akzeptieren.

Wir haben es mit Menschen zu tun gehabt, die eben nicht für ihr eigenes Interesse auf die Straße gegangen sind. Vielmehr haben sich Kulturschaffende, Studenten, Blinde, Gehörlose und Jugendliche solidarisiert. Es gab sogar erste Ansätze dafür, dass es nicht um Halle gegen Magdeburg geht, sondern um Einrichtungen in beiden Städten. Dies ist der Grund dafür, dass wir heute eine bessere Situation haben als damals. Nicht die Koalition, sondern die Menschen auf der Straße haben dies geleistet. Dafür unseren herzlichen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem haben wir es mit deutlich verbesserten Rahmenbedingungen zu tun, die sich während

dieser Haushaltsberatungen in den letzten Monaten manifestiert haben und die die Spielräume deutlich erweitert haben. Trotz alledem ist klar, dass wir dieses Ergebnis, das heute vorliegt, keinesfalls akzeptieren können und dass bei uns wahrlich keine Euphorie aufkommen wird.

Auch mit Blick auf diesen Haushaltsbeschluss wird es viele Enttäuschte geben und viele, die meinen, dass sich der Widerspruch und der Kampf um die Entwicklung dieses Landes nicht lohnen, die möglicherweise resignieren.

Wir sagen aber gerade auch denjenigen: Ihr seht trotz alledem, dass Protest wirken kann. Zivilgesellschaftliche Einmischung und die Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand sind nicht zwecklos. Wir glauben, er wird in diesem Land auch weiterhin bitter nötig sein, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir aber nun zu diesen äußeren Rahmenbedingungen. Wir haben in der Tat eine ganze Reihe positiver Faktoren. Für das Jahr 2014 sind Steuermehreinnahmen in Höhe von 36 Millionen € prognostiziert worden. Liebe Kollegen, wenn man nun sagt, diese Steuermehreinnahmen fielen nur einmalig an und die Dinge, die wir damit finanzieren wollten, sind laufende Ausgaben, dann muss man sich die Steuerschätzung angucken: Es sind nicht nur 36 Millionen € im Jahr 2014. Vielmehr prognostiziert man uns auch für die nächsten Jahre Steuermehreinnahmen in Höhe von 30 bis 40 Millionen €. Das heißt, die aktuellen Steuerschätzungen gehen davon aus, dass dieses Plus dauerhaft ist und nicht nur im Jahr 2014 zu verzeichnen sein wird.

Nun könnte man ja sagen, dass 36 Millionen € angesichts eines 10,7 Milliarden € umfassenden Haushalts eine geringe Summe sind. Dies kann man sagen. Gleichwohl sind 36 Millionen € Steuermehreinnahmen im Verhältnis zu Einsparungen bei der Jugendpauschale und dem Feststellenprogramm in Höhe von 2 Millionen €, 2,3 Millionen € im Bereich des Blinden- und Gehörlosengeldes, 6,4 Millionen € bei den Theatern oder 5 Millionen € bei den Hochschulen sehr viel. All diese strittigen Punkte, die die Leute immer noch auf die Straße treiben, die die Leute immer noch wütend werden lassen, hätte man sehr gut mit diesen Steuermehreinnahmen finanzieren können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das bedeutet: Wir haben ausreichend Geld in diesem Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus sind Mittel in Höhe von 650 Millionen € für den Bereich Hochwasser in den Haushalt eingestellt worden. 650 Millionen €, die die Investitionsquote dieses Haushaltes hochtreiben. Dies

geschieht natürlich erst einmal nur punktuell. Gleichwohl werden sie sich bei allem Leid, das uns das Hochwasser gebracht hat, natürlich in der Wirtschaftsbilanz, bei den Steuereinnahmen, bei der Arbeitslosenquote und bei den kommunalen Steuern niederschlagen.

Wir werden ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen können. Dafür wird sich die Landesregierung auf die Schulter klopfen, das kann ich jetzt schon sagen. Wir wissen aber genau, dass das mit den 650 Millionen € zu tun hat, die wir zusätzlich für den Ausgleich dieser Hochwasserkatastrophe bekommen haben.

Wir wissen, dass das durchaus nicht nur ein Strohfeuer sein kann. Wir wissen, dass wir bei der letzten Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 durchaus auch dauerhafte Infrastrukturprobleme mit diesem Geld haben lösen können. Wir wissen, dies ist nicht nur im Jahr 2014 so, sondern auch im Jahr 2015 und im Jahr 2016. Das heißt, wir haben sehr wohl Spielräume, auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Des Weiteren sind uns sage und schreibe 90 Millionen € aus Brüssel erstattet worden, von denen wir eigentlich wussten, dass sie kommen. Aber die Landesregierung hat verhindert, dass wir diese 90 Millionen € in den Haushaltsplan einstellen. Warum hat sie es verhindert? - Erklären Sie bitte den Leuten draußen, warum Sie das Blindengeld um 2 Millionen € kürzen wollen, wenn Sie nicht nur 36 Millionen € Steuermehreinnahmen verbuchen können, sondern auch 90 Millionen € Erstattungen erhalten.

(Minister Herr Bullerjahn: Das Geld ist schon ausgegeben worden!)

Das können Sie niemandem mehr erklären. Aber wir wissen, dass dieses Geld vorhanden ist, und wir wissen, dass es haushaltswirksam sein kann.

(Minister Herr Bullerjahn: Das Geld ist schon ausgegeben worden!)

Deswegen muss man klar sagen: Dieses Geld muss in die Bilanz aufgenommen werden.

Herr Bullerjahn, Sie haben erzählt, dass Sie die Steuerschwankungsreserve zur Tilgung nutzen können. Das haben wir übrigens vorgeschlagen. Nach und nach wirkt es. Das hat die Kollegin Ausschussvorsitzende auch erzählt.

(Zuruf von Frau Niestädt, SPD)

Sie haben noch zwei andere Dinge genannt. Warum können Sie das machen? - Weil Sie die Erstattung aus Brüssel der Steuerschwankungsreserve zuführen wollen. Kollege Bullerjahn, wenn Sie es der Steuerschwankungsreserve zuführen wollen, dann können Sie es noch nicht ausgegeben haben.

Mit Blick auf die Refinanzierung haben Sie noch einen verräterischen Satz gesagt. Sie haben gesagt, die Steuerschwankungsreserve wird im Jahresvollzug aufgefüllt. Wir müssen nur die Jahresrechnung des Jahres 2013 abwarten, davon bleibt genug liegen. Diese Mittel werden dann der Steuerschwankungsreserve zugeführt. Und Sie erzählen uns in diesem Haus ernsthaft, dass eine globale Minderausgabe in Höhe von 0,35 % des Haushaltsvolumens nicht zu erwirtschaften wäre und ein Rückfall in alte Zeiten wäre. Sie haben gesagt, dass Sie das Geld nebenbei einsammeln können, ohne dass Sie es müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind die Sachargumente, die wir gegen diesen Haushalt anführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht auch darum, dass wir in diesem Kontext verschiedene Bereiche berühren müssen, die die Gemüter besonders erhitzen haben. Als Erstes sind an dieser Stelle die Ausgaben im Bereich der Hochschulpolitik zu nennen. Hendrik Lange wird explizit zu diesem Thema reden. Wir sagen aber ganz klar: Wir sehen noch nicht, dass sich diese Landesregierung von einer falschen Schrumpfstراتيجية in diesem Bereich verabschiedet.

Es mag sein, Herr Bullerjahn, dass Sie die Schuldenbremse und ihre Wirkung auch in diesem Bereich für gut erachten. Wir fanden die Wirkung des Vorschlages der Landesregierung, kumulativ zehn Jahre lang die Hochschulbudgets um 5 Millionen € zu kürzen, überhaupt nicht produktiv und wir finden ihn bis heute nicht produktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen glauben wir auch noch nicht, dass sich die Landesregierung vollständig davon verabschiedet hat.

Die Konzeptionslosigkeit, die sich in diesem Kontext zeigt, ist uns in der Bereinigungssitzung deutlich vorgehalten worden. In der letzten Sekunde wird in der Bereinigungssitzung ein Antrag gestellt - nachdem man die Mittel im Bereich der sogenannten Exzellenzoffensive des Landes um ca. 8,4 Millionen € gekürzt hat -, um eine neue Titelgruppe 89 zu bilden und diese mit 8,2 Millionen € auszustatten. Dabei handelt es sich nicht, so die Aussage, um Mittel für die Exzellenzoffensive.

Auf die Frage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, wofür diese Mittel verwendet werden könnten, antwortet der Minister, er wisse es nicht; dies sei ein Antrag der Koalitionsfraktionen. Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen im Finanzausschuss antworten auf diese Frage, dass sie diese Frage auch nicht beantworten könnten.

(Frau Niestädt, SPD: Das ist nicht wahr, schauen Sie in das Protokoll! - Minister Herr Bullerjahn: Er war doch nicht dabei!)

Die Kollegin Angelika Klein ist außerordentlich genau in diesen Dingen. Sie können sich gern mit dieser Kollegin unterhalten. Niemand konnte im Grunde genommen sagen, wofür diese 8,2 Millionen € in Abgrenzung zu der alten Exzellenzoffensive in den Haushaltsplan eingestellt worden sind.

Wenn im Rahmen der alten Exzellenzoffensive Verträge geschlossen worden sind, dann müssen die Gelder sowieso gezahlt werden. Wenn keine Verträge geschlossen worden sind, dann können die Gelder völlig frei genutzt werden und es bedarf keiner neuen Titelgruppe. Dies sind die Fragen, die nicht beantwortet wurden. Schon deshalb denken wir, dass das konzeptionslos ist.

Wir haben es in diesem Bereich mit einer mittelfristigen Debatte zu tun. In diesem Land ist eben noch nicht die Entscheidung gefallen, welche Blickrichtung wir auf die Hochschulen im Land haben: Sind sie Kostenpunkte, die wir schrumpfen müssen, oder sind sie Entwicklungspotenziale? Dies ist die entscheidende Frage und diese ist mit diesem Haushalt noch nicht beantwortet worden. Diese Frage wird in den nächsten Monaten oder in den nächsten Jahren beantwortet.

Wir werden dafür kämpfen, dass die Hochschulen Entwicklungspotenziale in diesem Land sind, die es wert sind, geschützt zu werden, die wir entwickeln müssen und die nicht geschrumpft werden dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen, dass wir dazu weiterhin zivilgesellschaftlichen Druck benötigen; denn sonst sind wir in einem halben Jahr wieder dort, wo wir vor einem halben Jahr waren.

Wir wissen, dass in diesem Bereich leider nicht so sehr mit Argumenten als vielmehr mit harten Bandagen gekämpft wird.

Jetzt ist der Präsident des Landesrechnungshofes leider schon gegangen. Ich möchte auf ein Interview mit ihm Bezug nehmen, das am Montag in der „Volksstimme“ abgedruckt worden ist. Er suggeriert, nein, er sagt darin: Wenn die Landesregierung bzw. dieses Land die Hochschulen weiter so finanzieren möchte, wie es jetzt anhand dieser Beschlussvorlage und der entsprechenden Vereinbarungen deutlich wird, dann hat sie deutlich höhere Ausgaben in diesem Bereich als andere Länder und dann müsse sie an anderer Stelle deutlich mehr sparen.

Ich warne uns alle ausdrücklich vor solchen vergifteten Argumenten. Das ist schlichtweg falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn dieses teure Deubel-Gutachten doch endlich einmal gelesen würde, zum Beispiel auch von Herrn Seibicke. Darin heißt es nämlich, dass wir im

Vergleich zu anderen Ländern im Bereich der Hochschulen deutlich unterdurchschnittliche Ausgaben haben. Aber er liest es nicht und erzählt so ein Zeug, und das ärgert mich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Verhältnis zum Länderdurchschnitt haben wir 12 000 Studienplätze zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies steht in dem Gutachten. Man müsste es lesen. Leider tun dies die Leute nicht und quatschen so ein Zeug. Wissen Sie, das regt mich einfach auf. - Na ja, gut. Wir werden den Kollegen lange nachher dazu hören.

Es gibt noch einen zweiten großen Bereich in der Auseinandersetzung über das Thema Kultur, der vorhin Thema gewesen ist. Dazu wird Stefan Gebhardt später einige Dinge sagen.

Ich möchte aber bei dem Bereich Bildung bleiben, weil der Kollege Finanzminister gerade etwas von „Bildungsland“ erzählt hat. Auch da haben wir offensichtlich eine völlig unterschiedliche Wahrnehmung.

Ich finde das Programm Stark III - mit Ausnahme einiger Rahmenbedingungen - ja auch gut, Herr Bullerjahn.

(Zurufe von Minister Herrn Bullerjahn, von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Borgwardt, CDU)

Ich finde es schön, wenn wir die Schulen ordentlich sanieren. Das ist übrigens nicht neu.

(Herr Borgwardt, CDU: Ach!)

Wenn ich Sie, Herr Minister, einmal lobe, hören Sie mir nicht zu.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

- Ich weiß auch nicht, Herr Borgwardt.

(Herr Borgwardt, CDU: Ich höre doch immer zu!)

Das Problem ist - auch darüber habe ich des Öfteren geredet -: Sie bekommen gute Schulen nicht dadurch hin, dass Sie die Schulen außen schön anmalen, aber kein Personal mehr darin vorhalten. Das ist das zentrale Problem.

(Minister Herr Bullerjahn: Ach!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang über drei Entscheidungen oder Nichtentscheidungen sprechen, die dabei eine gewaltige Rolle spielen. Erst war angedacht, dass wir die ursprünglich 640 Referendariatsstellen - man muss wissen: es geht immer um eineinhalb Jahre - um 200 Stellen reduzieren. Das war ein Vorschlag der Landesregierung. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen war, dass diese Stellenreduzierung halbiert wird. Infol-

gedessen haben wir jetzt eine Kürzung auf 540 Referendariatsstellen zu verzeichnen.

Wer sich einmal ausrechnet, was das in der Konsequenz bedeutet, wird sehen: Wir werden bestenfalls 360 - dann müssten aber alle Anwärter durch das Referendariat kommen und im Land bleiben - Referendariatsabschlüsse pro Jahr haben.

Ich möchte - ich mache das nicht so kompliziert - nur noch ein paar einfache Zahlen ins Gedächtnis rufen. Erstens. In den nächsten sieben Jahren steigen die Schülerzahlen in Sachsen-Anhalt. Zweitens. In den nächsten sieben Jahren verlieren wir jedes Jahr 600 bis 800 aktive Lehrer.

(Minister Herr Bullerjahn: Blödsinn!)

Das Land wird in den nächsten Jahren 600 bis 800 aktive Lehrer verlieren.

(Minister Herr Bullerjahn: Blödsinn! Aktive Lehrer, wo hast du denn das her? - Zurufe von der LINKEN - Heiterkeit bei der CDU)

- Das ergibt sich aus verschiedenen Berechnungen und auch aus der mittelfristigen Personalplanung des Landes. Es gibt dazu allerdings auch andere Berechnungen.

(Zurufe von Minister Herrn Bullerjahn und von Frau Niestädt, SPD)

- Ja. Das Problem ist nur, dass in die Altersteilzeit dann auch wieder neue Lehrkräfte eintreten, Herr Bullerjahn.

(Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn)

Das Problem an dieser Stelle besteht nun in Folgendem: Wir verlieren jedes Jahr 600 bis 800 Lehrer.

(Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn)

Auch wenn der Finanzminister es nicht wahrhaben will:

(Minister Herr Bullerjahn: Nö!)

Das Land verliert diese Lehrer und bekommt höchstens 360 fertige Referendare pro Jahr.

Nun kann man sagen: Wir kriegen Referendare aus den anderen Ländern. Die bekommen wir aber natürlich nicht,

(Minister Herr Bullerjahn: Doch!)

weil die anderen Länder genau das gleiche Problem haben. Das bedeutet: In den nächsten sieben Jahren haben wir steigende Schülerzahlen und verlieren pro Jahr 350 Lehrer. Das ist ein reales Problem.

(Minister Herr Bullerjahn: Nein!)

Das ist ein Problem, das möglicherweise erst nach den Wahlen im Jahr 2016 so richtig durchbrechen

wird. Kann es aber unser politischer Inhalt sein zu sagen: Wir überstehen die nächsten Wahlen, vielleicht merken es die Leute erst danach? - Nein. Wir brauchen mittel- und langfristig gute Personal-konzepte in diesem Bereich. Das ist mit diesem Haushalt leider genau nicht geschehen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht weiter.

(Herr Kurze, CDU: Nee! Bitte nicht!)

Zum Thema Schulsozialarbeit. Da haben wir natürlich ein Problem. Dieses besteht darin, dass etwa die Hälfte der Schulsozialarbeiter bei uns bisher aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezahlt worden sind.

Normalerweise könnten die Kommunen das weitemachen, weil sie ja jetzt entlastet werden. Sie bekommen dieses Geld nicht, werden aber an anderer Stelle entlastet. Das geht allerdings nicht - darüber haben wir hier das letzte Mal diskutiert -, weil wir jede Entlastung, die die Kommunen in Sachsen-Anhalt haben, diesen sofort wieder über das FAG nehmen.

Aber es gibt Möglichkeiten. Es gibt Möglichkeiten, zusätzliche ESF-Mittel zumindest für die nächsten zwei Jahre zu rekrutieren, um diese Schulsozialarbeit fortführen zu lassen. Das ist möglich, weil wir wissen, wir haben einen Abflussstau, vor allen Dingen - allerdings nicht nur dort - im Wirtschaftsministerium.

Wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie endlich wahr macht, dass diese ESF-Mittel vernünftig für die Schulsozialarbeiter eingesetzt werden, dass diese Stellen entsprechend finanziert werden, dass die Dinge endlich passieren. Wenn wir es nämlich jetzt nicht machen, dann sind die Schulsozialarbeiter in drei, vier Monaten weg. Wir kriegen dann auch nicht so schnell wieder welche. Wir brauchen jetzt endlich Aktivität. Wir sehen sie aber leider noch nicht in dem richtigen Maße, liebe Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den pädagogischen Mitarbeitern. Hier gibt es das Problem, dass noch gar keine Entscheidung getroffen wurde. Weil dies nicht der Fall ist, entwickeln sich die Dinge von alleine. Im Bereich der pädagogischen Mitarbeiter gibt es keine Perspektive, solange wir über die Perspektive dieses Bereiches nicht reden. Das wächst sich irgendwann einmal raus. Dieses Personal tritt in den Ruhestand ein.

Wir kriegen weniger Lehrer in die Schulen, haben Probleme bei den Schulsozialarbeitern und kriegen weniger pädagogische Mitarbeiter oder haben bald gar keine mehr. Das, lieber Kollege Bullerjahn,

fängt man nicht mit Mitteln aus dem Programm Stark III auf. Dadurch wird Schule schlechter, unabhängig davon, wie sie angemalt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen müssen wir leider einschätzen, dass diese Landesregierung nicht nur im Bereich der Hochschulen, nicht nur im Bereich der Kultur, sondern auch im Bereich der Schulen ihre Aufgaben außerordentlich schlecht erfüllt.

Kommen wir zum Bereich der Polizei. Wenn wir diese Personalentwicklung, die wir jetzt haben, fortschreiben, werden wir am Ende dieser Legislaturperiode deutlich unter 6 000 aktiven Polizisten liegen. Da können Sie noch so viel Strukturreform machen. Eine innere Sicherheit, so wie die Menschen im Land es eigentlich wollen, eine öffentliche Sicherheit, so wie wir sie eigentlich verlangen könnten, werden Sie mit dem Personalbestand dann nicht mehr realisieren.

(Zustimmung von Herrn Mewes, DIE LINKE)

Es kann ja sein, dass Sie es gut finden, dass die Schuldenbremse so wirkt. Wir finden das nicht gut, Kollege Bullerjahn.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben noch kleine Dinge, die aber auch viel sagen. Es gibt unter anderem eine globale Minderausgabe im Bereich des Personals. Diese globale Minderausgabe wird jetzt über den sogenannten Spitzausgleich im Rahmen der Haushaltsberatungen erhöht oder gesenkt. Man rechnet am Ende zusammen, wie viel Geld man zusätzlich ausgegeben hat. Um diesen Betrag wird die globale Minderausgabe im Bereich des Personals erhöht.

Aber, liebe Kollegen: Ist das wirklich vernünftige langfristige Personalentwicklung? - Das ist nun wirklich Personalentwicklung nach Haushaltslage. Auch dagegen werden wir opponieren, und zwar nicht nur jetzt, sondern auch weiterhin.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Blinden- und Gehörlosengeld. Hier haben wir Proteste unter sehr schwierigen Bedingungen. Man muss klar sagen: Sie haben protestiert. Sie haben es aufgrund ihrer Behinderungen natürlich auch nicht so ganz leicht, Proteste auf die Straße zu bringen. Es ist ihnen aber gelungen. Da hat sich eine Menge bewegt.

Was machen wir jetzt aber? - Wir sparen noch 2,3 Millionen € ein, und dies bei Steuermehreinnahmen in Höhe von 36 Millionen €. Dazu sage ich ganz deutlich: Wahrscheinlich hat man versucht, eine wesentliche Einsparung oder zumindest noch eine Art symbolische Einsparung zu realisieren, damit die Landesregierung das Gesicht nicht verliert. Liebe Koalitionäre, Sie hätten sehr viel mehr

an Profil gewonnen, wenn Sie diese Einsparung vollständig gestrichen hätten.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu der Jugendpauschale und dem Jugendfeststellenprogramm. Es ist zumindest gelungen, eine VE für die Jahre 2015 und 2016 auszubringen, damit das nicht vollständig eingestampft wird. Aber auch hier sind die Ansätze um insgesamt 2 Millionen € verringert worden.

Natürlich hätte man dies zurücknehmen können. Aber offensichtlich war man dazu nicht gewillt. Wir finden, das ist politisch die falsche Strategie. Auch an dieser Stelle muss man die Protestierenden, Kinder und Jugendliche, die sich in die politische Willensbildung einbringen, wirklich einmal ernst nehmen.

Denen zeigt man - zumindest mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 - stattdessen: Nein, wir nehmen hier keine Veränderungen vor. Wir ziehen die Dinge wie bisher durch. Es kommen - ich habe das erst nicht geglaubt - Argumente nach dem Motto: Wir haben ein hervorragendes Kinderförderungsgesetz. Wenn wir in die Kinderförderung so viel Geld stecken, brauchen wir für die Jugendpauschale nicht mehr so viel Mittel.

(Zuruf von Frau Niestädt, SPD)

Wir müssen diejenigen, die hiergegen protestieren, einmal ernst nehmen. Mit solchen Argumenten tut man dies eindeutig nicht, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn - Frau Niestädt, SPD: Was Sie hier für einen Quatsch erzählen! Irgendwo hört es dann auf!)

Wir werden drei namentliche Abstimmungen zu diesem Haushaltsplanentwurf fordern, und zwar zu den Kürzungen bei den Mitteln für Theater und Orchester, zum Blinden- und Gehörlosengeld sowie zur Jugendpauschale und zu dem Feststellenprogramm.

Uns ist es wichtig, dass diejenigen Abgeordneten, die sich in der Öffentlichkeit zu diesen Themen geäußert haben - auch Abgeordnete der Koalitionsfraktionen -, ihr Abstimmungsverhalten an dieser Stelle heute im Landtag offenlegen.

Den größten Änderungsbedarf sieht die Fraktion DIE LINKE - das ist ihren Änderungsanträgen zu entnehmen - allerdings im Bereich des Finanzausgleichsgesetzes, und nicht einmal in einem politischen Bereich, sondern in einem Bereich, der durch Rechtsverpflichtungen bestimmt wird.

Wir fordern, dass im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen wird, dass die Mittel für die Auftragsverwaltung um 10 Millionen € erhöht werden, um die zu erwartenden Mehrkosten für die Unterbringung von Asylbewerbern in den Kommunen zu decken.

Das kommt ohnehin irgendwann. Deshalb können wir das jetzt auch vernünftig einplanen.

Des Weiteren fordert die Fraktion DIE LINKE die Rückgängigmachung der Absenkung des Ausgleichsstocks in diesem Zusammenhang um 4 Millionen €. Dies ist unser größter Einzelantrag.

Die Fraktion DIE LINKE ist sehr wohl der Meinung, dass unsere Gesamtforderung in Höhe von 33 Millionen € über eine globale Minderausgabe refinanziert werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle wissen, dass eine globale Minderausgabe von bis zu 1 % des Gesamthaushaltes - das wären mehr als 100 Millionen € -

(Zuruf von der CDU)

im Normalfall unter Finanzpolitikern als realisierbar angesehen wird. Wir fordern ein Drittel von einem Prozent.

Der Finanzminister sagte, er schafft das im Vollzug des Haushaltes für das Jahr 2013 locker. Ja, es ist aber zu spät, ist damals gesagt worden. Jetzt sagen Sie, das wäre ein Rückfall in alte Zeiten. Sie werden am Ende des Jahres das Geld ohnehin übrig haben. Dann können wir auch eine globale Minderausgabe hinschreiben und vernünftige Dinge damit finanzieren, Herr Finanzminister.

(Beifall bei und Zurufe von der LINKEN - Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn)

Alternativ könnten wir uns sehr wohl vorstellen, den Betrag zur Tilgung der aufgelaufenen Schulden zu reduzieren. Das müssen wir aber nicht einmal. Wir können im Haushalt 2014 durchaus 50 Millionen € tilgen; denn für all diese Dinge ist genug Geld da. Gerade deswegen ist es aber umso unverständlicher, dass man denjenigen Gruppen noch das Geld streicht, die es eigentlich dringend brauchen.

Wir haben uns mit einem weiteren Problem beschäftigt. Es handelt sich um ein Problem, das die Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen angesprochen hat. Wir haben es tatsächlich nach wie vor mit der Situation zu tun, dass im Einzelplan des Kultusministers alle Ausgaben - mit Ausnahme der Personalausgaben - gegenseitig deckungsfähig gemacht werden sollen. Sogar mehrere Kapitel im Einzelplan 06, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben, sollen gegenseitig deckungsfähig gemacht werden.

Wissen Sie, wir hatten hier zu Beginn der Legislaturperiode einmal eine Debatte, in der wir die Information von der Landesregierung bekommen haben, dass der Finanzminister und die Landesregierung vorhaben, Einzelpläne zu budgetieren.

Offensichtlich wissen nicht alle, die jetzt hier sitzen, was das bedeuten würde. Einzelpläne zu budgetieren heißt: Wir können im Rahmen der Haushaltsberatungen am Ende noch 20 Zahlen bestim-

men, und zwar für jeden Einzelplan eine Zahl. Dann können wir nach Hause gehen. Den Rest macht die Landesregierung allein.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Jetzt fangen wir an, in Einzelplan 07 genau das zu machen. Alles ist mit allem deckungsfähig. Ob die Gelder überhaupt für die Theater genommen werden, ist völlig egal. Sie könnten auch in die Reformationsdekade gesteckt werden. Die könnten auch für Lehrer verwendet werden.

(Zuruf von der CDU)

- Gut, für Lehrer geht das nicht. Es werden dann eben Personalausgaben sein. - Die Gelder könnten für alles Mögliche genommen werden und überall hinfließen. Das lassen wir uns gefallen?

(Zurufe von Frau Feußner, CDU, von Herrn Bommersbach, CDU, und von Frau Weiß, CDU)

Das ist Selbstentmachtung des Parlamentes.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Menschen im Land fragen, wozu wir da sind.

(Frau Feußner, CDU: Das haben wir doch schon geändert! Das ist doch gar nicht mehr so!)

- Das ist nach wie vor so. Bis zu einem Betrag von 150 000 € kann der Kultusminister das nach wie vor machen. Das Problem ist: Wissen Sie, als Kultusminister wäre ich clever genug, jede einzelne Mittelverschiebung mit einem Volumen unter 150 000 € anzumelden. Das geht relativ einfach.

(Unruhe bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Ach was!)

Wir sind auf diesem Weg. Deckungsfähigkeiten zwischen Titeln zu schaffen, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben, ist der falsche Weg. Das ist Selbstentmachtung des Parlaments. Wir halten das für falsch. Deswegen haben wir Änderungsanträge dazu gestellt.

Noch ganz kurz ein Wort zu den Änderungsanträgen der GRÜNEN. Da, wo Sie Aufwüchse haben wollen, halten wir das durchaus für gut. Sie sind ja nicht selten parallel zu dem, was wir wollen. Sie haben nur ein Problem: Ihre Refinanzierung funktioniert nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Entweder nehmen Sie Bundesmittel oder Sie nehmen Kofinanzierungsmittel für Bundesmittel. Eine Refinanzierung kann so nicht funktionieren. Deswegen müssen wir Ihre Anträge leider ablehnen.

Ich komme zum Ende. Ja, der zivilgesellschaftliche Protest vieler Menschen hat erreicht, dass dieser

Haushaltsplanentwurf nicht mehr so schlimm ist wie zu dem Zeitpunkt, als er eingebracht worden ist. Das will ich noch einmal ganz deutlich sagen.

Aber: Dieser Haushalt ist mal gerade so korrigiert. Er bietet keine Entwicklungsstrategien. Er ist ein Haushalt der Stagnation, zum Teil immer noch der Schrumpfung. Er ist auch kein Haushalt einer mutigen Entwicklung dieses Landes.

Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab und werden weiter gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gegenüber dieser Landesregierung um politische Korrekturen kämpfen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Wehrich, GRÜNE)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Herr Gallert. Ihrer Fraktion verbleiben 19 Minuten und 25 Sekunden für die Diskussion über die Einzelpläne. - Wir fahren in der Debatte fort. Als nächster Debattenredner spricht Herr Barthel für die CDU-Fraktion.

#### **Herr Barthel (CDU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Gallert, ich habe zu viel Arbeit in meine Rede investiert, um all das, was Sie hier vorgetragen haben, zu korrigieren. Ich muss schon sagen, es ist hier ein ganzes Paket ausgerollt worden,

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja!)

was in dieser Form überhaupt nicht mehr verständlich ist. Selbst für Ihre Verhältnisse haben Sie hier Dinge platziert, die mit solider Finanzpolitik überhaupt nichts mehr zu tun haben.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD - Herr Gallert, DIE LINKE: Nee!)

Ich will mit der folgenden Sache anfangen: Sie redeten hier und empfahlen uns, dass wir Steuermehreinnahmen in vollständiger Höhe verwenden, um alle Kürzungen rückgängig zu machen, um Daueraufgaben weiter zu finanzieren. Sie unterschlagen aber die Tatsache, dass wir 21 Milliarden € Schulden haben und deshalb jeden Cent brauchen, um in Risikoversorge und Schuldentilgung investieren zu können.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Warum haben Sie dann unsere Schuldentilgung abgelehnt? - Gegenruf von Frau Niestädt, SPD)

Wir haben momentan einen Betrag von rund 600 Millionen € an Zinszahlungen pro Jahr an der Backe.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Sie haben uns dazu auch einmal so einen finanzpolitischen Hokuspokus erklärt wie den, dass sich

die Zinsen durch die Inflation relativieren würden und sich der Schuldenberg mehr oder weniger von selbst abbaut, weil momentan das Zinsniveau unterhalb der Inflationsrate liegt.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Sie vergessen dabei Folgendes: Wenn in Sachsen-Anhalt etwas schrumpft, dann ist es die Bevölkerung. Das haben wir heute bereits mehrfach gehört. Die Last der Schulden, die bereits angehäuft wurden, verteilt sich in der Perspektive auf immer weniger Schultern - das muss man der Fairness halber sagen -, selbst wenn wir den Haushalt so ließen, wie er ist.

Wenn man 10,7 Milliarden € Haushaltsmittel zur Verfügung hat anstatt 10 Milliarden €, dann mag das aus Ihrer Perspektive eine Schrumpfung bedeuten, aber nach unserer Ansicht sind mehr Mittel als vorher im System.

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Ja eben, das sagen wir doch!)

Eines ist doch auch klar: Selbst wenn man die Ausgabenansätze in allen Einzelplänen gleich bleiben ließe, käme das im Ergebnis einer Ausgabenreduzierung pro Kopf gleich. Es kann doch niemand ernsthaft erwarten, dass die immer weniger werdenden Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt in der Lage sind, alle Lasten, die übrig bleiben, in unbegrenzter Höhe weiterhin zu finanzieren. Das kann letztlich nicht aufgehen, und schon gar nicht mit Blick auf 2020.

Ich möchte meine Rede in der ursprünglich geplanten Fassung gern halten. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte fast an ein Déjà-vu-Erlebnis glauben; denn pünktlich zur zweiten Lesung des Haushaltsplanes 2014 haben die Stadträte unserer Landeshauptstadt vor zwei Tagen ebenfalls über den Haushalt 2014 entschieden. Das war schon beim Doppelhaushalt 2012/2013 und beim Nachtragshaushalt 2013 der Fall.

Jedes Mal eint das Land und die Landeshauptstadt ein finanzpolitischer Kurs, den Magdeburgs Oberbürgermeister mit einem einfachen Satz auf das Wesentliche reduziert: Kein Haushalt mit neuen Schulden, solange ich Verantwortung trage.

(Zustimmung von Herrn Schwenke, CDU)

Das klingt einfach und richtig, ist aber in der Umsetzung deutlich schwieriger. Der Haushalt der Landeshauptstadt ist ausgeglichen. Es werden Investitionsmittel für Schulen und Kitas bereitgestellt. Sogar das Abtragen von Altfehlbeträgen wird Schritt für Schritt angepackt. Dabei haben wir es als Land der Landeshauptstadt in diesem Jahr nicht ganz einfach gemacht.

(Herr Schwenke, CDU: Stimmt!)

Durch systematisch sinnvolle Änderungen im FAG, auf die ich in meiner Rede zu Tagesordnungs-

punkt 7 näher eingehen werde, standen der Stadt Magdeburg kurz vor der Verabschiedung des Haushaltsplans rund 3 Millionen € weniger zur Verfügung. Auch der Ausgleich dieses Einnahmeverlustes ist gelungen und der solide finanzpolitische Kurs der letzten Jahre wird fortgesetzt.

Dass nachhaltige Haushaltspolitik nicht zwangsläufig abhängig ist von der politischen Gesinnung, sondern vielmehr vom Selbstverständnis der handelnden Personen, zeigt dieses Beispiel ebenfalls. Wer es nicht weiß: In der Landeshauptstadt herrschen entgegengesetzte Machtverhältnisse im Vergleich zur Landesebene. Der Oberbürgermeister ist SPD-Mitglied und der Beigeordnete für Finanzen gehört der CDU an. Auch das scheint eine kraftvolle Mischung zu sein und es funktioniert ähnlich gut wie auf der Ebene des Landes.

(Zustimmung von Herrn Schwenke, CDU  
- Herr Borgwardt, CDU, lacht)

Kontinuität in der Finanzpolitik und ein klar erkennbarer Kurs sind die Erfolgsgaranten. Dass solide Finanzpolitik und qualitatives Wachstum kein Widerspruch sind, sondern vielmehr einander bedingen, kann man in Magdeburg an jeder Stelle sehen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dieser Kurs nur deshalb möglich ist, weil Ausgabenreduzierungen kein Tabu waren, weil das Land mit der Novellierung des FAG die besonderen Belange der kreisfreien Städte noch stärker berücksichtigt hat und weil sich der Oberbürgermeister, die Beigeordneten und die Stadträte über den grundsätzlichen Kurs weitgehend einig sind. Das ist ein gutes Beispiel, wie ich finde.

Da derart verantwortungsvoll nicht zuletzt auch mit Landesgeld umgegangen wird, hat sich die Investition seitens des Landes gelohnt. Das ist eine Konsolidierungspartnerschaft ganz in unserem Sinne.

(Zustimmung von Herrn Schwenke, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ab dem Jahr 2020 dürfen die Länder nur noch so viel ausgeben, wie sie einnehmen. Neue Schulden werden durch die Schuldenbremse, die Herr Gallert in besonderer Weise gewürdigt hat und zu der ich mit Bezug auf die Landesverfassung einige Ausführungen machen werde, ausgeschlossen. Dass man laufende Staatsausgaben nicht dauerhaft über Schulden finanzieren darf und dass sich die Ausgaben an den Einnahmen orientieren müssen, scheint logisch, sinnvoll und selbstverständlich.

Aber so einfach es ist, in fast jedem Gespräch zum Thema Finanzpolitik zustimmendes Kopfnicken zu dieser Aussage zu erhalten, so schwierig ist die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens. Übersetzt für Sachsen-Anhalt bedeutet dieses Vorhaben nichts anderes, als dass wir unsere Ausgaben an sinkende Gesamteinnahmen anpassen müssen.

Es geht nicht darum, künftig mehr Geld gerechter zu verteilen, sondern es geht um Schwerpunktsetzungen und um den Erhalt von politischer Gestaltungskraft im Kontext unvermeidlicher Konsolidierungsanstrengungen.

Rückläufige Mittel von der EU und aus dem Solidarpakt, demografiebedingter Steuerkraftverlust, steigende Sozialausgaben und eine steigende Personalquote stellen unser Land mit Blick auf das Jahr 2020 vor enorme Herausforderungen, die nicht unüberwindbar sind, die aber Einschnitte in fast jedem Politikbereich bedeuten und deren Akzeptanz maßgeblich davon abhängt, wie diese öffentlich kommuniziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es besteht Einigkeit in diesem Haus, dass in Sachen Kommunikation über die Haushaltsdebatte in der Öffentlichkeit deutlich Luft nach oben vorhanden ist. Hierzu gibt es einen deutlichen Befund: Es ist der Landesregierung insbesondere zu Beginn der öffentlichen Diskussion nicht gelungen, den grundsätzlich richtigen Konsolidierungskurs so zu vermitteln, dass das Warum deutlich wurde.

Dieser schlechte Start belastet die Haushaltsdebatte bis heute, was insbesondere deshalb tragisch ist, weil der uns nun vorliegende Haushaltsplanentwurf deutlich besser ist als sein Ruf.

(Zustimmung von Herrn Borgwardt, CDU, und von Frau Niestädt, SPD)

Natürlich ist eine solche Bewertung immer dann schwierig, wenn man schnell in den Verdacht gerät, sich selbst zu loben. Zudem ist die Einschätzung oft auch eine Frage der Perspektive, wie wir heute gehört haben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auf einige sehr unterschiedliche Bewertungen eingehen.

Während wir uns monatelang, insbesondere aus den Reihen der Betroffenen, Begriffe wie „Kaputtsparen“ und „Rotstiftpolitik“ anhören mussten, bescheinigte uns der Präsident des Landesrechnungshofes, der in der Rede des Ministers bereits eine Rolle spielte, am Anfang der Woche einen zu wenig ambitionierten Entwurf, der hinter den finanzpolitischen Zielen der Landesregierung deutlich zurückbleibt: zu wenig Tilgung, zu wenig Rücklagen und fehlende politische Kraft zu echten und dringend notwendigen Strukturveränderungen. Viel Lärm um wenig Ergebnis, könnte man meinen.

(Frau Niestädt, SPD: Stimmt aber nicht!)

Bewertet man das Erreichte einzig und allein anhand von Kennziffern und Benchmarks und vergleicht man die Intensität der öffentlichen Proteste mit den Einschnitten, die tatsächlich im Haushalt vollzogen wurden, liegt diese Einschätzung tatsächlich nahe.

Finanzpolitik ist allerdings deutlich schwieriger und geht über das Herleiten von Entscheidungen auf der Grundlage finanzmathematischer Daten hinaus. Zwischen dem theoretisch Sinnvollen und dem politisch Durchsetzbaren liegen teilweise Welten. Insofern ist der uns vorliegende Haushaltsplan ein Kompromiss, bei dem nicht allein die Finanzpolitik das Primat hatte, sondern fachpolitische Erwägungen auf Augenhöhe ebenfalls Eingang gefunden haben.

Verehrte Abgeordnete! Der Präsident des Landesrechnungshofes benutzte als Gleichnis für unsere finanzpolitischen Entscheidungen das Bild eines Hauses mit einem zu schwachen Fundament. Nun ist es allerdings so, dass man Mängel am Fundament eines Hauses nicht dadurch beseitigt, dass man zunächst das komplette Haus abreißt, insbesondere dann nicht, wenn bereits Menschen in diesem Gebäude leben, die dieses Haus auch gern den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stellen wollen.

Im Idealfall sorgt man vor der Errichtung eines Hauses für ein solides Fundament und dimensioniert es ausreichend, um die Last des Gebäudes aufzunehmen. Das ist wesentlich einfacher und oftmals auch sehr viel preiswerter. Nachträgliche Arbeiten am Fundament sind hingegen deutlich schwieriger und gefährden schnell die strukturelle Integrität des Gebäudes, wenn man es an der notwendigen Sorgfalt mangeln lässt.

Wir sind der Überzeugung, dass wir in dieser Legislaturperiode mit dem Arbeiten am Fundament begonnen haben und bereits kleinere Reparaturarbeiten erledigt haben, ohne dass das Gebäude Risse bekommen hat.

Dass unser Haus stabiler ist als gelegentlich vermutet, haben wir mit diesem Haushaltplanentwurf bewiesen. Denn die erste Bewährungsprobe hat das Gebäude in diesem Jahr bereits überstehen müssen. Wir mussten die Folgekosten eines dramatischen Hochwasserereignisses in unserem Land in den Haushalt einpreisen.

Natürlich hat hierbei die große Solidarität der Länder durch den Fluthilfefonds in besonderer Weise geholfen. Dennoch mussten wir Landesmittel in erheblichem Umfang bereitstellen. Darüber hinaus haben wir uns darauf verständigt, das Hochwasserschutzkonzept 2020 mit einem Volumen von ca. 270 Millionen € in Angriff zu nehmen.

Dank der Mitarbeit aller Häuser ist diese Herausforderung nicht auf Pump, sondern im Rahmen des vorhandenen Haushaltsspielraumes bewältigt worden. Auch wenn wir dies um den Preis des Verzichtes auf Tilgung und Vorsorge im ursprünglich geplanten Umfang erreicht haben, spricht das nach unserer Einschätzung dennoch für eine solide Finanzpolitik, die auch auf unerwartete Be-

lastungsproben ohne neue Schulden reagieren kann.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Ungeachtet dessen wünscht sich auch meine Fraktion, dass wir schneller mit unseren Konsolidierungsbemühungen vorankommen. Aber mit Blick auf die vergangenen Wochen sind wir froh, dass die Arbeiten am Fundament nicht völlig zum Erliegen gekommen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir über Jahre Berichte des Stabilitätsrates zur Situation unserer Landesfinanzen lesen konnten und als Konsolidierungshilfeland nicht erst seit gestern unter besonderer Beobachtung stehen, schien in der öffentlichen Diskussion nicht einmal die grundsätzliche Notwendigkeit der Konsolidierung unstrittig zu sein.

Seitens des Kollegen Gallert ist diese Notwendigkeit ebenfalls bestritten worden. Angesichts mancher irrationalen Diskussion hätte man fast den Eindruck gewinnen können, dass wir ohne Not und ohne konkreten Handlungsdruck über Ausgabenreduzierungen nachdenken. Dabei tun wir dies nicht nur mit Blick auf das Jahr 2020, sondern mit unserer Überzeugung, dass nachhaltige Finanzpolitik nur mit einem weiten Blick nach vorn und im Interesse der uns nachfolgenden Generationen zu organisieren ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 liegt nicht irgendwo in weiter Ferne. Das Jahr 2020 ist in sechs Jahren, in der Mitte der kommenden Legislaturperiode. Bis dahin müssen wir unsere Ausgaben um jährlich rund 2 % senken, wenn wir uns und unseren Kindern weiterhin politische Gestaltungskraft erhalten wollen.

Die Ausgaben senkung um 2 % entspricht ca. 200 Millionen € pro Jahr. Ohne Einschnitte, ohne Strukturveränderungen, die zu Einsparungen führen, ohne die Kraft, politische Entscheidungen, die man für richtig hält, auch gegen den Widerstand der Betroffenen durchzutragen, wird dies nicht gelingen können. Wer meint, er könne vor diesem Hintergrund in neue Schulden ausweichen und mit weiteren Ausgabeversprechungen punkten, der handelt unverantwortlich.

Die Idee, sich vor schwierigen Entscheidungen zu drücken, indem man die Ressourcen der nachfolgenden Generationen veruntreut, ist für meine Fraktion keine Option. Genau das hat aber Kollege Gallert in seiner Rede gefordert.

Wir haben den Anspruch, unseren Kindern mehr politische Spielräume zu hinterlassen und das Gebäude Sachsen-Anhalt mit einem starken Fundament zu versehen, auch wenn dazu große Anstrengungen notwendig sind.

Die Anstrengungen werden auch dadurch nicht kleiner, dass uns Kollege Gallert erklärt, dass un-

sere Schulden in Höhe von 21 Milliarden € eigentlich kein Problem seien, da Zinsniveau und Inflationsrate quasi zu einer automatischen Rückzahlung unserer Schulden führten.

Ich sage speziell für die Kollegen der Fraktion DIE LINKE: Neue Schulden sind keine Option.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Unabhängig von den Restriktionen von Schuldenbremse und Fiskalpakt geben wir mit jedem Euro neuer Schulden ein Stück mehr unserer Budgetverantwortung und Gestaltungskraft an die Märkte ab. Einen Großteil unserer Einnahmen geben wir bereits jetzt für Zinszahlungen aus und limitieren damit unsere politische Gestaltungskraft erheblich. In diesem Haushaltsplanentwurf sind es mehr als 600 Millionen €, und das auch nur, weil wir durch kluges Schuldenmanagement vom Niedrigzinsniveau profitieren. Noch vor wenigen Jahren waren es mehr als 800 Millionen € und jeder Punkt an Verschlechterung kostet uns 100 Millionen €.

Der Wille, keine Schulden zu machen und vorhandene Schulden abzubauen - das ist ein wichtiger Punkt, liebe Kollegen von den LINKEN - sollte uns eigentlich fraktionsübergreifend einen.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Der beste Beweis, dass dies nicht der Fall ist, ist unsere Unfähigkeit, die Schuldenbremse auch in der Landesverfassung zu verankern, wie es einige Länder bereits getan haben. Dabei wäre es nach unserer Auffassung ein starkes Signal in Richtung Stabilitätsrat und Geberländer, dass wir dauerhaft Kurs halten werden und selbstbewusst auf das Jahr 2020 zusteuern.

Wenn wir am Ende dieser Legislaturperiode ohne einen Euro neuer Schulden auskommen, einen dreistelligen Millionenbetrag getilgt haben und dazu noch mehr als 100 Millionen € in der Steuerschwankungsreserve haben, dann wäre die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung das i-Tüpfelchen auf einer erfolgreichen gemeinsamen Haushaltspolitik.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe mit Interesse gehört, dass der Finanzminister die Steuerschwankungsreserve sogar mit 200 Millionen € anpeilt; da sind wir gern dabei.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meiner Rede zum Doppelhaushalt 2012/2013 eine Aussage gefunden, mit der ich gern den zweiten Teil meiner Rede beginnen möchte. Die Aussage, die Ausgaben sind den sinkenden Einnahmen anzupassen, wird uns in den kommenden Haushaltsberatungen vor deutlich größere Probleme stellen. Ich befürchte, uns als Haushaltsgesetzgeber steht noch einiges bevor, und so einfach, wie es in die-

sen Haushaltsberatungen war, wird es nicht noch einmal werden.

(Frau Niestädt, SPD: Das ist wohl wahr!)

Ich hätte mich gern geirrt, aber ich glaube, diese Einschätzung kommt der Realität ziemlich nahe.

Die Regierungskoalition hat jedoch bewiesen, dass sie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig bleibt, Schwerpunkte setzen kann und zu vernünftigen Kompromissen fähig ist. Denn genau darum geht es künftig viel stärker als bisher.

Beispielsweise müssen sich nicht nur die Hochschulen stärker profilieren und auf qualitatives Wachstum setzen, sondern auch unser Land. Das Setzen von Ausgabenprioritäten ist wenig vergnügungssteuerpflichtig, aber unverzichtbar. Jede Priorisierung eines Politikfeldes erfordert eine Gegenbuchung und erhöht damit den Konsolidierungsdruck auf ein anderes Politikfeld. Das, was an der einen Stelle nicht eingespart wird, muss an einer anderen Stelle erwirtschaftet werden.

Meine Fraktion kann sich zum Beispiel sehr gut vorstellen, dass sich unser Land als das Land der Familien und der klugen Köpfe profiliert, weil wir einen Schwerpunkt bei den Hochschulen, bei der Wissenschaft und bei der Familienpolitik setzen. Aber egal für welches Profil wir uns letztlich entscheiden, um die Entscheidung an sich kommen wir nicht herum.

Es funktioniert nicht, jedem alles und sofort zu versprechen und den Eindruck zu erwecken, es könne wie bisher weitergehen. Das ist weder finanzierbar noch sinnvoll. Deshalb hat sich die Regierungskoalition für eine Reihe von Änderungen zu dem Entwurf der Landesregierung entschieden, auf die ich nun im Einzelnen eingehen werde.

Für meine Fraktion ist auch bei diesen Haushaltsberatungen der Dreiklang „Investieren, Konsolidieren, Vorsorgen“ eine wesentliche Leitplanke gewesen. In dem uns vorliegenden Entwurf sind nicht nur alle Drittmittel gebunden und die Weichen für ein anhaltend hohes Investitionsniveau gestellt worden; vielmehr enthält der Haushaltsplan in Abweichung vom Entwurf der Landesregierung nun auch Vorsorgeelemente und sieht zudem wieder eine Tilgung vor.

Dass wir einen Betrag von 10 Millionen € aus den Steuermehreinnahmen für die Steuerschwankungsreserve zur Verfügung stellen, war meiner Fraktion vor dem Hintergrund künftiger Haushaltsrisiken wichtig. Es ist kein Geheimnis, dass wir auch gern mehr eingestellt hätten, aber im Lichte einer sinnvollen Dämpfung einiger Einsparvorschläge und der notwendigen Finanzierung der Fluthilfen haben wir uns auf diesen Kompromiss verständigt und stehen auch dazu.

Wir gehen sogar davon aus, dass uns ein guter Jahresabschluss 2013 weitere Möglichkeiten zur

Stärkung unserer Vorsorgeelemente bescheren wird. Mit der nun veranschlagten Tilgung in Höhe von 50 Millionen € verbessern wir die finanzpolitischen Kennziffern unseres Haushalts zusätzlich, auch wenn wir dies zunächst über die Steuerschwankungsreserve gedeckt haben.

Zum Thema Steuerschwankungsreserve muss man sicherlich noch einige Worte verlieren, weil es diesbezüglich eine weitere Neuerung gibt. Wir haben uns nach langen Diskussionen dafür entschieden, dass wir die Ausgabenreste künftig über die Steuerschwankungsreserve finanzieren wollen.

Ich gebe zu, dass die Diskussion darüber recht kontrovers war. Wir waren ein bisschen in dem Zwiespalt gefangen, dass wir einerseits die Ressorts, die verantwortungsvoll mit Landesmitteln umgehen, nicht für Eckwerteunterschreitungen bestrafen wollen, andererseits aber auch nicht erreichen wollen, dass der Mittelabfluss unterjährig noch schlechter wird, weil die Ressorts wissen, dass es jetzt die Möglichkeit gibt, Ausgabenreste am Jahresende automatisch zu übertragen, wodurch am Ende die Steuerschwankungsreserve aufgezehrt wird. Deswegen haben wir zunächst einen Kompromiss gefunden, dessen Umsetzung wir kritisch beobachten werden.

Es ist so, dass wir die Hälfte der überplanmäßigen Zuführungen in der Steuerschwankungsreserve zur Deckung von Ausgabenresten zur Verfügung stellen wollen. Wenn das nicht funktioniert, muss man diesbezüglich sicherlich noch einmal nachjustieren. Dahinter steckt die Idee, den Ressorts eine Eckwertegarantie zu geben und nicht das Signal zu senden, dass sich Sparen nicht lohnt, weil am Ende das Geld im Landeshaushalt eingesammelt wird.

Daher ist das - ich schlage an dieser Stelle die Brücke, Herr Gallert - ein gutes Argument dafür, dass wir nicht mit globalen Minderausgaben arbeiten. Wir wollen nach dem Top-down-Verfahren und mit der Eckwertegarantie an die Häuser das Signal senden, dass das Geld, das sie nach harten Verhandlungen in ihren Haushalten bekommen, tatsächlich für die Bedienung von Ausgabeverpflichtungen zur Verfügung steht. Dass dabei am Ende des Tages natürlich ein Bodensatz entsteht und dass das nie eine Punktlandung werden kann, rechtfertigt eine globale Minderausgabe, die man auch kontrolliert unterjährig erwirtschaften muss, überhaupt nicht.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Die bleibt einfach liegen! - Herr Gallert, DIE LINKE: 0,3 % müssen Sie nicht erwirtschaften! - Zuruf von Frau Niestädt, SPD - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Verehrte Abgeordnete! Natürlich kann man nicht auf das Thema Kultur verzichten, wenn man heute früh die Reden unter Tagesordnungspunkt 1 ge-

hört hat. Deswegen möchte ich aus der Sicht der Finanzpolitik gern einige Worte dazu sagen, wie sich nach unserer Einschätzung die finanzpolitische Gesamtsituation, wenn man den Gesamtsaldo bildet, wenn man Kürzungen und Aufwüchse miteinander verrechnet, darstellt.

Ich möchte das einmal an dem Beispiel der Stadt Dessau festmachen, weil das zumindest aus unserer Sicht ein geeignetes Beispiel dafür ist, dass die Welt nicht schwarz und weiß ist, sondern dass man immer genau hinschauen muss, um auch ehrlich miteinander umzugehen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Tja!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass wir mit der letzten FAG-Novelle eine wesentliche Veränderung in der Binnenverteilung bei den kreisfreien Städten vorgenommen haben. Es ist tatsächlich so, dass wir dort die Einwohnerveredlung per Verfassungsurteil - das ist jedem klar - genauso wie in Magdeburg und Halle behandeln mussten. Das hat der Stadt Dessau zunächst Mehreinnahmen in Höhe von 4 Millionen € zulasten von Halle und Magdeburg beschert. Es war in der mittelfristigen Finanzplanung nie absehbar, wie das Urteil für Dessau ausgeht. Das ist Geld, das tatsächlich zusätzlich zur Verfügung stand.

Wir haben mit der Novellierung des FAG eine weitere Änderung vorgenommen, die ich am Anfang angesprochen habe. Es ist immer so im FAG: Bei den korrespondierenden Röhren gibt es immer Gewinner und Verlierer. Verlierer war die Stadt Magdeburg mit den 3 Millionen €, die sie ausgleichen musste.

Aber der Umstand, dass wir die Demografiekomponente gedämpft haben, indem wir jetzt auch für die kreisfreien Städte die höchste Einwohnerzahl der letzten fünf Jahre als Berechnungsbasis zulassen, hat dazu geführt, dass die Stadt Dessau weitere Mehreinnahmen in den neuen Orientierungsdaten in Höhe von 2,5 Millionen € erhalten hat. Darüber hinaus gibt es aufgrund der Einwohnerzahl eine weitere Million.

Wenn man das saldiert, sind das insgesamt ca. 7,5 Millionen € mehr, die bei Dessau tatsächlich als echtes Geld über die Landeszuweisungen ankommen. Dem steht ein Betrag von 3 Millionen € gegenüber, um den die Theaterförderung gekürzt wird. Das ist völlig unstrittig.

Dazu muss man zwei Dinge wissen. Die Fehlbeträge aus Kultureinrichtungen werden durch das Land im Rahmen der Erfassung der Fehlbeträge als allgemeiner Finanzbedarf im FAG abgebildet. Das heißt, wenn das Theater einen Betrag x im Jahr kostet und man die Theaterförderung und die Erlöse aus dem Verkauf von Karten abzieht, wird der Fehlbetrag als allgemeiner Finanzbedarf im FAG abgebildet und den Städten mit einem Ver-

satz von drei Jahren tatsächlich über den Bedarf erstattet.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, heißt das, dass das Land über Umwege sowieso den Ausgleich für die Kürzungen bei den Theatern übernimmt. Wenn wir über diese Kürzungen reden, dann reden wir allenfalls über einen Vorfinanzierungstatbestand.

Wenn man nun noch weiß, dass es sich hierbei um einen kommunalen Träger handelt und dass sich das Land mit der Förderung durchaus zu dem Standort bekennt, dann wäre es relativ einfach, sich im Stadtrat auch im Lichte der Mehreinnahmen in Höhe von 7,5 Millionen € aus den vergangenen zwei Jahren dafür zu entscheiden, diese Kürzung im Umfang von 3 Millionen € erst einmal aufzufangen in dem Wissen, dass diese Mindereinnahme in drei Jahren erstattet wird.

Ich möchte bloß davor warnen, den Eindruck zu erwecken, es wäre an dieser Stelle zusätzliches Geld erforderlich. Die Frage, die man stellen kann, wenn man sich die drei kreisfreien Städte ansieht, lautet: Wofür werden die über das FAG für den Fehlbetrag für freiwillige Leistungen erstatteten Mittel am Ende verwendet? Wir haben im FAG keine echte Zweckbindung. Ich vermute stark, dass das Geld im allgemeinen Deckungskreis verschwinden wird und auch für andere Dinge verwendet wird.

Man könnte - so machen es andere Länder - durchaus darüber nachdenken, ob man einen Vorwegabzug in der Gruppe der kreisfreien Städte organisiert und sagt: Das wird dann zweckgebunden für die Finanzierung der Kultureinrichtungen zur Verfügung gestellt. Das würde übersetzt heißen, dass das Land die Theater zu 100 % finanziert, hätte aber den Charme, dass wir es nicht doppelt bezahlen.

Jetzt möchte ich einmal zu dem Kulturraumgesetz kommen - das ist ein interessanter Aspekt -, weil vorhin von Herrn Gallert angeführt wurde, dass wir das alles abgelehnt hätten, obwohl das so toll ist, und wie gut das in anderen Ländern funktioniert.

Mir ist in der vergangenen Woche gesagt worden, dass der Landkreis Wittenberg mit all seinen kreisangehörigen Kommunen für freiwillige Leistungen im Jahr weniger Geld zur Verfügung hat als die Stadt Dessau allein. Wir haben in unserer Landesverfassung das Postulat der gleichwertigen Lebensbedingungen verankert. Ich möchte daran erinnern, dass in Sachsen-Anhalt 2,2 Millionen Menschen leben. Mehr als 90 % der Fläche von Sachsen-Anhalt entfällt auf den ländlichen Raum. Ich sage das, weil wir immer über Verteilungsgerechtigkeit reden.

Ich kann Sie nur ermuntern, Herr Gallert, dass Sie dem ländlichen Raum, der bereits jetzt teilweise

Fördervereine benötigt, um seine kommunalen Schwimmbäder zu erhalten und diese über Umwege finanziert, mitteilen, dass er sich künftig per Gesetz auch noch an der Finanzierung freiwilliger Leistungen in den kreisfreien Städten zu beteiligen hat. Auf diese Diskussion vor den Kommunalwahlen freue ich mich schon.

Wenn Sie das bei uns im Landkreis oder auch im Landkreis Wittenberg mit den Leuten besprechen, dann werden Sie feststellen, dass diese null Verständnis dafür haben. Das kann ich auch nachvollziehen; denn sie sagen sich natürlich: Moment, was passiert denn hier gerade? Wir haben einen eigenen Finanzbedarf, wir ringen um die Attraktivität der ländlichen Räume; und jetzt sollen wir uns noch ohne Mitspracherecht, ohne irgendwelche anderen Rechte per Gesetz an der Finanzierung von großen Kultureinrichtungen der kreisfreien Städte beteiligen, und das noch im Lichte der Tatsache, dass das Land das über das FAG sowieso erstattet. Das versteht niemand.

Im Übrigen hinkt auch der Vergleich mit anderen Bundesländern - ich habe das bereits beim letzten Mal gesagt -, weil sie urbane Kulturräume haben und nicht zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten quersubventionieren.

Ich bleibe dabei: Das ist auch vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt nicht darstellbar. Wenn man darunter einmal einen Strich zieht, dann kann man dem Land vieles vorwerfen, aber nicht, dass es sein Engagement für die kreisfreien Städte, insbesondere auch für die Stadt Dessau, in irgendeiner Weise schleifen ließe.

Vorhin ist an anderer Stelle als Beispiel angeführt worden, dass wir in dem Wissen, dass demnächst das Bauhaus-Jubiläum ansteht, beabsichtigen, das Bauhaus-Museum mithilfe des Bundes zu errichten. Das ist sicherlich nicht unumstritten, auch bei uns in der Fraktion nicht. Aber auf der anderen Seite ist das für die Stadt Dessau natürlich etwas, das man auch im Kontext aller anderen Finanzströme in die Waagschale werfen muss.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie meinen, das sei eine Spargbüchse, das sei etwas, was man am Ende auflösen könne? War das ein Votum für oder gegen dieses Ausstellungszentrum? - Das habe ich nicht verstanden.

Wir sind der Meinung, dass man, wenn sich der Bund zur Mitfinanzierung bekennt und das womöglich eine ZBau-Maßnahme wird, gut beraten ist, wenn man dann als Land auch die Kraft aufbringt, das gegenzufinanzieren. In welchem Umfang das am Ende geschehen muss, werden wir sehen. Wir hoffen - dabei setzen wir auf das Verhandlungsgeschick des Kultusministers -, dass der Bundesanteil möglichst hoch und der Landesanteil möglichst gering sein wird.

Dass das keine Spargbüchse ist, haben wir im Übrigen dadurch gezeigt, dass wir in den Einzelplan 07 einen Sperrvermerk aufgenommen haben, der lautet: Erst wenn der Bund eine schriftliche Finanzierungszusage gibt, darf mit dem Projekt begonnen werden.

Vor diesem Hintergrund verstehe ich im Übrigen Ihre Empörung nicht, was diesen Deckungsvermerk angeht. Ich glaube, der Kultusminister spricht noch immer nicht mit mir, weil wir in der Bereinigungssitzung diesen Deckungsvermerk im Vorwort unter Abschnitt G sehr stark entschärft haben.

(Herr Gallert, DIE LINKE, und Frau Dr. Klein, DIE LINKE: 150 000 € Obergrenze!)

- Na ja, darin stand noch viel mehr, Herr Gallert. Darin stand, dass sich bei Mehreinnahmen die Ausgabenansätze erhöhen und solche Dinge. Das haben wir ersatzlos gestrichen. Frau Dr. Klein wird sich daran erinnern.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Die Deckung ist noch drin!)

Zudem haben wir dort eine Bagatellgrenze eingeführt, was die Beteiligung der Ausschüsse angeht, weil auch uns der Deckungskreis zu groß war. Das gebe ich zu. Das haben wir im Übrigen bei vielen anderen Einzelplänen in gleicher Weise getan. Aber sich hier in der Weise zu empören, ist nicht nachvollziehbar. Uns liegt am Budgetrecht mindestens genauso viel wie Ihnen.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Zum Einzelplan 07 muss man noch etwas sagen, weil vorhin behauptet wurde, das Land ließe die Träger in Halle und Dessau mit ihren Problemen allein, es würde sich überhaupt nicht kümmern und ihnen keine Unterstützung geben.

Ich glaube, wir haben selten erlebt, dass wir im Einzelplan 07 einen so weitreichenden Haushaltsvermerk installiert haben, wie wir es jetzt getan haben. Wir haben im Prinzip eine nach oben offene Deckungszusage für potenzielle Strukturanpassungskosten gegeben; hierfür gilt allerdings eine Sperre bis zur Vorlage der Konzepte.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Wie finanzieren Sie das eigentlich?)

- Das wissen Sie doch genau. Das müssen wir aus dem laufenden Vollzug finanzieren.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Als globale Minderausgabe für alle anderen? Das ist es doch! - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Globale Minderausgabe! - Unruhe)

- Herr Gallert, wie auch in der Vergangenheit werden wir Ihnen zu gegebener Zeit zeigen, wie wir das finanzieren.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Fakt ist, das wird finanziert. Dass wir es ernst meinen und dass wir die Kultur weiterhin als wichtigen Schwerpunkt in Sachsen-Anhalt sehen, sehen Sie daran, dass wir die Dynamisierung sogar auf das Jahr 2014 vorgezogen haben. Das war nicht einmal gefordert. Das haben wir getan, weil wir sagen: Es muss auch Anreize geben; man muss diejenigen belohnen, die sich freiwillig verändert haben. Diese können am Ende nicht die Verlierer sein.

Das war ein Wunsch unserer Kulturpolitiker, die gesagt haben: Das wäre ein Signal, um den Leuten zu zeigen, dass wir eben keine Haustarife wollen, dass wir uns als Land an künftigen Tarifsteigerungen zu 50 % beteiligen. Ich finde, das ist eine sehr weitreichende Zusage. Diese gilt natürlich auch für Halle und Dessau in dem Moment, in dem sie sich verändert haben.

Jetzt sind wir an einem sehr wichtigen Punkt. Sie haben gesagt: Die haben keine Planungssicherheit und wir geben ihnen keine Zusagen. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man so etwas machen kann. Man kann ungedeckte Schecks verteilen und behaupten, das sei eine ernstzunehmende Zusage. Oder aber man redet über Inhalte und über nachhaltige Strukturen und gibt dann eine Finanzierungszusage, die man auch dauerhaft erfüllen kann.

Genau das ist das, was wir momentan tun. Das finde ich wesentlich vernünftiger, als den Leuten zu sagen: Irgendwie kriegen wir das in der Zukunft schon hin; nach uns die Sintflut. Das wird nicht funktionieren. Deshalb ist der Vorwurf, dass wir die Kulturlandschaft zu Grabe tragen, auch im Lichte der Pro-Kopf-Ausgaben nicht zutreffend.

Jetzt muss ich einmal zu meinem Kollegen Wehrich kommen, den ich eigentlich wegen seiner sachlichen Art sehr schätze. Er hat gesagt, der Unterschied läge darin, dass die Leistungsfähigkeit der bayerischen Kommunen höher wäre als die der Kommunen in Sachsen-Anhalt.

(Herr Borgwardt, CDU: Das war ein Bolzen!)

Wenn Sie diesen Gedanken zu Ende führen, dann bedeutet dies: Der Unterschied besteht auch darin, dass das Land Bayern in Sachen Steuerkraft und Leistungsfähigkeit um Lichtjahre vor Sachsen-Anhalt liegt.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja!)

Wenn ich Ihre Argumentation zu Ende denke, dann müssten wir die Kulturausgaben pro Kopf deutlich absenken.

(Minister Herr Bullerjahn: Richtig!)

Das, was wir uns momentan zumuten, ist in Relation zu unserer Steuerkraft -- Diesbezüglich liegen wir übrigens hinter dem Saarland. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Herr Borgwardt, CDU: Wir twittern das nicht!)

Wir liegen in der Steuerkraft hinter dem Saarland, liegen aber beim Stabilitätsrat und bei externen Gutachten momentan im guten Mittelfeld und sind auf dem Weg nach oben.

(Herr Borgwardt, CDU: Genau!)

Dann höre ich hier, dass das keine Vision ist und dass das nicht nachhaltig ist. Wir sollten doch ehrlich miteinander umgehen.

Ich wäre gern so weit, dass wir uns mit Bayern vergleichen können. Ich kann Ihnen versichern, wenn wir in Sachen Steuerkraft einmal so weit sind, dann werden wir wahrscheinlich die Landestheater zu 100 % finanzieren und werden die Kommunen komplett entlasten.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Minister Herr Bullerjahn: Vorsicht, Vorsicht! - Herr Borgwardt, CDU: Wir haben eben Visionen!)

Aber wir müssen wirklich auch einmal die Kirche im Dorf lassen. Bitte Vorsicht mit solchen Vergleichen!

Um die Anmerkungen zum Einzelplan 07 abzuschließen. Ihnen liegt ein Änderungsantrag der Regierungskoalition zu Einzelplan 07 vor. Darin geht es im Wesentlichen um die jetzt zahlenmäßig untersetzte Verpflichtungsermächtigung bis zum Jahr 2018. Wir haben das verbal angekündigt. Jetzt sind uns die Zahlen geliefert worden.

Insofern möchte ich darauf hinweisen, dass wir diesen Änderungsantrag zum Einzelplan 07 nunmehr einbringen. Die Verpflichtungsermächtigungen decken im Prinzip die Zusage, die wir gegeben haben. Sie machen es möglich, dass Herr Dorgerloh vorab die Theaterverträge für diese sechs Einrichtungen unterzeichnen kann. Das halten wir für sinnvoll. Deswegen haben wir das auch gern getan.

Wenn man sich den Wissenschaftsbereich ansieht, dann stellt man fest, dass die Regierungskoalition tatsächlich der Meinung war, dass hier für Entlastung gesorgt werden muss und dass parallel zu den 9 Millionen €, die wir zusätzlich bereitgestellt haben - das ist eine riesige Kraftanstrengung gewesen -, auch dieser Bernburger Kompromiss erarbeitet wurde, der von den ursprünglichen Einsparzielen nicht viel übrig gelassen hat. Das darf man als Finanzpolitiker an dieser Stelle auch einmal sagen. Ich habe auch durchaus zur Kenntnis genommen, dass die Rektoren in einem Gespräch, das am Folgetag stattfand, sehr gut gelaunt waren. Das kann ich auch verstehen.

Ich möchte zu der Debatte insgesamt etwas sagen. Ich habe selbst an der Universität in Magdeburg studiert und mich hat die Art der Diskussion

sehr betroffen gemacht. Wenn man bei einem Hochschulbudget von 320 Millionen € darüber nachdenkt, ob man pro Jahr 5 Millionen € einsparen kann - das sind nicht einmal 2 %; 2 % müssen wir insgesamt im Haushalt erbringen -, und dann erleben muss, dass auf dem Alten Markt gegen die Schließung der Otto-von-Guericke-Universität demonstriert wird, dann muss man feststellen, dass wohl irgendetwas eine Eigendynamik entwickelt hat. Das kann ich bis heute nicht nachvollziehen.

5 Millionen € von 23 Millionen € - das ist ein Betrag, über den man sicherlich mit der gebotenen Sorgfalt diskutieren sollte, aber er läutet nicht den Untergang des Abendlandes ein, schon gar nicht mit der Perspektive, die wir als Sachsen-Anhalt haben.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie durchdeklinieren von einem Politikfeld zum anderen. Man kann sich nun natürlich, wie es Herr Gallert tut, empören und sagen, das ist alles ganz furchtbar. Aber das, was wir momentan den Politikfeldern zumuten - damit bin ich jetzt beim Rechnungshofpräsidenten -, ist im Vergleich zu dem, was objektiv anhand der Zahlen notwendig wäre, um bis zum Jahr 2020 ein handlungsfähiges und selbständiges Sachsen-Anhalt zu organisieren, allenfalls ein guter Anfang. Aber das ist es auch tatsächlich. Weniger als ein guter Anfang ist es nicht.

Insofern teile ich die Auffassung des Finanzministers, dass dieser Entwurf in der Summe eine sehr gute Grundlage ist, um Sachsen-Anhalt auf einen Kurs zu bringen, der zumindest für diese Legislaturperiode die Trendwende darstellen kann.

Im Übrigen wird das auch von unserem Umfeld wahrgenommen. Ich habe mit großer Freude gelesen, dass es am 6. Dezember 2013 ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln gab. Die haben den Konsolidierungsscheck 2013 durchgeführt. Wahrscheinlich wird Herr Gallert gleich wieder unterstellen: alles Gefälligkeitsgutachten, CDU-SPD-Kumpanei, die haben das Land Sachsen-Anhalt schöngeschrieben. Dessen sind wir jedoch völlig unverdächtig. Ich habe das einfach gelesen.

Wenn uns ein unabhängiges Institut bescheinigt, dass wir jetzt auf dem Weg nach oben sind, dass wir als Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren wahnsinnig viel erreicht haben, dann halte ich es für ein falsches Signal, sich hier ständig kleinzumachen, sich schlecht zu fühlen und immer dahin zu schauen, wo es Leute gibt, denen es noch schlechter geht.

Inzwischen haben wir in Bezug auf die Finanzpolitik und auf diesen Haushalt so viel erreicht, dass wir mit einem gesunden Selbstbewusstsein nach vorn blicken sollten. Für uns sind Thüringen,

Sachsen und in der Tat auch Bayern interessant. Das sind die Länder, die noch vor uns liegen. So viele sind das gar nicht mehr. Wenn ich mir die ehemals großen Geberländer anschau, wenn ich mir anschau, was in diesem Gutachten über Baden-Württemberg steht, was dort unter Rot-Grün passiert, dann kann ich nur sagen: Ich bin mit unserer soliden Finanzpolitik sehr zufrieden.

Ich möchte ein Beispiel nennen. In Baden-Württemberg hat der Finanzminister - das tut jetzt weh, Herr Minister, es ist ein Parteikollege von der SPD - ab 2015 Steuermehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen € in der mittelfristigen Finanzplanung eingepreist und diese durchgeschrieben, weil er vermutet, dass dann von irgendwoher mehr Geld kommt.

Ich erinnere daran, dass uns der Rechnungshof in der letzten Legislaturperiode hier einmal richtig hat strammstehen lassen, weil wir weniger als 100 Millionen € zugeschätzt hatten.

(Minister Herr Bullerjahn: 80 Millionen € waren das!)

- 80 Millionen € hatten wir bei der Steuerschätzung zugeschätzt. Und am Ende - das war allerdings ein Glücksmoment -

(Minister Herr Bullerjahn: Nein, das haben wir gewusst! - Heiterkeit bei der CDU)

ist das sogar noch aufgegangen. Das hat den Minister in besonderer Weise gefreut.

Aber an dieser Stelle muss ich einmal fragen: Was hat es noch mit seriöser Finanzpolitik zu tun, wenn man behauptet, man würde den Haushalt dadurch in Ordnung bringen und die Ziele der Schuldenbremse einhalten, wenn man aus unbekannten Quellen, woher auch immer, 500 Millionen € Mehreinnahmen einkalkuliert?

Dazu muss ich sagen: Dagegen ist die globale Minderausgabe noch seriös. Bevor ich fiktive Einnahmenezuwächse einpreise, würde ich eine globale Minderausgabe vorsehen. Die ist zwar auch nicht schön, aber sie würde noch funktionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich reden wir über einen Haushalt mit einem Volumen von 10 Milliarden €, sogar 10,7 Milliarden € in diesem Jahr. Das klingt zunächst nach wahnsinnig viel. Wenn man aber die großen Ausgabenblöcke abzieht und weiß, dass 1,6 Milliarden € auf das FAG entfallen - - 1,6 Milliarden €, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich vermute, es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Ruhe aufseiten der kommunalen Spitzenverbände und diesem Wert, den wir momentan im FAG stehen haben.

Im Übrigen - damit sind wir wieder bei der Saldierung - muss man den Betrag von 1,6 Milliarden € - wir haben seit der letzten Novelle mehr als

100 Millionen € zugunsten der Kommunen hineingetan - auch im Lichte der Kürzungen einmal gegenbuchen. Das ist Engagement des Landes, das zur Konsolidierung und Stabilisierung unserer kommunalen Familie beiträgt.

Dann haben wir Personalausgaben von mehr als 3 Milliarden €. Auf der anderen Seite haben wir Zinszahlungen von 600 Millionen €. Wenn man das einmal saldiert, stellt man fest: Damit ist die Hälfte des Geldes weg, ohne dass man als Abgeordneter auch nur ein bisschen gestaltet hätte.

Dann bleibt ein Betrag übrig, der im Wesentlichen für die Bedienung von Rechtsverpflichtungen und für die Begleichung von Sowieso-Kosten für die Eckwerte weggeht. Der am Ende übrig bleibende disponible Teil ist bedauerlicherweise auch aufgrund der Zinslast wahnsinnig gering.

Nun kann man sagen: Was sind bei einem Gesamtumfang von 10 Milliarden € Einsparungen von 2 Millionen €? Dazu kann ich Ihnen sagen: Das ist, wenn wir sie dauerhaft einsparen, wahnsinnig viel Geld.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit Blick auf den disponiblen Teil - das ist die ehrliche Debatte, die wir führen müssen -, auf den Teil, den wir überhaupt noch selbst steuern, sind 2 Millionen € wahnsinnig viel Geld. Insofern ist es nur fair, wenn man das, was jetzt von den Strukturdiskussionen noch übrig geblieben ist, daran misst, wie viel freien Gestaltungsraum wir tatsächlich hatten.

Wenn wir diesen Kurs fortsetzen, dann ist - davon bin ich überzeugt - die Sorge des Rechnungshofpräsidenten unbegründet. Mich treibt natürlich nicht nur die Sorge des Rechnungshofpräsidenten um, sondern auch das, was wir als Fraktion vorhaben.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das ist die Sorge des Ministerpräsidenten!)

Es geht darum, dass wir gemeinsam das Fundament unseres Hauses so solide und stabil bauen, dass nicht nur wir, sondern auch künftige Generationen darin in sehr ruhiger und komfortabler Weise wohnen können.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Alles für euch!)

Ich glaube, das ist eine Vision. Wenn man die Legislaturperiode mit diesem Ergebnis abschließen würde, dann wäre das auch ein in der Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt einmaliger Vorgang. Momentan hadern wir sehr mit der medialen Wahrnehmung. Aber der Umstand, dass wir nach mehr als der Hälfte dieser Legislaturperiode noch nicht einen Cent neue Schulden gemacht haben, ist zumindest für einen Finanzpolitiker sehr bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, und von Frau Grimm-Benne, SPD)

Das ist auch keine Selbstverständlichkeit. Ich höre oft: Es ist doch völlig klar, ausgeglichene Haushalte. Wenn wir einmal unseren Blick zu unseren Brüdern und Schwestern schweifen lassen, dann findet sich da manchmal ein relativ merkwürdiges Bild.

Man muss natürlich die Geberländer verstehen. Aber wenn jemand verantwortungsvoll mit den Solidarpaktmitteln und mit den Mitteln der Geberländer aus dem Länderfinanzausgleich umgegangen ist, dann sind das die neuen Bundesländer. Das sind all die, die im Moment im Hinblick auf Wachstum und Dynamik vorn dabei sind.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Für ein selbstbewusstes neues Bundesland gehört es sich auch, dass wir uns nicht auf der Solidarität der Geberländer ausruhen, sondern dass wir signalisieren: Wir haben den Anspruch, besser zu werden; wir wollen nicht unter einem Steuerdeckungsgrad von 50 % bleiben, sondern wir wollen nach vorn. Wir als Sachsen-Anhalt wollen in die Gruppe der Top 3. Ich meine, das ist auch leistbar. Das ist nicht einfach. Dazu wird es sicherlich immer wieder starke Diskussionen geben.

Ich glaube, niemand stellt sich freiwilliger und lieber einer Diskussion als die Regierungskoalition. Wenn wir mit guten Argumenten überzeugt werden, an welchen Stellen Prioritäten gesetzt werden sollen, dann werden wir diesen immer folgen. Von wegen, das ist Politik nach Gutsherrenart. Das kann ich überhaupt nicht erkennen. Wir haben selten so viel Kraft und so viele Gespräche investiert wie bei diesen Haushaltsberatungen, ob das in der Fraktion war, ob das mit den Ministerien war, ob das mit unserem Koalitionspartner war.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Das ist auch der richtige Punkt, um sich einmal für die Sachlichkeit der Debatte zu bedanken, insbesondere auch bei unserem Koalitionspartner. Denn wenn man sieht, wie unterschiedlich die Perspektive in bestimmten Politikfeldern war, dann kann man feststellen, dass wir am Ende einen bemerkenswerten Haushalt zusammengebunden haben. Wir sind, zumindest was die finanzpolitischen Leitplanken angeht, ganz vorn mit dabei.

Wenn ich jetzt schon mit dem Dank angefangen habe, dann möchte ich gern das Ende meiner Rede nutzen, um mich nicht nur bei unserem Koalitionspartner, sondern insbesondere bei meinen Mitstreitern aus dem Finanzausschuss und aus meiner AG für die konstruktiven und engagierten Haushaltsberatungen zu bedanken.

(Oh! bei der CDU)

Allen voran darf ich im Namen meiner Arbeitsgruppe an dieser Stelle unserer Ausschussvorsitzenden Frau Dr. Klein Dank sagen. Das hat auch der Minister schon getan. Das kommt von Herzen und ist ehrlich gemeint, weil Ihre besonnene Art auch dazu geführt hat, dass wir eine 108-seitige Beschlussempfehlung in der Bereinigungssitzung an einem Tag abgearbeitet haben. Ich war am Anfang nicht sehr optimistisch, weil es etwas hakelig losging. Es war eine reife Leistung, dabei den Überblick zu behalten; dass das gelungen ist, ist Ihrer Person zu danken.

Danken möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich auch den Fachreferenten der Fraktionen und der Landtagsverwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, dem Landesrechnungshof und allen Ministerien, die im Rahmen der Beratungen im Haushaltsausschuss ihre Einzelpläne erläutert und unsere Fragen beantwortet haben.

Last, but not least geht mein Dank an den Finanzminister und an seine beiden Staatssekretäre, natürlich stellvertretend für das gesamte Haus.

(Oh! bei der CDU - Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn)

Sie mussten das am Ende zusammenbinden. Das Ergebnis spricht für sich.

Meine Damen und Herren! Unsere Vision ist: Sachsen-Anhalt 2020 - selbstbewusst und zukunftsfähig. Wir meinen, dass dieser Entwurf genau diesem Anspruch gerecht wird. Deshalb bitte ich Sie, heute gemeinsam unseren Änderungsanträgen, dem Haushaltsplan, dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltsbegleitgesetz zuzustimmen und damit das Signal auszusenden, dass Sachsen-Anhalt wieder einen Schritt vorangekommen ist und gut gerüstet ist für das, was uns im Jahr 2020 bevorsteht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Herr Barthel, es gibt noch Fragen. Würden Sie diese beantworten? - Zunächst hat der Kollege Gallert eine Frage. Danach fragen Frau Dr. Klein und Herr Weihrich.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Herr Barthel, einige kurze Anmerkungen. Erstens. Die von Ihnen sehr gelobte Landeshauptstadt mit ihrem ausgeglichenen Haushalt hat eine globale Minderausgabe beschlossen. Wissen Sie, wie groß die ist?

#### **Herr Barthel (CDU):**

3 Millionen €.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

4,7 % des Haushaltsvolumens. Und Sie sagen, bei 0,33 % haben wir den Untergang des Abendlandes. Sie müssen schon überlegen, wen Sie sozusagen als Beleg heranziehen.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

An einer Stelle muss ich den Kollegen Weihrich verteidigen. Was Sie sich vielleicht gar nicht vorstellen können bei den Steuereinnahmen: Die Pro-Kopf-Ausgaben aus dem Landeshaushalt sind in Sachsen-Anhalt deutlich höher als in Bayern. Wir haben deutlich größere Spielräume in unserem Landeshaushalt als Bayern. Insofern war die Frage von Herrn Weihrich gar nicht so schlecht; denn wir haben tatsächlich nur etwa 40 % der Steuereinnahmen bei den Gemeinden. Insofern ist das, was er gefragt hat, schon völlig richtig.

Meine letzte Anmerkung. Sie haben gesagt: In Richtung der LINKEN sage ich: Wir wollen keine Schulden! Können Sie mir sagen, wer von der LINKEN neue Schulden gefordert hat? Das würde mich doch sehr interessieren.

(Oh! bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das ist nachlesbar! - Unruhe bei der CDU)

- War das noch nicht laut genug? Habt ihr nicht zugehört, oder was?

#### **Herr Barthel (CDU):**

Herr Kollege Gallert, Sie haben heute mehrmals Leute aufgefordert, Papiere zu lesen. Das möchte ich jetzt einfach einmal zurückgeben. Sie sollten sich mit dem Top-down- und dem Eckwerte-Verfahren beschäftigen. Es gibt einen ganz wesentlichen Grund dafür, dass es keine globale Minderausgabe geben kann: Sie ist systemwidrig. Das widerspricht dem Verfahren des Top-down. Das haben wir am Anfang der Legislaturperiode im Finanzausschuss übrigens mehrmals erörtert.

(Herr Borgwardt, CDU: Gebetsmühlenartig!)

Das widerspricht der Idee, dass wir quasi die Häuser mit Eckwerten ausstatten, die sie natürlich stärker limitieren.

#### **Herr Gallert (DIE LINKE):**

Wir haben ohne Bewirtschaftungsmaßnahme in diesem Jahr mehr drin, als wir als globale Minderausgabe fordern.

#### **Herr Barthel (CDU):**

Ja, aber wir haben jetzt natürlich auch die Möglichkeit - das habe ich vorhin erwähnt -, dass gute Haushaltsführung und Ausgabenreste in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden können, übrigens nicht nur investive Mittel, sondern auch Verbrauchsmittel. Das ist im Übrigen auch von

Ihren Kollegen, was das Ausgabenrestethema angeht, immer wieder angefragt worden.

Ich finde, es ist richtig, dass man den Häusern Planungssicherheit dadurch gibt, dass man ihnen eine Eckwertegarantie gibt. Wenn Sie immer wieder anfangen, am Jahresende die Eckwerte quasi einzusammeln, indem Sie Eckwerteunterschreitungen im Landeshaushalt sammeln oder globale Minderausgaben hineinschreiben, dann wird eines passieren: Wir werden wieder ein November- oder Dezemberfieber haben und am Jahresende wird gelegentlich Unfug mit dem Geld gemacht werden, um einen schönen Mittelabfluss zu organisieren. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Was ist denn die Steuerschwankungsreserve?

**Herr Barthel (CDU):**

Jetzt sind wir auch bei der Stadt Magdeburg. Na klar, in einem klassischen Aufstellungsverfahren können Sie auch mit globalen Minderausgaben arbeiten. Das haben wir hier im Übrigen jahrelang gemacht. Wir haben aber auch das Top-down-Verfahren - ich wiederhole mich gern - und das hat die Stadt Magdeburg in dieser Form eben nicht.

Deswegen haben die das so gemacht. Herr Zimmermann und der OB reden von einer schwarzen Null. Sie scheinen auch optimistisch zu sein, dass sie das unterjährig erwirtschaften können. Im Übrigen sprechen die letzten Jahresergebnisse durchaus für die Stadt Magdeburg. Da ist ihr das nämlich jedes Mal gelungen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Mit globaler Minderausgabe!)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr. - Frau Dr. Klein.

**Frau Dr. Klein (DIE LINKE):**

Danke, Herr Barthel, für Ihren Dank. - Ich möchte intervenieren. Es geht noch einmal um das Problem der globalen Minderausgabe. In dem Haushaltsplanentwurf, der Ihnen vorliegt, haben wir drei globale Minderausgaben. Einmal gibt es eine globale Minderausgabe im Einzelplan 08 in Höhe von 10 Millionen €. Im Einzelplan 13 gibt es zwei globale Minderausgaben bei den Titeln 426 01 und 426 02. Die globale Minderausgabe bei Titel 426 01 im Bereich Personal ist als ein Spitzausgleich genommen worden.

Sie haben dankenswerterweise Bezug genommen auf meine Kleine Anfrage, die der Kollege Knöchel in den Haushaltsberatungen wiederholt zitiert hat. Ich hatte bereits im Jahr 2012 eine Kleine Anfrage dazu gestellt, wie sich die Ausgabenreste im Jahr 2011 darstellten. Damals hatten wir Aus-

gabenreste in Höhe von 405 Millionen €; davon sind 362,9 Millionen € bewilligt worden. Es gab also einen Spielraum von 38 Millionen €.

Im Jahr 2012 - ich habe noch einmal nachgeschaut - waren Ausgabenreste in Höhe von 328,3 Millionen € beantragt worden, von denen 236,6 Millionen € genehmigt worden sind. Damit ist auch hier ein Spielraum für eine globale Minderausgabe ohne Probleme gegeben.

**Herr Barthel (CDU):**

Auch wenn es eine Intervention war, will ich gern zur globalen Minderausgabe im Einzelplan 08 noch etwas sagen. Da muss ich ein Stück weit reagieren. Das ist eine politische Entscheidung gewesen, die nicht unbedingt systemkonform ist. Das ist auch keine echte globale Minderausgabe.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ich erkläre es Ihnen, weil Sie es nicht wissen.  
- Es ist keine echte globale Minderausgabe im klassischen Sinne, sondern es war eine Empfehlung der Fachpolitiker, dass man die GRW-Mittel zu 100 % ausschöpfen kann und dass man bei den Bewilligungen nicht limitiert wird, indem man von vornherein dafür sorgt, dass dort tatsächlich Geld übrig bleibt.

In der Vergangenheit ist es immer so gewesen, dass bei Investitionsmaßnahmen durch Bauverzögerungen oder dadurch, dass Investoren abgesprungen sind, am Jahresende rund 30 Millionen € übrig geblieben sind. Insofern hat man sich mit der globalen Minderausgabe im Einzelplan 08 die Möglichkeit erhalten, die Förderung zu 100 % bewilligen zu können. Ein Stück Hoffnung schwingt dabei mit. Man ist aber der Meinung, dass am Jahresende die Projekte, die sich zeitlich verschieben, dafür sorgen werden, dass man diese globale Minderausgabe am Ende auch vertreten kann.

Es ist auch kein Geheimnis. Für den Fall, dass wider Erwarten die Mittel tatsächlich zu 100 % abfließen, muss das im folgenden Haushaltsjahr ausgeglichen werden. Das ist mit dem Wirtschaftsminister klar verabredet worden. Das findet die volle Unterstützung beider Koalitionsfraktionen, weil das Investieren und das Generieren von Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätzen und Steueraufkommen Sachsen-Anhalt nach wie vor die Flucht nach vorn und das beste Mittel ist, um besser zu werden. Deswegen haben wir das gern gemacht.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Als Letzter stellt Herr Kollege Wehrich eine Frage.

**Herr Wehrich (GRÜNE):**

Herr Barthel, ich möchte noch einmal auf das Thema Kulturausgaben zurückkommen. Stimmen Sie mir darin zu, dass die Aussage aus dem Kul-

turfinanzbericht - ich zitiere -: „Kultur wird nicht nur durch den öffentlichen Bereich, sondern auch maßgeblich durch private Haushalte, die Wirtschaft, durch Stiftungen und andere private Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert.“, im Wesentlichen auf die finanzstarken Kommunen im Westen zutrifft und weniger auf die Situation in unserem Bundesland? Das ist die erste Frage.

Nun eine allgemeine Anmerkung zu diesem Ländervergleich. Wir reden von Ausgaben in Höhe von 116 € pro Einwohner in Sachsen-Anhalt. Das sind Zahlen aus dem Jahr 2009. Seitdem haben sich die Ausgaben in Sachsen-Anhalt nicht wesentlich erhöht, während andere Länder wie Thüringen, mit dem wir uns gut vergleichen können, die Kultur Ausgaben seit dieser Zeit erhöht haben.

Stimmen Sie mir darin zu, dass ein bevölkerungsreiches Land wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Bayern mit einer höheren Bevölkerungsdichte und Ausgaben von 97 € pro Einwohner im Jahr 2009 insgesamt viel mehr Geld zur Verfügung hat, um die Kulturleistungen zu bedienen?

Ist es nicht so, dass wir uns, wenn wir schon Ländervergleiche heranziehen, nur mit Ländern wie Sachsen und Thüringen vergleichen sollten, die eine ähnliche Ausgangssituation, einen ähnlichen Kulturreichtum, eine ähnliche wirtschaftliche Situation und auch eine ähnliche Bevölkerungssituation haben? Diesen Ländern gelingt es trotzdem, deutlich höhere Beträge pro Einwohner bereitzustellen.

Stimmen Sie mir darin zu, dass die Ländervergleiche, wenn man sie heranzieht, auf Sachsen und Thüringen zu beziehen sind und nicht auf Länder aus dem Westen, die zwar ähnliche oder mittlerweile sogar gleich hohe Ausgaben pro Einwohner verzeichnen wie Sachsen-Anhalt, die aber nicht die Länder sind, mit denen wir uns vergleichen können?

#### **Herr Barthel (CDU):**

Herr Kollege Weihrich, den Gefallen kann ich Ihnen leider nicht tun. Ich kann Ihnen ausdrücklich nicht zustimmen. Ich kann Ihnen aber kurz erklären, warum das, was Sie sagen, falsch ist.

Ich neige dazu, dass wir uns mit Ländern vergleichen sollten, die strukturell und in Bezug auf die Landesfinanzen in einer ähnlichen Situation sind. Nehmen wir zum Beispiel Sachsen. Sachsen wird im Jahr 2020 voraussichtlich pro Kopf eine höhere Steuerkraft haben als Bayern. Dort sind wir längst nicht angekommen.

Sachsen ist quasi schuldenfrei. Sachsen hat wahrscheinlich aus taktischen Gründen so viel Geld in Rücklagen versteckt, damit überhaupt noch Geld aus dem Länderfinanzausgleich fließt. Sachsen hat mit dem, worüber wir momentan diskutieren,

schon vor zehn Jahren begonnen. Sie sind auf ihrem Konsolidierungskurs deutlich weiter vorangekommen als wir.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

In Thüringen ist es übrigens genauso. Ich kann Ihnen nur empfehlen, den Konsolidierungsbericht einmal zu lesen. Thüringen hat seit zwei Jahren schon einen strukturellen Überschuss. Da sind wir noch gar nicht angekommen. Wir sind heilfroh, dass wir jetzt bei einem strukturell ausgeglichenen Haushalt angekommen sind, was bei Weitem nicht selbstverständlich ist.

Um noch einmal auf Bayern zurückzukommen: Natürlich ist es ein Unterschied, wenn man statt 2,3 Millionen acht Millionen Einwohner im Land hat. Das sind aber auch acht Millionen Menschen, die ins Theater gehen können. Das dürfen Sie dabei nicht vergessen. Das sind acht Millionen Kunden, die auch zur Tragfähigkeit solcher Einrichtungen einen wesentlich höheren Beitrag leisten.

Sie können doch nicht auf die Idee kommen zu sagen, die Pro-Kopf-Ausgaben von 97 € in Bayern vergleichen wir mit den Ausgaben in Sachsen-Anhalt. Herr Kollege Gallert hat es ja gesagt. Was macht es denn für einen Sinn, dass ein Geberland, das 5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich einzahlt, pro Kopf einen Betrag von 97 € für Kultur ausgibt und ein Nehmerland, das 500 Millionen € bekommt, mehr als 100 € ausgibt?

Ich sage einmal, das kann man machen, wenn man Geld an einer anderen Stelle einspart. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass es so etwas wie eine bundesstaatliche Solidarität unter den Ländern gibt. Wir können uns doch nicht auf dem Rücken der Geberländer Dinge auf einem wesentlich höheren Niveau leisten, die in dieser Form dort nicht stattfinden.

Ich stelle mir einmal vor, dass ich dort Landespolitiker bin und den Leuten erklären muss, dass ich an einer Stelle für einen Überschuss Sorge, indem ich quasi an Stellen spare, an denen von den Nehmerländern zusätzliche Ausgaben finanziert werden. Das kann man machen, wenn man finanzpolitisch dort ist, wo wir hinkommen wollen, wenn man nämlich genauso leistungsfähig ist wie Sachsen, wie Thüringen.

Das sind in der Tat Länder, die ähnliche Startvoraussetzungen hatten und die mit uns vergleichbar sind, was die Bevölkerung und die Struktur insgesamt angeht. Aber dann muss man sich auch daran messen lassen, welche Entscheidungen diese Länder in der Vergangenheit getroffen haben. Wenn wir an diesem Punkt sind, finden wir auch sofort einen Konsens hinsichtlich der Steigerung der Kulturausgaben, wenn wir uns das leisten können. Das ist eine freiwillige Aufgabe.

(Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Herr Barthel, würden Sie noch eine sehr kurze Nachfrage von Herrn Weihrich zulassen?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

**Herr Weihrich (GRÜNE):**

Das Gestöhne bei diesem Thema spricht Bände.

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Fassen Sie sich bitte kurz.

**Herr Weihrich (GRÜNE):**

Ich habe nur eine Anmerkung. Ich wollte eigentlich auf einen anderen Punkt hinaus. Sie haben jetzt wieder finanzpolitisch argumentiert. Ich wollte aber gerade begründen, warum wir die Kennzahlen so nicht vergleichen können. Es geht nämlich darum, uns sachlich und inhaltlich mit Ländern zu vergleichen, die einen ähnlichen Kulturreichtum haben in Bezug auf die Einwohnerdichte wie wir in Sachsen-Anhalt. Deswegen habe ich dafür plädiert, dass ein Vergleich, wenn er denn stattfindet, mit Sachsen und Thüringen erfolgen muss und nicht mit Ländern im Westen.

**Herr Barthel (CDU):**

Herr Weihrich, ich neige dazu, solch eine Diskussion nicht von den Handlungsspielräumen, die einem die Finanzen vorgeben, zu trennen.

(Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:**

Danke sehr, Herr Kollege Barthel.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Debatte fort. Es spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Meister. Bitte schön, Herr Meister. - Oder habe ich einen falschen Zettel? - Nein. Ich sah Sie nicht. Irgendjemand hat Sie verdeckt.

**Herr Meister (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne mit den Punkten der Haushaltsdiskussion, in denen sich die unterschiedlichen Positionen im Hause zumindest in Sichtweite zueinander befinden. Wenn man die Haushaltspolitik, den Landeshaushalt nachhaltig gestalten will, kommt man nicht umhin, auf die Fragen Neuverschuldung, Risikovorsorge und Schuldentilgung Antworten zu geben.

Das Ziel, den nächsten Generationen ein Land zu übergeben, dessen größte Ausgabenposition nicht

der Zinsdienst ist, ihnen einen Haushalt zu ermöglichen, der Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zulässt, ist eine zentrale Leitlinie bündnisgrüner Haushaltspolitik.

Während eine Neuverschuldung schon im Haushaltsplanentwurf nicht vorgesehen war, trafen die ursprünglich ausgewiesenen Nullansätze bei der Steuerschwankungsreserve und bei der Tilgung in der ersten Lesung des Haushalts im Landtag auf Kritik aus meiner Fraktion. Beide Probleme stellen sich heute zumindest in Teilen als entschärft dar.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der positiv ausgefallenen Steuerschätzung hatten die regierungstragenden Fraktionen im Finanzausschuss per Änderungsantrag der Steuerschwankungsreserve 10 Millionen € zugeführt. Wir haben dieses Ansinnen als Oppositionsfraktion - das ist nicht selbstverständlich - im Ausschuss mitgetragen.

Bei der Tilgung überraschte uns die Regierung mit 90 Millionen €, die fest von der europäischen Ebene erwartet werden. Im Haushalt und auch in den anfänglichen Ausschussberatungen tauchte dieser Betrag nicht auf, was nun den Vorteil hat, dass die Haushaltsdiskussion von einer gewissen Enge geprägt ist. Herr Gallert führte dazu aus. Ich glaube tatsächlich, dass das eine Motivation ist, das so zu machen.

Unter der Annahme, dass dieser Betrag in die Steuerschwankungsreserve fließen wird, wurde in die aktuelle Beschlussempfehlung eine Entnahme in Höhe von 50 Millionen € aus der Steuerschwankungsreserve für die Tilgung vorgesehen. Man kehrt damit zum ursprünglichen Tilgungsplan zurück.

Das Ergebnis ist zu begrüßen, weil damit im Jahr 2014 eine Tilgung möglich sein wird, auch wenn man sich diese größer wünschen könnte. Das Ergebnis ist letztlich zu begrüßen. Der Weg dahin wirft im Hinblick auf seine Transparenz allerdings Fragen auf.

Unsere Differenzen zur Haushaltspolitik der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen liegen jedoch stärker in der Frage, wie wir die heute bestehenden inhaltlichen Spielräume nutzen. Obwohl der Landeshaushalt insgesamt sogar Aufwüchse verzeichnet und insofern eigentlich nicht als klassischer Sparhaushalt durchgeht, stehen wir vor einschneidenden Änderungen und Einsparungen in Teilbereichen.

Da sind die Kürzung des Blindengeldes, die Einsparungen in den Bereichen der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft zu nennen. Hinzu kommen Kürzungen in weiteren sozialen Bereichen wie bei der Jugendpauschale und beim Fachkräfteprogramm in der Kinder- und Jugendarbeit. Beide Ansätze werden um jeweils 1 Million € gekürzt.

Des Weiteren gibt es Bereiche, in denen die schlichte Nichterhöhung von Ansätzen trotz steigender Personal- und Sachkosten real zu schmerzhaften Einschränkungen führt. Ich denke dabei an unseren den Haushalt nicht im Mark, in seinen Grundfesten erschütternden Antrag in den Ausschüssen, den Ansatz für den Landesfrauenrat wegen der Tarifsteigerungen um etwa 6 000 € zu erhöhen. Die Ablehnung war mit dem Zuruf verbunden, wir müssten Prioritäten setzen. Tja, letztlich muss ich sagen, ja, genau so ist es. Die Frage ist nur, welche Prioritäten wir setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Vision für unser Land liegt dem vorliegenden Haushalt zugrunde? - Einen erhellenden Einblick gab kürzlich exemplarisch eine Rede des Landwirtschaftsministers Dr. Aeikens vor dem Landkreistag in Stolberg/Harz. Den Landkreistag treibt ein ganz wesentliches Problem unseres Landes um, der demografische Wandel und die Abwanderung junger Menschen. Dies sind ernste Probleme, die gerade im ländlichen Raum ein besonderes Gewicht haben.

Herr Dr. Aeikens gab zwei bemerkenswerte Antworten. Erstens verbat er sich deutlich jede Diskussion über Einsparungen im Bereich der technischen, insbesondere der verkehrstechnischen Infrastruktur in betroffenen Gebieten. Das ist eine Position, die ich als Wunsch nachvollziehen kann. Ob sie haushaltspolitisch klug ist und durchzuhalten sein wird, ist eine andere Frage.

Aufschlussreich ist diese Positionierung des Ministers jedoch durch eine zweite These, die er aufgestellt hat: Selbstverständlich seien die im ländlichen Raum geplanten Schulschließungen als unvermeidlich hinzunehmen.

Es dürfte auf der Hand liegen, dass die Schulschließungen unseren ländlichen Raum in starker Weise prägen werden, nicht positiv. Worauf steuern wir zu? Stimmt diese Prioritätensetzung, ist das ein Konzept, unseren ländlichen Raum für junge Familien attraktiv zu machen? Ist das überhaupt ein Konzept?

In der Tendenz ähnliche Fragen treffen auch den Kultur- und Wissenschaftsbereich. Auch hierbei geht es um die Frage, ob wir uns nicht durch bestimmte Entscheidungen Zukunftsperspektiven verbauen, statt neue zu schaffen.

Wenn trotz des demografischen Wandels das Straßenbild in Städten wie Magdeburg und Halle doch den Eindruck junger Städte erweckt, so liegt dies maßgeblich an den Hochschulen. Kürzungen in diesem Bereich können das Potenzial haben, den Ast, auf dem wir mit einiger Mühe sitzen, grundsätzlich abzusägen. Das geht selbstverständlich über die Studierendenzahlen hinaus. Nachhaltiger als durch eine vielfältige und aktive

Wissenschafts- und Forschungslandschaft kann man Wirtschaftsförderung nicht betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnliches gilt für die Kultur, die - ohnehin nicht auf Rosen gebettet - für unser gesellschaftliches Leben und damit für die Lebensqualität und Attraktivität unseres Landes eine grundlegende Rolle spielt. Kürzungen und Schließungen können einschneidende und dauerhafte Nachteile mit sich bringen. Diese Nachteile für die Zukunftsfähigkeit des Landes wollen wir vermeiden.

Dies bedeutet nicht, dass einmal bestehende Strukturen auf Dauer unveränderlich, ja sakrosankt sind. Strukturen, sei es im Kulturbereich, aber auch in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaftsförderung oder der allgemeinen Verwaltung müssen sich an veränderte Bedingungen anpassen.

Die mit dem Haushalt angestoßenen Strukturveränderungen sind leider nicht die Umsetzung zum Beispiel von Ergebnissen des Kulturkonvents, sondern das Gegenteil. Interessant ist, dass einem bei der Diskussion gerade um den Kulturetat häufig mit vorwurfsvoller Miene entgegengehalten wird, man dürfe nicht dem Druck der Straße nachgeben, es gehe nicht um den kurzfristigen Applaus auf Marktplätzen. Das ist diskreditierend. Der Druck der Straße ist legitim

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

und letztlich nichts anderes als der Druck der Wahlurne. Dieser stellt geradezu die Grundlage unseres Gemeinwesens dar.

Meiner Fraktion geht es nicht um ein billiges Beifallheischen, sondern um Darlegung und, soweit möglich, Durchsetzung einer Prioritätensetzung, die von der der Regierung abweicht. Wir Bündnisgrünen haben mit Änderungsanträgen in den Ausschussberatungen unsere abweichende Positionierung deutlich gemacht. Einige der Anträge stehen mit den jeweils zugeordneten Deckungsquellen heute nochmals zur Abstimmung.

Im Kulturbereich beantragen wir statt der Kürzung bei der Theater- und Orchesterförderung einen maßvollen Aufwuchs. Zu diesem Antrag Nr. 4 in unserem Änderungsantrag in Drs. 6/2637 beantragen wir die namentliche Abstimmung.

In weiteren Anträgen fordern wir, in Ergänzung der auch von der Landesregierung vorgesehenen erhöhten Ausgaben für den Hochwasserschutz eine neue Haushaltsstelle „Naturnaher Hochwasserschutz“ mit 7 Millionen € auszubringen. Ein wirksamer Hochwasserschutz wird nicht umhinkommen, den Flüssen mehr Raum zu geben Deiche zurückzuverlegen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

natürliche Retentionsflächen zu nutzen, wiederzubeleben oder zu schaffen. Diesen für einen wirksamen Hochwasserschutz wichtigen Prozess wollen wir mit der neuen Haushaltsstelle forcieren.

Einen Aufwuchs von 1 Million € halten wir mit dem Antrag zu Natura-2000-Gebieten für die Umsetzung der europäischen FFH- und Vogelschutzrichtlinien für erforderlich. Natur- und Artenschutz sind kein Luxus, sondern als Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein Teil notwendiger Daseinsvorsorge.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht bemängelt, die Umsetzung des europäischen Naturschutzrechtes in Sachsen-Anhalt dauere zu lange. Die EU-Mittel können nicht fristgerecht ausgegeben werden. Bis jetzt sind nur 50 % der EU-Mittel verausgabt worden, die seit 2007 zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Sparpläne der Landesregierung und der hohen Bedeutung der Aufgabe, unsere Lebensgrundlagen zu schützen, sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, die zur Verfügung stehenden Mittel für diesen wichtigen Zweck tatsächlich einzusetzen.

Besonders problematisch sind die angesprochenen Kürzungen im sozialen Bereich und vor allem beim Blindengeld. Den Protesten der Betroffenen ist es zu verdanken, dass die Kürzungen deutlich geringer ausfallen, als dies zunächst geplant war. Wir beantragen, den bisherigen Ansatz und die bisherige Höhe des Blindengeldes beizubehalten. Auch die Kürzung von Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm um jeweils 1 Million € und der Landessexzellenzinitiative um 9,6 Millionen € halten wir für falsch und beantragen die Rücknahme.

Wenn man die Prioritäten so setzt, wie dies von uns vorgeschlagen wurde und mit den heute in Teilen nochmals gestellten Anträgen auch weiterhin vorgeschlagen wird, und trotzdem Tilgung und Vorsorge fordert, muss man als Kehrseite der Medaille auch Prioritäten bei Einnahmenerhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen anders setzen, als es von der Regierung und den regierungstragenden Fraktionen getan wird.

Wir halten eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt um 3,9 Millionen € für sinnvoll. Kürzungen sehen wir vor allem beim Straßenneubau, bei Zuschüssen zum Bau neuer Gewerbegebiete, beim ländlichen Wegebau, bei Zuschüssen an private Unternehmen vor.

In diesen Themenfeldern bestehen - das wird aber gern bestritten - Spielräume. Nicht alles, was dort geplant wird, ist auch tatsächlich sinnvoll. Nicht alles, was dort wünschenswert ist, muss zwingend im nächsten Haushaltsjahr sein. Nicht alles, was gefördert wird, hat dies verdient. Wir hatten wie-

derholt Gelegenheit, solche Fragen hier zu erörtern.

Viele der fraglichen Maßnahmen verursachen dann fortlaufende jährliche Folgekosten, die jetzt schlicht ausgeblendet werden, die aber geeignet sind, für die Zukunft eine Hypothek darzustellen, die von einer sinkenden Zahl von Einwohnern kaum noch zu schultern sein wird.

Es ist unsere Aufgabe, als Haushaltsgesetzgeber die erforderliche Abwägung vorzunehmen. Manche hier vorgenommene Abwägung lässt einen stauend zurück. So gelang es der Landesregierung nicht, sich mit der eigentlich nicht sonderlich umstrittenen Kürzung der Zuschüsse für die Tierkörperbeseitigung um 271 500 € durchzusetzen. Die Kürzung wurde zurückgenommen. Es fällt mir schwer, angesichts der Kürzungen im Kultur- und Wissenschaftsbereich diesen speziellen Abwägungsprozess nachzuvollziehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Herr Czeke, DIE LINKE: Das kann man nicht vergleichen!)

Gern wird uns Bündnisgrünen entgegengehalten, unsere Kürzungsansätze seien nicht umzusetzen. Auch Herr Gallert hat dies heute wieder getan. Dies ist schlicht falsch.

Über die Ausgabe der von uns angesprochenen Landesmittel - und nur über diese Seite reden wir; ich rede nicht über Bundesmittel - entscheidet der Landtag. Dort, wo Kofinanzierungsmittel betroffen sind - das ist natürlich der Fall -, ergibt sich als Konsequenz eine entsprechend verringerte Drittmittelbindung. Das gehört natürlich zur Wahrheit dazu. Es ist aber nicht sinnvoll, eigenes Geld in etwas Sinnfreies zu versenken, nur weil die EU dabei mitmacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hohe Lied der vollständigen Drittmittelbindung wird immer nur dann gesungen, wenn es gerade passt. Als die Oppositionsfraktionen - beide waren es - im Themenbereich „Eine Welt“ die Einstellung von Mitteln zwecks Nutzung einer 60-prozentigen Förderung beantragten, drangen wir erstaunlicherweise auch mit dem Hinweis auf die Drittmittelbindung nicht durch. Die nicht ausreichende Drittmittelbindung im Bereich Natura 2000 hatte ich bereits erwähnt.

Insgesamt hat dieser Haushalt die Aufgabe, Weichen dahingehend zu stellen, wie wir die anstehenden Zukunftsaufgaben unseres Landes angehen wollen. In der Gesamtschau auf die angesprochenen Probleme, auf die vorliegenden Einzelpläne und Änderungsanträge lässt sich sagen: Wir brauchen eine andere Prioritätensetzung für unser Land. Diese ist auch möglich.

Auch wenn die vorgenannten Anträge heute möglicherweise keine Mehrheit erhalten, so möchte ich

Ihnen doch die weiteren das Haushaltsgesetz betreffenden Anträge meiner Fraktion noch ans Herz legen. Unabhängig vom Vorgenannten sehen wir das Haushaltsrecht des Landtages von Regelungen im Haushaltsgesetz ausgehöhlt, indem es dort freie Übertragungsmöglichkeiten innerhalb von Hauptgruppen gibt und Umschichtungen zwischen den Programmen EFRE und ESF vorgesehen sind.

Wir wollen der Landesregierung zwar die nötige Flexibilität lassen, sehen aber bei Schwellenwerten von 100 000 € eine Unterrichtung des Finanzausschusses und ab 500 000 € eine Entscheidung des Finanzausschusses vor. Diese Entscheidungskompetenz sollte sich der Landtag zurückholen.

Gleiches gilt für die Frage der Umwandlung von Stellen in reguläre Planstellen, die nach dem Entwurf eigenmächtig durch die Landesregierung erfolgen könnte.

Bei der Ermächtigung der Ministerien zur Vorfinanzierung durch Dritte im Fall von Maßnahmen zur Energieeinsparung würden wir hingegen den Zeitraum, in dem sich die Maßnahme refinanziert haben muss, von zehn auf 20 Jahre verlängern. Bei größeren Maßnahmen erscheint uns der kurze Zeitraum unrealistisch, sodass eine Erweiterung sinnvoll wäre. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Meister. Es gibt zwei Fragen. Die eine hat der Abgeordnete Herr Hövelmann und die andere hat Herr Barthel. Beantworten Sie diese?

**Herr Meister (GRÜNE):**

Ja. Schauen wir einmal.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Das ist schön. Dann Herr Kollege Hövelmann.

**Herr Hövelmann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Meister, Sie sprachen bei den beabsichtigten Kürzungen im Theater- und Orchesterbereich oder beim Blindengeld vom berechtigten Druck der Straße. Gilt dieser berechnete Druck der Straße für Ihre Fraktion auch bei Verkehrsinfrastrukturprojekten wie der A 14 oder der A 143?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD)

**Herr Meister (GRÜNE):**

Selbstredend. Wir haben in verschiedenen Beratungen das Problem gehabt, dass kritisiert wird,

dass Leute angeblich dem Druck nachgeben. Das ist ja nicht der Fall, sondern man muss den Druck, der von der Straße kommt, aufnehmen und mit ihm argumentieren. Man muss mit den Leuten umgehen, man muss die Leute ernst nehmen. Das gilt auch für Leute, die die A 14 befürworten. Deswegen muss ich meine Position nicht ändern. Das werde ich auch nicht tun, so wie Sie es in diesen Punkten auch nicht tun. Trotzdem darf man sie nicht diskreditieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt der Kollege Barthel.

**Herr Barthel (CDU):**

Herr Meister, Sie sprachen von Spielräumen im Einzelplan 14, die insbesondere bei Infrastrukturprojekten vorhanden seien. Es gibt einen Bericht des Rechnungshofes, wonach insbesondere der Landesstraßenbau chronisch unterfinanziert ist. Da werden im Jahr rund 100 Millionen € benötigt. Ich glaube, es sind jetzt knapp 30 Millionen € vorgeesehen. Wir fahren dabei auf Verschleiß.

Im Übrigen sind das auch die Mittel aus dem Titel, mit dem Radwege gebaut werden. Ich habe gehört, dass Ihre Fraktion dazu eine besondere Affinität hat. Wenn wir 100 Millionen € brauchen, 30 Millionen € haben und zusätzlich Radwege bauen sollen, wo sind dabei die Spielräume? Das würde mich interessieren.

**Herr Meister (GRÜNE):**

Sie sehen ja die Deckungsquellen. Wir haben in verschiedenen Anträgen die unterschiedlichsten Dinge zurückgefahren, insbesondere beim Straßenneubau. Beim Straßenerhalt ist tatsächlich der Spielraum geringer. Letztlich bestätigen Sie damit aber unsere Position. Der ständige Ausbau, den wir haben, bei dem Sie in Größenordnungen noch draufsatteln, führt dazu, dass wir ständig Folgekosten haben. Wir haben es gesehen.

Bei den Remanenzkosten wird gesagt, in Sachsen-Anhalt müssen wir etwa 5 000 € je Kilometer Kreisstraße ansetzen. Andere Länder machen dies noch höher und legen 7 000 oder 9 000 € an. Das ist genau die Sackgasse, vor der wir warnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Eine zweite Frage von Herrn Barthel.

**Herr Barthel (CDU):**

Nur ein Hinweis: Ich glaube, der Spitzenreiter bei den Ausgaben pro Kilometer ist Baden-Württemberg mit 12 000 €. Ich brauche, glaube ich, nicht

zu erwähnen, wer dort momentan die Regierungsverantwortung trägt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

**Herr Meister (GRÜNE):**

Mir ist bekannt, dass der Finanzminister von der SPD gestellt wird und der Regierungschef von den GRÜNEN. Ich bin aber Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und habe die hiesige Politik zu vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Meister. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Frau Niestädt. Bitte schön, Frau Niestädt.

**Frau Niestädt (SPD):**

Ich dachte schon, ich komme gar nicht mehr dran.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Doch, hier kommt jeder dran.

**Frau Niestädt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Als letzte Rednerin genießt man eigentlich das Privileg, am Redemanuskript noch etwas ändern zu können. Aber ich glaube trotzdem, dass ich um Wiederholungen nicht herumkomme, und möchte daher schon bei Ihnen um Verzeihung bitten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit 2014 haben wir den dritten Haushalt in Folge mit einem Verzicht auf neue Schulden und einer Tilgung der bestehenden Landesschulden, die schon 20,6 Milliarden € ausmachen. Und das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist nicht selbstverständlich.

Wir werden am Ende des nächsten Jahres mit einer Tilgung von 50 Millionen € im Haushalt 2014 und von jeweils 25 Millionen € Tilgung in 2012 und 2013 dann bereits 100 Millionen € abgetragen haben.

Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 3 % sparen wir damit 3 Millionen € Landesausgaben dauerhaft ein bzw. werden dieses Geld für wichtige Aufgaben zum Beispiel im Politikfeld Bildung einsetzen können. Was ich damit sagen will: Wir sparen nicht um des Selbstzwecks wegen, sondern um künftig handlungsfähig zu bleiben.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Zinslast von 600 Millionen €, auch wenn diese niedriger ist, als noch vor Jahren angenommen, beschneidet uns in der Durchsetzung politischer Ziele. Nun ist es müßig, der vergossenen Milch

nachzuweinen; aber es sollte unser aller Ziel sein, diese Handlungsspielräume Jahr für Jahr zurückzugewinnen.

Einen ersten Pfad zeigt der Ihnen vom Finanzausschuss heute zur Abstimmung vorgelegte Tilgungsplan auf. Dieser sieht vor, die konjunkturbedingte Neuverschuldung aus den Jahren 2010 und 2011 in Höhe von 821 Millionen € bis 2019 wieder abzuführen. Das sieht auch § 18 unserer Landeshaushaltsordnung vor; das heißt, wir können davon nicht abweichen. Aber ich empfehle an dieser Stelle schon einmal die Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Was aber haben wir neben der Tilgung im Haushalt als Zukunftsmaßnahmen noch vorgesehen? - Wir werden dem Sondervermögen Pensionsfonds weitere rund 50 Millionen € zuführen. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 hatte der Fonds einen Gesamtbestand von 312 Millionen €. Ab dem Jahr 2016 - so sieht es § 6 des Pensionsfondsgesetzes vor - können dann erstmals Entnahmen vorgenommen werden. Diese werden uns helfen, die Pensionsausgaben zu leisten und den laufenden Haushalt zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Die Hoffnung auf ein Sinken der Pensionsausgaben durch die Inanspruchnahme des Pensionsfonds muss ich leider dämpfen. Wir in Sachsen-Anhalt sehen uns mittelfristig wegen der geringeren Beamtenzahl und der jüngeren Beamtenschaft zwar niedrigeren Pensionslasten als die alten Bundesländer gegenüber, von 2014 bis 2016 werden diese Ausgaben aber um stolze 87 Millionen € auf 294 Millionen € pro Jahr steigen. Der an die Versorgungsempfänger zu zahlende Betrag wird im Jahr 2020 noch einmal um 50 Millionen € pro Jahr höher liegen.

Wir werden diesen Anstieg mit den Mitteln aus dem Pensionsfonds mittelfristig zwar nicht verhindern, aber abmildern können. Deshalb ist es mir unverständlich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion DIE LINKE, dass Sie der Meinung sind, diese Rücklage, den Pensionsfonds, brauchten wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen hat der Pensionsfonds allein im Jahr 2012 eine Rendite von 8,41 % erzielt. Nicht zuletzt das spricht für den Fonds und für die gute Anlagestrategie unseres Landes.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Jahr 2014 werden wir eine Zuführung zur Steuerschwankungsreserve in Höhe von 10 Millionen € vornehmen können. Darauf haben wir uns im parlamentarischen Raum geeinigt. Die aktuelle Steuerschätzung hat das ermöglicht, die für das Jahr 2014 Mehreinnahmen in Höhe von 36,4 Millionen € vorsieht.

Die Zukunftsvorsorge ist auch im Einnahmenbereich wichtig. Allein auf die Hoffnung zu setzen, dass die Steuereinnahmen bis in alle Ewigkeit aufwachsen werden, ist schlechte Haushaltspolitik. Das sehen Sie, die Fraktion DIE LINKE, anders. Sie wollten mit Ihren Änderungsanträgen erreichen, dass diese Rücklage in nur einem Jahr fröhstückt wird. Die Mittel sollten beliebig mal für Bildung,

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Zur Tilgung!)

mal für soziale Anliegen, mal für Investitionen ausgegeben werden. Alle Ihre Anträge kannten nur eine Gegenfinanzierung. Das war die Steuerschwankungsreserve

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

- ganz nach dem Motto: Ich haue mit dem Hämmerlein das Sparschwein des Landes kaputt.

(Widerspruch bei der LINKEN)

- Ja, Frau Dr. Klein. Das mache ich nicht mit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das sage ich deutlich: Das mache ich nicht mit. Das machen wir nicht mit. Das macht meine Partei nicht mit und auch nicht die Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Wir wollen unser Sparschwein nicht als Spanferkel verfrühstückten, sondern es füttern, damit es groß und stark wird, um dem Land bei einem möglichen wirtschaftlichen Abschwung helfen zu können, damit wir in einer solchen Situation eben keine neuen Schulden aufnehmen müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen die Ersparnisse aufwerten und künftig die Möglichkeit einräumen, daraus auch die Tilgung finanzieren zu können sowie Haushaltsreste in Höhe von bis zu 50 % des zugeführten Jahresbetrages. Kollege Barthel hat es ausgeführt.

Das ist solide Finanzpolitik, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und die lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtmachen und kleinreden.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich würde gern einmal wissen, wie Sie eine Rezession überstehen wollten, wenn Sie einmal in Regierungsverantwortung stünden: zur Bank gehen, Kredite aufnehmen, langjährige Förderungen und Zuschüsse von jetzt auf gleich streichen? - Sie würden sehr schnell darauf kommen, dass man Vorsorge betreiben muss, um nicht bei jedem lauen Lüftchen, das einem bei den Steuereinnahmen ins Gesicht bläst, mitsamt dem Regierungsprogramm umzufallen. Das ist keine seriöse Politik.

Ihre Politik, verehrte LINKE, wird auch nicht besser, wenn Sie am Ende der Haushaltsberatungen

flugs eine Tilgung in Höhe von 55 Millionen € wollen, um die ungeliebte Reserve kurz und klein zu schlagen - Hauptsache die Rücklage ist weg. Wir lassen uns die Rücklagen, die wir finanzpolitisch für vernünftig halten, von Ihnen nicht zerstören, auch wenn Sie sie nicht mögen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Dann geben Sie sie eben selber in die Tilgung!)

- Wir geben sie in die Tilgung; das ist wohl richtig. Aber wann denn, Frau Kollegin?

Auch der Stabilitätsrat bescheinigt uns einen guten Konsolidierungsweg. Wenn es um die Sorgenkinder unter den Bundesländern geht, wird Sachsen-Anhalt nicht mehr genannt. Man liest von Bremen, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Berlin. Sachsen-Anhalt macht seine Hausaufgaben und wirtschaftet gut mit seinen Mitteln, auch mit dem Instrument der Steuerschwankungsreserve.

Ganz kurz noch einmal dazu, Frau Dr. Klein, eine globale Minderausgabe über den Landeshaushalt zu legen; der Kollege Kay Barthel ist darauf sehr deutlich eingegangen. Es gibt einen Unterschied: Eine globale Minderausgabe wird für die Deckung der Ausgaben benötigt, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Sie deckt die Mehrausgaben und muss im Laufe des Haushaltsjahres erwirtschaftet werden. Eine Steuerschwankungsreserve wird dagegen mit den Überschüssen eines Haushaltsjahres gefüllt. Die Mittel werden also nicht vorher ausgegeben. Das wäre auch nicht möglich. Wir haben gesagt, wegen der Eckwerte kann es keine globale Minderausgabe mehr geben, sondern damit gibt es Planungssicherheit für die Ressorts.

Ich muss aber einen Appell an das Hohe Haus richten: Es wird nicht immer so sein, dass uns der Wind - es ist nicht gerade der Sturm Xaver, aber ein kleiner und steter - wie in den letzten Jahren so nett in den Rücken bläst.

Wir konnten bei diesem Mal aus Steuermehreinnahmen in Höhe von 36,4 Millionen € schöpfen. Das kann nach der November-Steuerschätzung leicht auch einmal anders laufen. Dann dürfen wir als Parlament vielleicht einmal 20, 30 oder auch 100 Millionen € an Steuermindereinnahmen in der Bereinigungssitzung ausgleichen. Ich hoffe, dass das keiner von uns erleben wird.

Deshalb habe ich in meiner Fraktion schon sehr frühzeitig für die Schuldentilgung und für die Zuführungen zur Steuerschwankungsreserve geworben. Ich freue mich, dass wir das heute mit dem Haushaltsgesetz verabschieden können.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: 2014 keine Neuverschuldung, Tilgung in Höhe von 50 Millionen €, 56 Millionen € für die Vorsorge vor den Pensionslasten und 10 Millionen € für die Steuerschwankungsreserve. Das sind Haushaltsmittel in

Höhe von insgesamt 116 Millionen €, die wir zurücklegen, sparen und klug einsetzen.

(Zustimmung bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich nun noch auf wenige Einzelposten im Haushaltsplan eingehen. Ich möchte mit den politisch bedeutsamsten beginnen.

Mit den Steuermehreinnahmen haben wir das Landesblindengeld wieder angehoben. Da das Land ein Blindengeld auf dem Niveau der Bundesländer mit den höchsten Leistungen nicht bezahlen kann, war ein Kompromiss zu finden. Wir haben das Blindengeld für Erwachsene auf monatlich 320 € angehoben. Der Regierungsentwurf sah 266 € vor. Bislang sind es 350 €. Das Blindengeld für Minderjährige bleibt unangetastet. Das Blindengeldgesetz wird über das Haushaltsbegleitgesetz entsprechend geändert werden.

Ich möchte hier auch deutlich machen, dass Schülerinnen und Schüler in Internatsschulen und Umschülerinnen und Umschüler in den Berufsförderwerken oder ähnlichen Einrichtungen mit Internatsunterbringung auch weiterhin Leistungen nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld erhalten sollen. Sie sind von der Streichung des Blindengeldes für Personen in Heimen ausdrücklich ausgenommen.

An dieser Stelle möchte ich noch auf unseren Änderungsantrag hinweisen. Frau Dr. Klein ist in ihrer Einbringungsrede bereits darauf eingegangen, hat sich aber ein bisschen missverständlich ausgedrückt. Es geht darum, dass in Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes der Doppelbuchstabe bb gestrichen werden soll. Damit bleibt es bei der Formulierung im Regierungsentwurf.

Für Familienförderzentren sieht die Koalition Mehraufwendungen gegenüber dem Regierungsentwurf in Höhe von 350 000 € vor. Damit ist die weitere Finanzierung möglich.

Die Ausgaben für die Jugendpauschale und für das Fachkräfteprogramm wollen wir in den kommenden Jahren auf dem Niveau des Jahres 2014 verstetigen. Dafür haben wir Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan ausgewiesen. Man kann dazu sagen, das ist uns zu wenig. Es ist aber bedauerlich, dass uns die Änderungen im Familienfördergesetz heute noch nicht vorliegen, wodurch die Beratungslandschaft sichergestellt werden soll. Die Träger werden dann Planungssicherheit für die weitere Finanzierung im Bereich der Beratungslandschaft haben. Liebe Kollegin Frau Dr. Späthe, ich bin mir sicher, dass uns das am Anfang des nächsten Jahres gelingen wird, weil es wichtig ist.

Ich möchte hier noch einmal betonen: Alle Veränderungen, die wir im Politikfeld Soziales vornehmen, sollen bis zum Ende der Legislaturperiode

fortwirken und mit dem Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016 nicht noch einmal angefasst werden. Die Träger brauchen Planungssicherheit und wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht jedes Jahr die Debatte über Kürzungen im sozialen Bereich.

Wir wollen die Ausgaben im Haushalt verstetigen. Ich weiß aber um die Schwierigkeiten, vor denen der Minister für Arbeit und Soziales Norbert Bischoff steht, wenn er die Mittel in den Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016 einstellen muss. Ich glaube aber, es wird helfen, wenn wir ein Familienfördergesetz haben werden, in dem die Beteiligung des Landes an diesen Ausgaben festgeschrieben ist.

Die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit konnte gesichert werden. Sie wissen, dass eine Finanzierungslücke bestand. Wir haben diese Lücke geschlossen. Die Schulsozialarbeit trägt in erheblichem Maße dazu bei, die Schulabbrecherquote zu senken. Die ersten Früchte aus diesem Programm ernten wir bereits. Nach den neuesten Zahlen konnte die Schulabbrecherquote unter 10 % gedrückt werden. Sie liegt immer noch viel zu hoch, es ist aber trotzdem ein beachtlicher Erfolg. Wir müssen darauf achten, dass wir nicht die Hände in den Schoß legen.

(Zustimmung von Frau Dr. Späthe, SPD)

Ein weiterer Punkt - man muss es einfach sagen - sind die Leistungen nach dem Kinderförderungsgesetz. Aufgrund der gegenüber der letzten Bevölkerungsstatistik gestiegenen Kinderzahlen gab es einen Mehrbedarf in Höhe von 5,1 Millionen €. Auch diese Lücke konnte geschlossen werden.

In Einzelplan 03 erhöhen wir die Mittel für die Sportstättenförderung um 1 Million € für Sportstätten in Halberstadt, Bad Dürrenberg, Wernigerode, Schönebeck usw.

Noch ein kurzer Blick auf den Einzelplan 06. Gegenüber dem Regierungsentwurf sehen wir zusätzliche Mittel in Höhe von 9 Millionen € für Forschung und Innovation vor. Davon entfallen 800 000 € auf die Landesgraduiertenförderung. Verehrter Herr Kollege Gallert, es stimmt eben nicht, wenn Sie hier anderes behaupten, weil Ihre Kolleginnen Kollegen das vielleicht nicht anerkennen oder anders gewollt haben. Wir haben im Finanzausschuss sehr wohl erklärt, wofür das Geld eingestellt und ausgegeben werden soll.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ich habe es nicht verstanden!)

Wir haben deutlich gesagt: Außerhalb der Rahmenvereinbarung sollen Mittel in Höhe von 7,2 Millionen € für Investitionen in Großgeräte und 1 Million € für Sachkosten aufgewendet werden. Was soll man noch weiter erklären, was mit dem Geld

passieren soll? Es soll eben genau dafür eingestellt werden. Wir haben das erklärt.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Warum haben Sie die alte Rahmenvereinbarung nicht weitergeführt?)

Zudem haben wir mit Verpflichtungsermächtigungen die Voraussetzungen für dreijährige Zielvereinbarungen mit den Studentenwerken geschaffen. Die Studentenwerke sind ebenso ein Thema, das uns über viele Wochen beschäftigt hat. Ich denke, es ist Klarheit geschaffen worden. Auch hierbei gilt: vorausschauend denken, Planungssicherheit schaffen.

Das Hochschulstrukturkonzept des Wissenschaftsministers steht noch aus. Deswegen konnten wir keine entsprechenden Veränderungen im Haushaltsplan vornehmen. Wir haben im Vorwort zum Einzelplan 06 einen Vermerk zur Kürzung von 50 Millionen € im Hochschulbereich entfernt. Für eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen nach oben haben wir mit einer Erläuterung gesorgt.

Die Finanzierung der beiden rechtsmedizinischen Institute in Magdeburg und Halle war ein sehr unschöner Prozess. Das muss ich sagen. Das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft hat dafür keine Mittel im Haushaltsplan vorgesehen. Die Ressorts MI, MJ, MS und MW konnten sich nicht einigen. Letztlich mussten die Koalitionsfraktionen in der Bereinigungssitzung mit der finanziellen Beteiligung des MJ, des MI und des MW die Aufrechterhaltung im Jahr 2014 sicherstellen.

Ich sage aber auch, es handelt sich um eine einmalige Mitfinanzierung des Justizministeriums und des Innenministeriums für das Jahr 2014. Das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft ist aufgefordert, ein tragfähiges Konzept zur Aufrechterhaltung und Finanzierung der rechtsmedizinischen Einrichtungen in Halle und Magdeburg bis Ende Juni 2014 vorzulegen und dabei die Vorgaben des Landtags zur Beibehaltung eines Instituts an zwei Standorten zu berücksichtigen. Ich verweise auf die Drs. 6/2291.

Kurz noch ein Punkt anknüpfend an die Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 heute. Ich glaube, es ist schon viel gesagt worden. Es bedarf einer Klärstellung, wie mit dem Strukturanpassungsfonds und mit den Dynamisierungsmitteln umgegangen werden soll. Mein Kollege Thomas Felke sagte zu Recht, eigentlich wisse niemand so recht, was damit passieren solle, wie das gehen solle und ob die Mittel in Höhe von 1 Million € ausreichen würden oder nicht.

Wir hätten heute sehr gern einen Entschließungsantrag vorgelegt. Der ist leider nicht zustande gekommen. Deswegen sage ich es hier noch einmal deutlich, damit es auch im Protokoll steht: Für den

Strukturanpassungsfonds für Theater und Orchester sind derzeit Mittel in Höhe von 1 Million € veranschlagt. Wir erkennen es sehr hoch an, dass die Träger und die Einrichtungen in Halle, in Dessau und in Eisleben vor erheblichen Anstrengungen stehen. Ich weiß, dass derzeit heftig an tragfähigen Konzepten und Vereinbarungen gearbeitet wird. Herr Minister Dorgerloh hat uns das vorhin eindringlich erklärt. Diese Vereinbarungen und Konzepte liegen uns aber noch nicht vor und wir konnten sie auch noch nicht bewerten. Daher sind sowohl die Länge der einzelnen Schritte wie auch der zeitliche Umfang und die Höhe der Mittel noch nicht darstellbar. Deswegen können wir sie auch nicht als einen Ausgabenansatz über die bereits eingestellte 1 Million € hinaus in den Haushaltsplanentwurf einarbeiten.

Aber wenn das vorliegt, wenn wir die Strukturanpassungspläne haben, wenn wir sie in den Ausschüssen, also im Landtag, haben, dann werden diese Mittel - soweit nötig und so weit, wie es darin steht - durch Mittel aus dem Gesamthaushalt verstärkt. Wir haben also, wie einige schon gesagt haben, nach oben keine Grenzen gesetzt. Die Mittel werden durch die Ausschüsse freigegeben und nicht, Herr Kollege Gallert, durch eine GMA. Die Eckwerte der Häuser werden hierdurch nicht belastet. Das muss auch einmal eindeutig gesagt werden.

Entsprechende Vorsorge haben wir heute durch den Haushaltsvermerk getroffen. Deswegen ist es eben nicht so, dass wir Halle, Dessau und Eisleben mit ihren Sorgen allein lassen. Wir lassen sie nicht allein auf dem Weg der Veränderungen, sondern werden sie breit unterstützen.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Änderungsantrag, der Ihnen dazu vorliegt, ist Ihnen schon von meinem Kollegen Barthel erläutert worden. Hierin ist die Verpflichtungsermächtigung zur Dynamisierung enthalten. Erstmals haben wir für die Theater- und Orchestereinrichtungen eine Dynamisierung eingebracht, in diesem Jahr in Höhe von 400 000 €. Das erhöht sich entsprechend von Jahr zu Jahr.

Wir haben jetzt - das haben wir in der Bereinigungssitzung noch nicht gewusst - die Untersetzung der VE vorliegen. Sie steht im Änderungsantrag. Damit ist ab 2014 für alle nicht von den Anpassungen betroffenen Einrichtungen eine Dynamisierung möglich, also eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, und für alle anderen dann, sobald der Fonds nicht mehr benötigt wird.

Zugleich sehen Sie im Änderungsantrag dann folgerichtig auch die Änderung des Haushaltsgesetzes. Da wird nämlich die Zahl entsprechend erhöht und auch die Anlage 1 des Haushaltsgesetzes angepasst.

Ich möchte nicht mehr so viel sagen, ich merke schon die Unruhe. Aber im Einzelplan 13 - das muss noch erwähnt werden - gab es erheblichen Änderungsbedarf. So waren zum Beispiel auch die Personalverstärkungsmittel in Höhe von 72 Millionen € darzustellen und teilweise auch aufzulösen. Auch das war ein großer Kritikpunkt des Landesrechnungshofes. Hier haben wir den einzelnen Ressorts rund 6,5 Millionen € zur Bewältigung der Hochwasserschadensbeseitigung im Zusammenhang mit Geschäftsbesorgungsverträgen mit der Investitionsbank, die die Regulierung übernimmt, zugewiesen.

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz hat direkt nach dem Hochwasser für die Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes 2020 Personal - also 40 befristete Einstellungen - zugesagt bekommen. Neben diesem wird es auch in anderen Ressorts befristet beschäftigtes Personal für die Beseitigung der Schäden bzw. auch den Schutz der Anlagen geben müssen. 100 befristete Einstellungen - einschließlich der für den LHW - wurden von den Ressorts angemeldet. Zum Zeitpunkt der Behandlung des Einzelplans 13 waren bereits 23 Einstellungen erfolgt.

Die Zuweisung der Personalverstärkungsmittel, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann erfolgen, wenn die genauen Bedarfe durch die Ressorts benannt und die Einstellungen erfolgt sind. Es stehen für befristete Einstellungen hier 4,6 Millionen € zur Verfügung.

Die übrigen Personalverstärkungsmittel in Höhe von 60 Millionen € verteilen sich mit 47,5 Millionen € auf Neueinstellungen, auch auf die 120 Lehrer, die wir im Jahr 2013 neu eingestellt haben, sowie auf Beförderungen und auf die beförderten Sekundarschullehrer.

Wir haben - das hat auch der Minister gesagt - die Einnahmen und Ausgaben zu den Fluthilfen des Bundes veranschlagt. Deshalb haben wir hier eine Erhöhung des Haushaltsvolumens um 655 Millionen € auf 10,7 Milliarden €.

Für die EU-Programme gilt: Sie konnten leider noch nicht näher mit Zahlen unterlegt werden. Das Europäische Parlament hat nun zwar ein Paket in Höhe von 960 Milliarden € bestätigt, es muss aber noch auf die Länder heruntergebrochen werden.

Apropos EU-Programme und nächste Förderperiode: Für mich, für uns steht bereits heute fest, dass wir das erfolgreiche Stark-III-Programm auch in der nächsten Förderperiode fortsetzen werden. Ende Oktober hatten wir 58 bewilligte Projekte im ELER- und EFRE-Bereich mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 91 Millionen €. Die Bescheide dafür sind ergangen. Mit dem Bau kann begonnen werden, und ich weiß, dass viele von Ihnen bereits bei der Bescheidübergabe dabei waren. Das ist

immer eine sehr angenehme Angelegenheit, nicht wahr?

Die Stark-III-Mittel sind - ebenso wie die Tilgung von Landesschulden - sehr gut investiertes Kapital, denn es wird in der Zukunft Früchte tragen. Ein gutes Lernumfeld sorgt für gute Lernleistungen; gut gebildete Schüler bringen unser Land voran.

Der Finanzausgleich der Kommunen ist auch Bestandteil. Hier haben wir 7,3 Millionen € draufgesattelt. Das wird aber alles morgen auch im Rahmen des FAG näher zu erläutern sein, darauf brauche ich heute nicht einzugehen.

Nur noch ein Wort zu den Kommunalfinzen: Das Stark-II-Programm möchte ich nicht vergessen, ab 2015 sicher auch das Stark-IV-Programm. So unterstützen wir die Kommunen mit dieser Hilfe zur Teilentschuldung auf ihrem Weg zur Konsolidierung.

Jetzt kann ich es mir nicht verkneifen, doch noch ein kurzes Wort zum Landesmarketing zu sagen. Ich erachte Landesmarketing für wichtig, weil es Identität stiftet. Bisher konnten wir den Bekanntheitsgrad unseres Landes aus EU-Mitteln heben. Die letzte Kampagne „Dafür stehen wir früher auf“ - ich hoffe, Sie kennen sie alle und haben einmal hineingeguckt - habe ich als eine sehr angenehme Weiterentwicklung empfunden.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ach, Sie waren das!)

Dass es der Landesregierung aber nicht gelungen ist, bereits mit dem Haushaltsplanentwurf eine schlüssige Finanzierung vorzulegen, bedauere ich. Alles Weitere durften wir in der Presse verfolgen. Ich möchte mir Ausführungen hierzu ersparen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich erlaube mir einen letzten Exkurs in das Haushaltsbegleitgesetz. Hierbei standen wir vor der Entscheidung, wo wir Abgeordneten uns bei der Kostendämpfungspauschale einordnen wollen. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst empfahl dem Finanzausschuss eine Einordnung der Abgeordneten bei 200 oder 320 €. Meine Fraktion hatte sich für 320 € ausgesprochen. Politik ist aber die Kunst, Kompromisse einzugehen, wie wir wissen, sodass wir uns am Ende in der Mitte, bei 260 € einigten.

Ich fasse nun endlich kurz zusammen: Neben den vielen Leistungen des Landes legen wir mit dem Haushalt 2014 66 Millionen € für künftige Ausgaben zurück, tilgen 50 Millionen € unserer Landesschulden, arbeiten die Schäden des Hochwassers zügig auf und sanieren in einem einmaligen Programm die Schulen und Kitas des Landes. Wir sind Politiker und keine Buchhalter. Wir konsolidieren den Haushalt und gestalten das Land.

Wenn Herr Fraktionsvorsitzender Schröder in der Einbringungsrede im September noch Herrn Minis-

ter Webel als Gestaltungsminister bezeichnet hat, so möchte ich Sie alle hier, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, heute als Gestaltungsabgeordnete bezeichnen. Das erlaube ich mir gern, Herr Schröder.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU  
- Herr Schröder, CDU: Das ist richtig! Das widerspricht sich nicht!)

Ich empfehle die Annahme des Haushaltsgesetzes mit den Einzelplänen, des Haushaltsbegleitgesetzes und des Tilgungsplans und der von der CDU-SPD-Koalition vorgelegten Änderungsanträge.

Auch ich möchte mich herzlich bei der Vorsitzenden bedanken. Sie hat einen schweren Job. Auch wir Koalitionsfraktionen sind nicht immer einfach zu behandeln mit unseren Auszeiten, die mitunter die Zeit auch etwas überschreiten. Ich sehe es seit vielen Jahren, dass Sie das sehr umsichtig machen, dass Sie immer sehr gut vorbereitet sind. Man kann Ihnen da auch nichts vormachen. Vielen Dank also, Frau Dr. Klein.

Vielen Dank auch, Frau Gaertner. Es ist schon gesagt worden: Die Assistentin war das erste Mal so richtig in den Haushaltsberatungen; das ist nicht einfach.

Wir danken natürlich auch dem Ministerium der Finanzen und den anderen Ministern sowie meinem Kollegen Kay Barthel und den Koalitionsfraktionen.  
- Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Liebe Kollegin, beantworten Sie Fragen? - Das ist der Fall. Dann fragen in dieser Reihenfolge Herr Knöchel, Frau Dr. Klein und Herr Gallert.

#### **Herr Knöchel (DIE LINKE):**

Frau Kollegin Niestädt, Sie haben vorhin unter dem Applaus Ihrer Koalitionsfreunde ausgeführt, dass DIE LINKE vorgeschlagen hätte, die Steuerschwankungsreserve ausschließlich für konsumtive Zwecke zu verfrühstücken. Das ist nicht korrekt.

Richtig ist: DIE LINKE hat vorgeschlagen, die Zuführung zur Steuerschwankungsreserve zu entnehmen und in die Tilgung zu stecken. Dem liegt eine unterschiedliche Abwägung des Zins- und Liquiditätsrisikos zugrunde.

Sie sagten - um bei Ihrer Wortwahl zu bleiben -: Wir müssen Geld ins Sparschwein stecken. - Das Problem ist: Neben Ihrem Sparschwein klafft ein riesengroßes Loch von 21 Milliarden €. Wenn ich jetzt also das Liquiditätsrisiko, das Sie mit Ihrer Rücklage aufzufüllen gedenken, gegen das Zinssteigerungsrisiko abwäge, dann fällt mir auf, dass bei der nächsten Zinsentwicklung Ihr Sparschwein

in dieses große Loch hineinfallen und sein Inhalt nicht ausreichen wird, um die Zinsen abzutragen, die durch mögliche Steigerungen entstehen.

Aus diesem Grund ist unsere Entscheidung gewesen: Bevor man irgendwelche Rücklagen bildet, sollte man die Schuldentilgung angehen. Aus diesem Grund haben wir das vorgeschlagen. Es ist also nicht korrekt, wie Sie sagten, dass wir die Steuerschwankungsreserve verfrühstücken wollen.

#### **Frau Niestädt (SPD):**

Herr Knöchel, dazu kann ich bezüglich der Anträge nur sagen: Es ist wohl so, dass die ersten Anträge die Deckung durch die Steuerschwankungsreserve zur Folge gehabt hätten. Dass Sie am Ende - weil die Anträge abgelehnt wurden - auf die Tilgung zurückgegriffen haben, stimmt auch. Das war aber - wie ich es vorhin verstanden habe, auch aus Ihren Erklärungen im Finanzausschuss - eine Sache, die wir wollten. Ich sage es mit meinen Worten.

Die Steuerschwankungsreserve, die eine Rücklage ist, ist für Sie ein ungeliebtes Kind, Sie haben es eben noch einmal bestätigt. Sie wärmen das auf. Das ist aber eine alte Debatte, das mit den Zinssteigerungen aufzurechnen. Es ist ein alter Hut, eine alte Debatte. Darüber können wir uns gern ein anderes Mal - auch mit anderen Kollegen - unterhalten. Das geht so einfach nicht auf.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt hat Frau Dr. Klein das Wort.

#### **Frau Dr. Klein, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:**

Herr Präsident, ich möchte gern als Berichterstatterin mein in § 61 Abs. 3 verankertes Recht wahrnehmen. Ich muss jetzt sowohl Frau Niestädt als auch Herrn Knöchel korrigieren. Ich habe in meiner Berichterstattung nicht alle Änderungsanträge aufgezählt. Insofern gab es - erstens - vonseiten der LINKEN keinen Antrag zur Zurückführung des Pensionsfonds.

(Herr Borgwardt, CDU: Eben!)

Das hatten Sie selbst schon getan. Es gab also keinen Antrag.

Es gab sowohl Anträge zur Finanzierung aus der Steuerschwankungsreserve als auch mindestens 13 Anträge, die andere Titel betrafen. Das waren unter anderem Kapitel 03 01 Titelgruppe 64 - Verfassungsschutz - und Titel 461 01. Es betraf Kapitel 05 02 Titel 533 01. Es betraf Kapitel 06 02 Titel 685 06. Ich würde jetzt aufhören wollen; Sie finden das in den Unterlagen.

Ich möchte dementsprechend auch festhalten, dass sowohl das eine als auch das andere diskutiert wurde und DIE LINKE ihre Position während

der Haushaltsberatungen aufgrund geänderter Rahmenbedingungen geändert hat. So wird es korrekt für beide. Das muss ich korrigieren.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Frau Dr. Klein. Sie haben Ihr Recht als Berichterstatterin wahrgenommen. - Frau Niestädt, möchten Sie darauf antworten?

**Frau Niestädt (SPD):**

Ja, nur ein Satz, das andere war alles in Ordnung. Zur Pensionsfondsauflösung: Das war richtigerweise nicht Thema dieser Haushaltsberatung, hat aber bei der Generalaussprache, bei der Generaldebatte zum Haushalt insgesamt eine Rolle gespielt, weil das von Ihnen auch in den letzten Jahren immer wieder kam: Wozu brauchen wir diese Rücklagen? Lassen Sie uns das noch einmal in aller Ruhe besprechen.

**Frau Dr. Klein, Berichterstatterin des Ausschusses für Finanzen:**

Zuführung in den Einzelplan ist Ihr Konzept.

**Frau Niestädt (SPD):**

Ja.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt ist Herr Gallert an der Reihe.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Auch da sprachen wir nicht von der Auflösung des Pensionsfonds, sondern von der Reduzierung der Zuführung ausschließlich über die Einzelpläne und keine neuerliche globale Finanzierung aus dem Einzelplan 13. Das war aber nicht der Grund, aus dem ich mich gemeldet habe.

Sie müssen mir jetzt das mit dem nach oben offenen Strukturfonds im Einzelplan 07 noch einmal erklären. Abgesehen davon, dass uns als Parlament die Eckwertebeschlüsse der Landesregierung so was von egal sind,

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

weil sie mit unserem Haushaltsrecht überhaupt nicht zu vereinbaren sind, muss ich hier noch einmal ganz klar sagen: Entweder ist dieser nach oben offene Strukturanpassungsfonds für die Theater nach Ihrer Diktion eckwerteerhöhend und erhöht insgesamt die Ansätze in Einzelplan 07, oder er wirkt wie eine globale Minderausgabe für den Einzelplan 07. Wirkt er nicht wie eine globale Minderausgabe für den Einzelplan 07, wirkt er wie eine globale Minderausgabe für den gesamten Haushalt - es sei denn, Sie wollen dafür Schulden machen. Das glaube ich allerdings nicht.

Deswegen müssen Sie mir jetzt einmal sagen, was an meiner Aussage falsch ist, dass dieser nach oben offene Strukturanpassungsfonds wie eine globale Minderausgabe wirkt.

**Frau Niestädt (SPD):**

Herr Gallert, es ist deswegen keine globale Minderausgabe, weil diese Mehrbeträge in Höhe von mehr als 1 Million € nicht aus dem Einzelplan 07 erbracht werden sollen. Das geht schlichtweg nicht. Das heißt, dass die Mittel, die zusätzlich benötigt werden, aus dem Einzelplan 13 kommen müssen. Es geht nicht darum, den Einzelplan 07 um diesen Betrag aufzustocken, um ihn dann wieder zu entnehmen. Diese Mehrausgaben müssen aus dem Einzelplan 13 kommen.

**Herr Gallert (DIE LINKE):**

Dann ist es eine globale Minderausgabe im Einzelplan 13.

**Frau Niestädt (SPD):**

Nein, es ist keine globale Minderausgabe. Nein, das ist nicht wahr.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nenne Ihnen jetzt die den Fraktionen noch zur Verfügung stehenden Redezeiten: DIE LINKE 19 Minuten, CDU 24 Minuten, GRÜNE eine Minute und 34 Sekunden, SPD 16 Minuten.

Herr Lange, Sie und Herr Gebhardt wollen die Redezeit der Fraktion DIE LINKE jetzt nutzen. Dann haben Sie das Wort, Herr Lange.

(Herr Kurze, CDU: Oh!)

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Na, na, na.

(Heiterkeit bei der CDU)

Es geht um die Hochschulen. Bei diesem Thema bitte ich um etwas mehr Motivation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie Wulf Gallert bereits sagte, hatten die Protestierenden im Bereich der Hochschulen erste Erfolge. Zum einen ist das unrealistische Sparziel im Umfang von 50 Millionen € für die Hochschulen erst einmal vom Tisch, zumindest für die Hochschulen im engeren Sinne.

Zum anderen wurde die für das Jahr 2014 vorgesehene Kürzung der Mittel von 27,6 Millionen € auf ca. 18 Millionen € reduziert. Das ist zwar eine Bewegung, aber die Bewegung ist klein und manchmal ist die Bewegung auch nur angetäuscht. Dazu komme ich gleich.

Ich möchte anmerken und kritisieren, dass die Haushaltsansätze für die Studentenwerke halbiert werden. Sie halbieren die Zuschüsse; Sie möchten den Studentenwerken keine Investitionsmittel mehr zur Verfügung stellen. Selbst das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft spricht davon, dass die Finanzierung der Aufgaben der Studentenwerke damit völlig unzureichend ist.

Meine Damen und Herren! Die Studentenwerke bilden die soziale Infrastruktur für unsere Studierenden. Sie bieten preisgünstigen Wohnraum, sie bieten hochschulnahe Verpflegung und sie bieten Beratung und Kinderbetreuung. Es ist ein Anachronismus, dass man bei wachsenden Studierendenzahlen eine Senkung des Zuschusses beantragt und durchsetzen möchte. Andere Bundesländer gehen einen ganz anderen Weg, der uns wesentlich sympathischer ist. Deswegen stellen wir an dieser Stelle einen Änderungsantrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Sachsen-Anhalt ist dann perspektivisch das Schlusslicht in der Bundesrepublik; denn der Zuschuss des Landes für die Hochschulen beläuft sich dann auf lediglich 6 % des Etats. Sie sorgen dafür, dass sich das Land aus der sozialen Verantwortung für die Studierenden zurückzieht und dass die Attraktivität der Studienplätze in Sachsen-Anhalt sinkt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas zur Graduiertenförderung sagen. In diesem Bereich haben Sie - das meinte ich vorhin - eine Bewegung angetäuscht. Natürlich haben Sie die Haushaltsansätze für die Graduiertenförderung aufgestockt, aber Sie haben vergessen - oder eben nicht vergessen -, Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre auszubringen.

Dies hat zur Folge, dass es höchst fraglich ist, ob über das Jahr 2014 hinaus überhaupt noch Stipendien ausgezahlt werden können. Es könnte sogar zur Folge haben, dass im Jahr 2014 keine neuen Stipendien mehr vergeben werden. Ich weiß nicht, wie die Stipendien ohne Verpflichtungsermächtigungen finanziert werden sollen. Im Rahmen der morgen stattfindenden Fragestunde werden wir eine entsprechende Frage stellen, die der Minister sicherlich kompetent beantworten wird.

Zum Rahmenvertrag Forschung und Innovation ist schon ein wenig gesagt worden. Wir waren und wir bleiben den sogenannten Exzellenzinitiativen gegenüber skeptisch. Man muss aber an dieser Stelle anerkennen, was dort gewachsen ist. Gerade in diesem Bereich werden aus einem Euro Landesmittel 4 bis 8 € an Mitteln gewonnen. Das Geld, das wir dort einsetzen, wird vervielfacht.

Diese Exzellenzinitiative, dieser Rahmenvertrag Forschung und Innovation ist höchst erfolgreich. Der Wissenschaftsrat hat schriftlich festgehalten,

dass man das unbedingt erhalten sollte, dass man auch die Finanzierung unbedingt erhalten sollte. Er attestiert einigen Bereichen den Anschluss an internationales Niveau.

Die Hochschulen haben nun zwei Möglichkeiten - im Wesentlichen sind es die Universitäten, die sich entscheiden müssen -: Entweder fahren die Hochschulen das Programm zurück, weil es weniger Geld gibt und weil sie davon ausgehen, dass das ausläuft - das hieße, dass wir in etwas investiert hätten, das später nicht mehr vorhanden ist -, oder sie kürzen in anderen Bereichen und nehmen Geld aus anderen Bereichen heraus, und das bei einem bereits aufgelaufenen Defizit, das nach Ihren Erklärungen in Bernburg auch noch abzubauen ist. Das heißt, es wird in anderen Bereichen noch stärker gekürzt, damit diese Bereiche erhalten bleiben können.

Genau darauf zielt unser Antrag ab. Wir wollen den Hochschulen die Mehrkosten, die sich aus den Tarifsteigerungen und aus der Neuregelung der W-Besoldung ergeben, in Gänze ausgleichen. Das haben die Hochschulen verdient. Sie arbeiten ordentlich mit dem Geld. Dies ist den Hochschulen gegenüber nur fair.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre ein echtes Zeichen gewesen, wenn man Wissenschaft und Wirtschaft endlich einmal zusammengedacht hätte und das sogenannte Kompetenznetzwerk im Einzelplan 08 verklausuliert hätte; denn dorthin gehört es. Das Kompetenznetzwerk der Fachhochschulen ist anwendungsorientierte Forschung für die Wirtschaft und mit der Wirtschaft.

(Zustimmung bei der LINKEN)

An dieser Stelle gab es jedoch keine Bewegung. Dafür gibt es die ominöse Titelgruppe 89. Diese Titelgruppe ist mit viel Geld untersetzt worden. Für welche Personalausgaben dort Mittel in Höhe 1 Million € eingestellt worden sind, konnte uns bis heute niemand erklären. Der Minister hat uns in seiner unnachahmlichen, charmanten Art

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

auch am nächsten Tag im Ausschuss nicht erklären können, wie die bei diesem Titel eingestellten Mittel verwendet werden sollen. Er hat lediglich darauf verwiesen, dass die Koalitionsfraktionen dies so gewollt hätten; er könne dazu nichts sagen. Aus dem Ministerium hört man, man könne damit alles machen.

Mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit hat das nichts zu tun. Deswegen halten wir dieses Vorgehen für falsch.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Zum vierten Mal!)

- Sie werden es aushalten.

(Herr Scheurell, CDU: Schwer! - Herr Borgwardt, CDU: Das ist nichts Neues!)

Ein Ausblick. Es ist ein Verdienst der Demonstrierenden, dass die Kürzung im Umfang von 50 Millionen € erst einmal vom Tisch ist - das habe ich bereits gesagt -, aber der sogenannte Bernburger Frieden ist durch die Hochschulen teuer erkaufte worden. Das kann man nicht anders sagen.

Was passiert? - Erstens. Das strukturelle Defizit soll allein durch die Hochschulen beseitigt werden. Vor diesem Hintergrund frage ich mich, weshalb es dann noch immer diesen Haushaltstitel, der mit 1 Million € für den Strukturfonds ausgestattet ist, gibt.

Zweitens. Der Hochschultopf soll um 5 Millionen € reduziert werden. Dies ist eine Absenkung um 1,5 %.

Zudem wird in dem Papier eine Zirka-Angabe für die Ausgangsbasis verwendet. Das ist mehr als dürftig, wenn dieses Papier so wichtig ist. Und es ist noch immer nicht klar, ob es sich dabei bereits um den Konsolidierungsbeitrag handelt oder ob ein zusätzlicher Konsolidierungsbeitrag erhoben wird.

Drittens. Es ist nicht klar, ob sich der Bund an der Finanzierung beteiligt. All das sind ungedeckte Schecks. Wer hat vorhin von ungedeckten Schecks gesprochen? Irgendjemand aus der Koalition?

Die Änderung des Grundgesetzes ist durch die große Koalition abgesagt worden. Angeblich hätte jemand vergessen, es in den Koalitionsvertrag hineinzuschreiben. Wir wissen es nicht. Es ist jedenfalls ein ungedeckter Scheck.

(Zuruf von Herrn Harms, CDU)

Viertens. Es wird weniger Geld für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen geben; zumindest ist dies der Ansatz. Wir wissen noch nicht, welche Auswirkungen das haben wird. Das ist nicht einschätzbar. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen arbeiten an vielen Stellen mit den Hochschulen zusammen und leisten eine wichtige Arbeit in unserem Land.

Fünftens. Den Hochschulen werden die Mehrkosten, die sich aus den Tarifsteigerungen ergeben, wieder nur zu 90 % erstattet. Es gibt keinen Inflationsausgleich. Meine Damen und Herren! Dies sind Kürzungen durch die Hintertür. Dies wird die Defizite der Hochschulen erhöhen und genau dieses Vorgehen lehnen wir ab.

(Zurufe von der CDU)

Wir lehnen es ab, wie Sie mit dem Haushalt der Hochschulen umgehen. Deshalb werden wir auch

den Einzelplan 06 ablehnen. - Jetzt haben wir noch eine Redezeit von elf Minuten.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt bleibt die Uhr ganz sicher stehen, Herr Lange. Es gibt zwei Nachfragen von Frau Dr. Pähle und von Herrn Barthel. Sind Sie bereit, diese Fragen zu beantworten?

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Ja, darauf bin ich richtig gespannt.

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Dann hat Frau Dr. Pähle das Wort. Bitte schön.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Herr Kollege Lange, meine erste Frage bezieht sich auf die Rahmenvereinbarung für Forschung und Innovation. Teilen Sie meine Auffassung, dass wir uns über den Inhalt und die Fortführung der Rahmenvereinbarung für Forschung und Innovation ohnehin an vielen Stellen unsicher waren, wie es nach dem Jahr 2015 aussieht, auch vor dem Hintergrund, dass diese Rahmenvereinbarung nie evaluiert wurde? Wir wissen von den Hochschulen - Sie haben es ausgeführt -, dass das Geld momentan gut angelegt ist, weil die Universitäten damit arbeiten können. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass die Hochschulen durch den Prozess, der im nächsten Jahr beginnen wird, aufgefordert sind, Schwerpunkte in ihrer Arbeit zu setzen.

Halten Sie es vor diesem Hintergrund nicht für sinnvoll, einen Haushaltstitel auszubringen, bei dem Mittel veranschlagt werden, die den Hochschulen und auch den Universitätskliniken zur Verfügung stehen, um notwendige Entscheidungen bereits jetzt anzuschieben, um Investitionen zu tätigen und auch um Personal einzustellen? Damit verbessert sich die Situation der Hochschulen, weil sie autonom über diese Mittel entscheiden können. - Das zur ersten Frage.

Meine zweite Frage betrifft die von Ihnen aufgelisteten Defizite bei der Finanzierung unseres Hochschulsystems. An dieser Stelle sind wir nicht weit voneinander entfernt. Aber sehen Sie es nicht auch so, dass im kommenden Jahr mit den zu erwartenden Mitteln im Rahmen des Hochschulpaktes in Höhe von 54 Millionen € für die Hochschulen in unserem Land viele dieser Defizite durch den Bund aufgefangen werden können?

Wenn die Hochschulen im Jahr 2014 die Chance haben, mithilfe der Mittel des Bundes und des Strukturfonds des Landes Strukturen anzuschieben, dann wird die Basis dafür geschaffen werden, dass wir ab dem Jahr 2015 in eine Umstrukturie-

rung einsteigen können. Eigentlich ist momentan sehr viel Geld im System der Hochschulen vorhanden.

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Zu Ihrer zweiten Frage. Sie haben Recht, es ist momentan viel Geld vorhanden. Sie wissen aber auch, dass wir gleichzeitig sehr viel mehr Studierende haben, als es unsere Strukturen eigentlich hergeben. Bei 34 000 personalbezogenen Studienplätzen haben wir 55 000 Studierende.

Sie wissen auch, dass die Mittel des Bundes im Rahmen des Hochschulpaktes eben gerade nicht für den Ausgleich von Defiziten, die durch das Land verursacht werden, vorgesehen sind. Genau das darf eigentlich nicht passieren.

(Zustimmung von Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE)

Streng genommen ergibt sich an dieser Stelle das Risiko, dass der Bund die Mittel zurückfordert, wenn das ruchbar wird. Das ist ein echtes Risiko, das das Land an dieser Stelle eingeht. - Das ist die eine Antwort.

**Frau Dr. Pähle (SPD):**

Deswegen haben wir 1 Million € in die neue Titelgruppe eingestellt.

(Zustimmung von Herrn Gallert, DIE LINKE)

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Nun die Antwort zu Ihrem ominösen Titel. Ich sage Ihnen eines: Normalerweise müsste dieser Titel für die Exzellenzinitiative herangezogen werden, um den Hochschulen Mittel im Rahmen der Budgets nach den Maßgaben zur Verfügung zu stellen, nach denen die Strukturen gewachsen sind.

Dies versetzt die Hochschulen tatsächlich in die Lage, entsprechende Schwerpunkte zu bilden. Denn damit werden sie nicht vor die Entscheidung gestellt, das zu erhalten, was gerade gewachsen ist und wofür noch ein bisschen Geld vorhanden ist, und dafür die Mittel in anderen Bereichen stärker zu kürzen.

Frau Pähle, Sie müssen sich auch einmal darauf einigen, welche Bedeutung der von Ihnen geforderte Haushaltstitel hat. In den Medien wurde kommuniziert, dass dies eine Kompensation für die Kürzungen sei, die die Landesregierung schon bei den Investitionen vorgenommen hat. Bei den medizinischen Fakultäten und aus dem Großgerätetopf ist schon unendlich viel Geld herausgenommen worden, mehr als 10 Millionen €, die durch diesen Titel teilweise kompensiert werden sollten; so wurde es vor der Bereinigungssitzung zu diesem Haushaltstitel kommuniziert.

Jetzt sagen Sie, dass dieser Titel dazu dienen soll, irgendwelche neuen Bereiche aufwachsen zu lassen. Sie müssen sich nun auf eines festlegen. Vielleicht hilft diese 1 Million €. Das kann sein. Aber im Moment liegt all das für uns im Dunkeln.

Wenn wir das Ministerium fragen, was mit diesem Geld gemacht werden soll, dann sagt der offizielle Vertreter des Ministeriums: keine Ahnung. Deswegen ist das für uns ein mysteriöser Vorgang.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Jetzt kann Kollege Barthel seine Frage stellen.

(Zurufe von der CDU: O nein!)

**Herr Barthel (CDU):**

Es geht schnell. - Herr Kollege Lange, Sie haben den Bernburger Frieden und den dort zwischen den Rektoren und der Landesregierung gefundenen Kompromiss demontiert.

Ich hatte in der Hochschule Magdeburg-Stendal ein interessantes Gespräch mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden und hatte nicht den Eindruck, dass man mit diesem Kompromiss in besonderer Weise hadert. Im Gegenteil: Darüber wurde offen geredet. Und es war offenbar so, dass man das gerade vonseiten der Hochschulen als eine vernünftige Lösung ansieht. Was qualifiziert Sie dazu, das an dieser Stelle nachzuverhandeln und zu behaupten, das alles sei Murks?

**Herr Lange (DIE LINKE):**

Herr Barthel, ich habe Ihnen die inhaltlichen Probleme genannt. Ich könnte Ihnen auch im Detail - ich habe noch ein bisschen Zeit - ausführen, was ich dort gesagt habe.

(Zuruf von der CDU: Muss nicht sein!)

Wir können das gern auch in einer Ausschussberatung machen, an der Sie teilnehmen können.

Ich sage Ihnen aber, was dort passiert ist. Es ist nämlich das passiert, was an dieser Stelle immer passiert: Man schraubt die Daumenschrauben so fest an, dass man, wenn sie ein bisschen nachgelassen werden, glaubt, der Schmerz sei weg. Das ist das, was dort passiert ist.

(Zustimmung bei der LINKEN)

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Herr Lange. - Jetzt spricht Herr Gebhardt. Bitte schön, Herr Gebhardt.

(Herr Borgwardt, CDU: Wie viel Zeit ist denn noch, Herr Präsident? Ich habe es nicht mehr im Ohr!)

- Elf Minuten und fünf Sekunden.

(Oh! bei der CDU und bei der SPD - Herr Scheurell, CDU: Aber die Zeit muss man nicht ausschöpfen!)

- Redezeit ist Redezeit. - Herr Kollege Gebhardt, Sie haben das Wort.

#### **Herr Gebhardt (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Wie mein Fraktionsvorsitzender Wulf Gallert heute schon völlig korrekt feststellte, standen viele Bereiche des Landeshaushalts im Fokus der Öffentlichkeit, und zwar die Bereiche, die mit Kürzungsvorhaben der Landesregierung konfrontiert wurden.

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Das betrifft auch - und das in ganz besonderem Maße - den Kulturbereich, hier vor allem die vom Sparwahn betroffenen Theater und Orchester im Land.

(Oh! bei der CDU - Herr Schröder, CDU: Das wird ja immer besser! - Herr Borgwardt; CDU: Das ist doch nicht wahr, Mann! - Zuruf von der CDU: Die haben wir noch nicht weggekürzt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Bekanntermaßen geht es vordergründig um die drei Theaterstandorte Halle, Dessau-Roßlau und Lutherstadt Eisleben. Im Fokus standen die Kürzungen aber auch deshalb, weil sich die Betroffenen, und zwar nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Region, massiv dagegen gewehrt haben.

(Zuruf von der CDU)

Rückblickend muss man sich fragen: Was haben sie nicht alles getan? - Sie haben protestiert. Sie haben demonstriert. Sie haben Briefe geschrieben. Sie haben Petitionen verfasst.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Sie sind sogar von Halle nach Magdeburg gelaufen und haben auf dem Gelände des Kultusministeriums gecamped. Sie haben in Dessau das Theater angepflockt und besetzen zurzeit das Theater in Halle. Und sie haben - wie wir heute hier erleben durften - eine erfolgreiche Volksinitiative „Kultur-land Sachsen-Anhalt retten!“ mit 40 000 Unterschriften initiiert.

Meine Damen und Herren! Was sollen die Leute noch tun?

(Herr Leimbach, CDU: Ja, was denn?)

Was soll man noch tun, damit man in diesem Land von der Politik ernst genommen wird?

(Herr Scheurell, CDU: Sparen!)

Was soll man noch tun, damit man sich hier mit den Argumenten des anderen auseinandersetzt

und zumindest ansatzweise die Argumente und Auffassungen des anderen in das eigene politische Agieren übernimmt

(Zustimmung bei der LINKEN)

und sich eben nicht resistent zeigt, wie es die Koalition hier in Sachsen-Anhalt tut?

Herr Präsident, ich wollte Sie an dieser Stelle eigentlich persönlich - sozusagen von Angesicht zu Angesicht - ansprechen. Aber wir hören uns ja im Büro.

(Zuruf von der CDU: Gehen Sie auf Tuchfühlung! - Herr Scheurell, CDU: Und wir sehen uns!)

Herr Miesterfeldt, wenn wir beide miteinander das eine oder andere Mal im privaten oder persönlichen Bereich über Demokratie, über die Ereignisse im Jahr 1989 und Ähnliches geredet haben, haben Sie immer zu mir gesagt - das habe ich mir gemerkt, weil es mich überzeugt und weil ich eine ähnliche Auffassung vertrete -, dass es in einer Demokratie wichtig ist, sich mit den Argumenten des Gegenübers auseinanderzusetzen und das eigene Tun und Handeln stets selbstkritisch zu hinterfragen.

(Oh! bei der CDU - Frau Prof. Dr. Dalbert, GRÜNE: Na ja!)

Das sind die wichtigen Grundwerte einer funktionierenden Demokratie.

(Zuruf von Frau Brakebusch, CDU)

Ich frage Sie: Warum macht die Koalition im Land exakt das Gegenteil?

(Beifall bei der LINKEN - Frau Brakebusch, CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Denn hinsichtlich der Kürzungen hat sich die Koalition nicht einen Millimeter bewegt. Das macht die Menschen im Land zu Recht wütend und lässt sie den Glauben daran verlieren, dass sich Engagement in diesem Land überhaupt lohnt. Mit dieser Politik der Ignoranz jagen Sie die Menschen aus dem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch deshalb muss dieses politische Agieren gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN - Frau Brakebusch, CDU: Nee!)

Nun hat Herr Schröder, der Fraktionsvorsitzende der CDU, heute einen Satz gesagt, für den er sich heute hier noch einmal gerechtfertigt hat,

(Herr Schröder, CDU: Erklären Sie das bitte!)

nämlich den Satz mit dem kranken System, in das man nicht investieren dürfe.

Ich möchte die Debatte an dieser Stelle nicht weiter ausdehnen. Ich möchte aber diese Grundthese des kranken Systems als Ausgangspunkt der Argumentation nehmen.

(Herr Schröder, CDU: Zu spät!)

Nun stelle ich mir vor, dieses System ist tatsächlich krank. Wenn es denn krank ist, dann muss ich mir die Frage stellen: Wie bekomme es wieder gesund? Bekomme ich ein System, das Sie wegen chronischer Unterfinanzierung als krank bezeichnen, mit weniger Geld gesund? Bekomme ich es gesund, indem ich die Unterfinanzierung noch vergrößere, indem ich noch mehr Mittel streiche?

(Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Meine Damen und Herren! Das ist doch absurd. Das hat doch mit Logik nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN - Unruhe bei der CDU - Zurufe von Herrn Kurze, CDU, und von Herrn Bommersbach, CDU)

Das erinnert mich an die Zeit des Mittelalters, in der die Menschen geglaubt haben, man müsse Kranke nur ordentlich ausbluten lassen,

(Herr Schröder, CDU: Oh!)

und je mehr Blut sie verlieren, desto gesünder werden sie, wenn sie im Anschluss daran eine anständige Hühnerbrühe verabreicht bekommen.

(Herr Scheurell, CDU: Das nannte man Aderlass! - Zuruf von Frau Brakebusch, CDU)

Diese Methode hier anwenden zu wollen, kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Güssau, Sie haben heute in Ihrer Rede gesagt: Die Strukturanpassungen sollen zu mehr Effizienz und mehr Qualität führen. Diesen Satz habe ich mir aufgeschrieben. Man könnte auch anders sagen: Erst hacke ich einem Menschen das Bein ab und behaupte dann, morgen könne er besser tanzen. Das ist Ihre Logik. Das ist die Politik, die Sie hier anwenden.

(Zurufe von Herrn Scheurell, CDU, und von Herrn Güssau, CDU)

Das hat mit Logik nichts zu tun. Es ist absurd, wenn die Kürzungen so beschlossen werden und man sich gleichzeitig eine höhere Qualität im künstlerischen Bereich davon verspricht.

(Zuruf von Herrn Kolze, CDU)

Wir hatten heute eine Ausschusssitzung, in der die Träger der Kultureinrichtungen in Dessau und in Halle noch einmal zu Wort gekommen sind und sich - ähnlich wie Herr Schröder von der Volksinitiative - klar und deutlich für ein Moratorium im

Theater- und Orchesterbereich ausgesprochen haben.

Frau Nußbeck aus Dessau war sehr deutlich. Sie hat gesagt: Wenn sich das Land nicht weiter zu 50 % an dem Theater in Dessau-Roßlau beteiligt, droht die Abwicklung des Theaters. Die Kosten dafür belaufen sich auf 28 Millionen €.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Herr Wiegand äußerte sich ähnlich deutlich. Er hat gesagt: Wenn die Kürzungen für das Jahr 2014 bestehen bleiben, bedeutet das die Insolvenz für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Wir müssen uns hier die Frage stellen: Wollen wir das? Oder wollen wir das verhindern?

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Kolze, CDU)

Das sind die Fakten, an die wir uns halten müssen. Diese Fakten wurden uns heute im Ausschuss noch einmal verdeutlicht.

(Herr Wunschinski, CDU: Ein Schreckensszenario ist das! - Zurufe von Herrn Bommersbach, CDU, und von Herrn Leimbach, CDU)

Meine Damen und Herren Kollegen! Apropos Fakten. Der Minister hat heute stolz verkündet, dass mehrere Einrichtungen und mehrere Träger die Theaterverträge im Entwurf erhalten haben. Er hat nur vergessen, Details zu nennen.

Ein Beispiel. Die Stadt Halberstadt hatte tatsächlich heute früh einen Entwurf für einen Theatervertrag in der Post. Raten Sie einmal, was in dem Anschreiben dazu stand, bis wann der Vertrag unterschrieben zurückgesendet werden soll.

(Zurufe)

- Bis morgen!

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist Demokratie! - Zuruf von der CDU: Nein! - Zurufe von der LINKEN)

Raten Sie auch einmal, ob darin ein neuer Passus steht. - In dem Entwurf des Theatervertrages ist ein Passus verankert - ich habe es erst nicht geglaubt, aber es stimmt -,

(Herr Schröder, CDU: Was ist denn das für eine Rede?)

in dem steht, dass künftig die Intendantenbesetzung im Einvernehmen mit dem Kultusminister vorzunehmen ist.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist ja unglaublich! - Zuruf von der LINKEN: Super! - Weitere Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN - Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wo leben wir eigentlich?

(Anhaltende Unruhe)

Wer ist hier Koch und wer Kellner? Wer ist das Parlament? Das frage ich mich an dieser Stelle.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Herr Leimbach, CDU: Wir sind genau deshalb dagegen! - Zurufe von Frau Weiß, CDU, und von der LINKEN)

Noch eines an dieser Stelle: Wir haben es im Ausschuss schon das eine oder andere Mal erlebt - wir sind es schon gewohnt -, dass der Minister dachte, er wäre ein Abgeordneter oder hier und da vielleicht sogar Ausschussvorsitzender.

(Frau Weiß, CDU: Wir bezahlen die Kohle und Sie sagen, wir nehmen sie aus!)

Aber dass er jetzt auch noch die Träger entmündigen will, das schlägt für mich dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Ja, für mich auch!)

Diese Politik muss von uns gestoppt werden. Wir sind das Parlament und nicht Dorgerlohs willige Helfer.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Leimbach, CDU - Herr Scheurell, CDU: Das ist keine gute Form!)

Meine Damen und Herren! Es geht insgesamt um viel.

(Zuruf von der CDU: Um gar nichts mehr! Lassen Sie das!)

Es geht vor allen Dingen um die Zukunft der Theater tragenden Städte.

(Zuruf von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Wie die „MZ“ heute richtig schrieb, werden wir zu unserem Änderungsantrag, der die Beibehaltung des Status quo vorsieht, eine namentliche Abstimmung beantragen und durchführen.

(Herr Scheurell, CDU: Dorgerlohs willige Helfer - das ist ein schönes Bild!)

Es ist auch so, wie es die „MZ“ - sozusagen als Begründung - zutreffend schrieb: Die Menschen in den Regionen haben ein Recht darauf zu erfahren, mit wem sie es hier zu tun haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Herr Kollege Gebhardt, der Kollege Graner würde Sie gern etwas fragen.

#### **Herr Gebhardt (DIE LINKE):**

Gern.

#### **Herr Graner (SPD):**

Herr Kollege, ich möchte mit meiner Frage nicht auf die Situation in den Theatern eingehen, sondern auf das, was Sie zu Beginn gefragt bzw. gesagt haben.

Sie forderten eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Argumenten der Volksinitiative. Sie forderten, man möge die Argumente ernst nehmen. Des Weiteren haben Sie gefordert, man möge die Argumente teilweise übernehmen.

Können Sie sich vorstellen, dass man ernsthafte Politik betreibt, dass man sich ernsthaft mit Argumenten auseinandersetzt, dass man Argumente im Sinne von Pro und Kontra abwägt, aber trotzdem bei der eigenen Meinung bleibt? Oder betreibt man dann schon eine Politik der Ignoranz?

(Herr Leimbach, CDU: Dazu könnte ich Ihnen seitenweise etwas erzählen!)

Bin ich ein Ignorant, wenn ich Ihre Argumente nicht teile?

(Zuruf von der CDU: Das ist die Logik!)

#### **Herr Gebhardt (DIE LINKE):**

Herr Graner, der erste Schritt - Sie haben das völlig richtig beschrieben - ist, dem anderen zuzuhören.

Sie haben doch erfahren, was heute im Ausschuss passiert ist. Dort waren die Geschäftsführer der Theater anwesend und wollten auf mögliche Fragen der Abgeordneten reagieren. Sie wurden des Beratungsraumes verwiesen. Damit war ein gegenseitiges Zuhören überhaupt nicht mehr möglich.

(Zurufe von Frau Brakebusch, CDU, und von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Damit wurde die erste Stufe dieses politischen Prozesses, den Sie soeben völlig korrekt beschrieben haben, versäumt. Und wenn man nicht bereit ist, dem anderen zuzuhören, kann man sich auf die Argumente des anderen auch überhaupt nicht einlassen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Frau Brakebusch, CDU)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Meine Damen und Herren! Auf meinem Zettel steht noch Frau Professor Dr. Dalbert. Wollen Sie den Abgeordneten etwas fragen oder wollen Sie als Fraktionsvorsitzende sprechen? - Als Fraktionsvorsitzende. Ihre Fraktion hat noch gut eine Minute Redezeit übrig. Sie haben das Wort, bitte.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN eine Erklärung abgeben, bevor wir in das Abstimmungsverfahren zum Haushaltsplanentwurf 2014 eintreten.

Uns eint mit der Fraktion DIE LINKE, dass wir wollen, dass die Kürzungen beim Blindengeld und beim Gehörlosengeld zurückgenommen werden. Uns eint, dass wir wollen, dass die Kürzungen beim Fachkräfteprogramm und bei der Jugendpauschale zurückgenommen werden.

Uns eint, dass wir wollen, dass die Kürzungen bei den Theatern und Orchestern zurückgenommen werden, wenngleich wir hier einen Schritt weiter gehen, und zwar im Sinne des Kultuskonventes. Wir sagen, man muss eine Summe drauflegen.

Wir haben heute im Ausschuss für Bildung und Kultur von dem Vertreter der Stadt Dessau gehört, dass dort die Haustarifverträge nur bis zum 31. Dezember 2013 gelten, dass also der Aufwuchs zwingend ab dem 1. Januar 2014 kommt. Deswegen sagen wir: Wir müssen gleich etwas drauflegen. Das ist der Sinn des Moratoriums, wie der Kulturkonvent es vorgeschlagen hat.

Wir haben - das hat Herr Gallert heute noch einmal dargelegt - eine Differenz in der Vorstellung, wie man diese Anträge finanziert. Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass es heute wichtig ist, dass wir mit einem gemeinsamen Signal nach außen treten, dass wir uns nicht darin verhasen, dass wir unterschiedliche Vorstellungen zur Gegenfinanzierung haben, dass wir dort in andere Töpfe greifen als Sie mit der Minderausgabe. Das Signal muss sein, dass wir sagen: Diese Kürzungen müssen zurückgenommen werden.

Deswegen werden wir Ihren Anträgen zustimmen, auch wenn wir von der Gegenfinanzierung an dieser Stelle nicht überzeugt sind. Wir haben dazu andere Vorstellungen. Aber das sollte nicht das Signal sein, das heute von hier ausgeht.

Im Übrigen haben auch wir für unseren Antrag zur Theater- und Orchesterfinanzierung eine namentliche Abstimmung beantragt. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende. - Besteht der Wunsch, eine Debatte zu Einzelplänen zu führen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren, das uns noch einmal eine hohe Konzentrations- und Arbeitsleistung abverlangt. Ich denke, wir sind bereit, diese Leistung gemeinsam zu erbringen. Wir wissen auch, dass namentliche Abstimmungen in diesem Saal wegen der schlechten Akustik nicht einfach sind. Ich denke, wir werden das aber hinbekommen.

Wir werden zunächst über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 in Drs. 6/2612 abstimmen. Hierzu liegen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2635, der Fraktion DIE LINKE in Drs. 6/2640 sowie der Fraktionen der CDU und der SPD in Drs. 6/2652 vor. Ich schlage vor, zuerst über die genannten Änderungsanträge abzustimmen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir das jetzt tun.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drs. 6/2640 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit hat dieser Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden.

Nun stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2635 ab. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Antragstellerin und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich rufe die Drs. 6/2652 auf. Dazu möchte Frau Niestädt etwas sagen. Bitte schön.

#### **Frau Niestädt (SPD):**

Herr Präsident, ich möchte die Verwirrung komplett machen bzw. zur Entwirrung beitragen. Wir haben uns mit der Finanzausschussvorsitzenden Frau Dr. Klein noch einmal beraten. Es geht darum, auf die ursprüngliche Regelung im Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt zurückzukommen. Daher soll der Änderungsantrag in Drs. 6/2652 in geänderter Fassung wie folgt lauten:

„Buchstabe b Doppelbuchstabe bb Nr. 3 erhält folgende Fassung: ‚die hochgradig sehbehindert mit einem Sehvermögen von 1/20 und weniger sind‘.“

Das wäre die Fassung, die vorher im Gesetz stand.

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Haben das alle verstanden? Ich muss es nicht noch einmal vorlesen? - Gut. Ich lasse über den Änderungsantrag in Drs. 6/2652 in der Fassung, wie ihn Frau Niestädt vorgetragen hat, abstimmen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? - Das sind alle Fraktionen. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Ich schlage gemäß § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages vor, über die selbständigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes in der soeben geänderten Fassung abzustimmen. Wer

stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit sind die selbständigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes angenommen worden.

Nun stimmen wir über die Artikelüberschriften ab. Wer stimmt den Artikelüberschriften zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit sind die Artikelüberschriften angenommen worden.

Wir stimmen ab über die Gesetzesüberschrift. Wer stimmt der Überschrift zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Gesetzesüberschrift beschlossen.

Wir stimmen ab über das Gesetz in seiner Gesamtheit. Wer stimmt dem Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2014 beschlossen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2014 in Drs. 6/2363. Wir werden darüber in der folgenden Reihenfolge abstimmen: Wir werden über die Einzelpläne abstimmen, über die Sondervermögen und über die Stellenpläne einschließlich der jeweiligen Änderungsanträge. Hiernach werden wir über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Anschließend werden wir über den Entschließungsantrag in der Beschlussempfehlung abstimmen.

(Frau Niestädt, SPD: Das ist der Spitzausgleich!)

Uns ist klar, dass sich alles, worüber wir jetzt abstimmen, auf die Beschlussempfehlung in Drs. 6/2613 bezieht.

Wir kommen zur Abstimmung über die Einzelpläne. Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor: Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt ein Änderungsantrag in Drs. 6/2637 vor. Von der Fraktion DIE LINKE liegen die Änderungsanträge in den Drs. 6/2641, 6/2642, 6/2642, 6/2642, 6/2643, 6/2644 und 6/2645 vor. Außerdem liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in Drs. 6/2648 vor.

Ich schlage vor, dass wir, bevor wir zur Abstimmung über die Einzelpläne kommen, über die Änderungsanträge abstimmen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Zu Teilen von Änderungsanträgen wurden namentliche Abstimmungen beantragt.

Wir werden versuchen, das in aller Ruhe abzuarbeiten.

Ich rufe die Drs. 6/2637 auf, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat eine namentliche Abstimmung zu Änderungsantrag 4 - das betrifft Einzelplan 07 Kapitel 07 87 - Kunst und Kultur - beantragt.

Wer stimmt dem Änderungsantrag 1 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2637 zu Einzelplan 05 Kapitel 05 09 - Sonstige soziale Leistungen - zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wer stimmt dem Änderungsantrag 2 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2637 zu Einzelplan 05 Kapitel 05 17 - Kinder, Jugend, Familie - zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Zu Änderungsantrag 3 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2637 zu Einzelplan 06 Kapitel 06 02 - Allgemeine Bewilligungen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 4 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 6/2637 zu Einzelplan 07 Kapitel 07 87 auf. Hierzu hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine namentliche Abstimmung beantragt.

Sie alle kennen das Verfahren. Ihr Name wird aufgerufen. Sie sagen ja oder nein - ja, wenn Sie zustimmen, und nein, wenn Sie ablehnen. Die aufrufende Kollegin wird Ihren Zuruf wiederholen. Sie hören bitte genau zu, ob Ihr Zuruf korrekt wiederholt wird. Das ist wichtig für das Protokoll. Sie erinnern sich, dass es schon einmal Schwierigkeiten gab.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

|                  |      |
|------------------|------|
| Frau von Angern  | -    |
| Herr Barth       | Nein |
| Herr Barthel     | Nein |
| Herr Bergmann    | Nein |
| Herr Bischoff    | Nein |
| Herr Bommersbach | Nein |

|                        |            |
|------------------------|------------|
| Herr Bönisch           | Nein       |
| Herr Borgwardt         | Nein       |
| Herr Born              | Nein       |
| Herr Dr. Brachmann     | Nein       |
| Frau Brakebusch        | Nein       |
| Frau Budde             | Nein       |
| Frau Bull              | -          |
| Herr Bullerjahn        | Nein       |
| Herr Czapek            | Nein       |
| Herr Czeke             | Enthaltung |
| Frau Prof. Dr. Dalbert | Ja         |
| Herr Daldrup           | Nein       |
| Frau Dirlich           | Enthaltung |
| Frau Edler             | Enthaltung |
| Herr Erben             | -          |
| Herr Felke             | Enthaltung |
| Frau Feußner           | Nein       |
| Frau Frederking        | Ja         |
| Herr Gallert           | Enthaltung |
| Herr Gebhardt          | Enthaltung |
| Herr Geisthardt        | -          |
| Frau Gorr              | Nein       |
| Herr Graner            | Nein       |
| Frau Grimm-Benne       | Nein       |
| Herr Grünert           | -          |
| Herr Gürth             | Nein       |
| Herr Güssau            | Nein       |
| Frau Hampel            | -          |
| Herr Harms             | Nein       |
| Herr Hartung           | Nein       |
| Herr Dr. Haseloff      | Nein       |
| Herr Henke             | Enthaltung |
| Herr Herbst            | -          |
| Herr Hoffmann          | Enthaltung |
| Frau Hohmann           | Enthaltung |
| Herr Höhn              | -          |
| Herr Hövelmann         | Nein       |
| Frau Hunger            | Enthaltung |
| Herr Jantos            | Nein       |
| Herr Keindorf          | -          |
| Frau Dr. Klein         | Enthaltung |
| Herr Knöchel           | Enthaltung |
| Frau Koch-Kupfer       | Nein       |
| Herr Dr. Köck          | Enthaltung |
| Frau Prof. Dr. Kolb    | Nein       |
| Herr Kolze             | Ja         |

|                         |            |
|-------------------------|------------|
| Herr Krause (Zerbst)    | Nein       |
| Herr Krause (Salzwedel) | Enthaltung |
| Herr Kurze              | Nein       |
| Herr Lange              | Enthaltung |
| Frau Latta              | Ja         |
| Herr Leimbach           | Nein       |
| Herr Lienau             | Nein       |
| Herr Loos               | -          |
| Frau Lüddemann          | Ja         |
| Herr Lüderitz           | Enthaltung |
| Herr Meister            | Ja         |
| Herr Mewes              | Enthaltung |
| Herr Miesterfeldt       | Nein       |
| Frau Mittendorf         | Nein       |
| Herr Mormann            | Nein       |
| Frau Niestädt           | Nein       |
| Frau Dr. Pähle          | Nein       |
| Frau Dr. Paschke        | Enthaltung |
| Frau Quade              | Enthaltung |
| Herr Radke              | -          |
| Frau Reinecke           | Nein       |
| Herr Rosmeisl           | Nein       |
| Herr Rothe              | Nein       |
| Herr Rotter             | Nein       |
| Frau Rotzsch            | -          |
| Herr Scharf             | Nein       |
| Herr Dr. Schellenberger | Nein       |
| Herr Scheurell          | Nein       |
| Frau Schindler          | Nein       |
| Herr Schröder           | Nein       |
| Herr Schwenke           | Nein       |
| Frau Dr. Späthe         | Nein       |
| Herr Stadelmann         | Nein       |
| Herr Stahlknecht        | Nein       |
| Herr Steinecke          | Nein       |
| Herr Steppuhn           | Nein       |
| Herr Striegel           | Ja         |
| Herr Sturm              | Nein       |
| Frau Take               | Nein       |
| Herr Dr. Thiel          | Enthaltung |
| Frau Thiel-Rogée        | -          |
| Herr Thomas             | Nein       |
| Frau Tiedge             | Enthaltung |
| Herr Tögel              | -          |
| Herr Wagner             | Enthaltung |
| Herr Wanzek             | Nein       |

|                   |            |
|-------------------|------------|
| Herr Weigelt      | Nein       |
| Herr Weihrich     | Ja         |
| Frau Weiß         | Nein       |
| Frau Wicke-Scheil | Ja         |
| Herr Wunschinski  | Nein       |
| Herr Zimmer       | -          |
| Frau Zoschke      | Enthaltung |

#### Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Gibt es jemanden im Saal, der nicht aufgerufen worden ist? - Das ist nicht der Fall. Dann zählen wir jetzt die Stimmen aus.

Ich darf Ihnen das Ergebnis bekanntgeben: Für diesen Antrag haben neun Abgeordnete gestimmt, dagegen 58 Abgeordnete. Enthaltungen gab es 23. 15 Abgeordnete waren nicht anwesend. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag 5 zu Kapitel 08 02 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 6 zu Kapitel 08 02 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 7 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 8 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 9 zu Kapitel 15 02 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 10 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag 11 zu Kapitel 15 02 auf. Wer stimmt dem zu? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Frak-

tion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Damit ist der Änderungsantrag in Drs. 6/2637 in Gänze abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/2641 auf. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag in der Drs. 6/2642. Sehe ich es richtig, dass hierzu eine namentliche Abstimmung beantragt worden war, und zwar bei den Kapiteln 05 09 und 05 17?

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ja!)

Dann rufe ich Punkt 1 des Änderungsantrags auf zu Einzelplan 05, zu dem es keine namentliche Abstimmung gibt. Er betrifft das Kapitel 05 02 - Allgemeine Bewilligungen - Titelgruppe 66 - Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Antragstellerin und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Dann kommen wir jetzt zu der namentlichen Abstimmung zu Punkt 2 des Änderungsantrags. Die Änderung betrifft Kapitel 05 09 - Sonstige soziale Leistungen - Titel 681 09 - Leistungen nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt. Ist allen klar, worüber wir abstimmen? - Das ist der Fall.

Dann treten wir in die namentliche Abstimmung ein. Frau Hohmann, walten Sie Ihres Amtes.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

|                    |            |
|--------------------|------------|
| Frau von Angern    | -          |
| Herr Barth         | Nein       |
| Herr Barthel       | Nein       |
| Herr Bergmann      | Nein       |
| Herr Bischoff      | Nein       |
| Herr Bommersbach   | Nein       |
| Herr Bönisch       | Nein       |
| Herr Borgwardt     | Nein       |
| Herr Born          | Nein       |
| Herr Dr. Brachmann | Enthaltung |
| Frau Brakebusch    | Nein       |
| Frau Budde         | Nein       |
| Frau Bull          | -          |
| Herr Bullerjahn    | Nein       |

|                         |      |                         |      |
|-------------------------|------|-------------------------|------|
| Herr Czapek             | Nein | Frau Lüddemann          | Ja   |
| Herr Czeke              | Ja   | Herr Lüderitz           | Ja   |
| Frau Prof. Dr. Dalbert  | Ja   | Herr Meister            | Ja   |
| Herr Daldrup            | Nein | Herr Mewes              | Ja   |
| Frau Dirlich            | Ja   | Herr Miesterfeldt       | Nein |
| Frau Edler              | Ja   | Frau Mittendorf         | Nein |
| Herr Erben              | -    | Herr Mormann            | Nein |
| Herr Felke              | Nein | Frau Niestädt           | Nein |
| Frau Feußner            | Nein | Frau Dr. Pähle          | Nein |
| Frau Frederking         | Ja   | Frau Dr. Paschke        | Ja   |
| Herr Gallert            | Ja   | Frau Quade              | Ja   |
| Herr Gebhardt           | Ja   | Herr Radke              | -    |
| Herr Geisthardt         | -    | Frau Reinecke           | Nein |
| Frau Gorr               | Nein | Herr Rosmeisl           | Nein |
| Herr Graner             | Nein | Herr Rothe              | Nein |
| Frau Grimm-Benne        | Nein | Herr Rotter             | Nein |
| Herr Grünert            | -    | Frau Rotzsch            | -    |
| Herr Gürth              | Nein | Herr Scharf             | Nein |
| Herr Güssau             | Nein | Herr Dr. Schellenberger | Nein |
| Frau Hampel             | -    | Herr Scheurell          | Nein |
| Herr Harms              | Nein | Frau Schindler          | Nein |
| Herr Hartung            | Nein | Herr Schröder           | Nein |
| Herr Dr. Haseloff       | Nein | Herr Schwenke           | Nein |
| Herr Henke              | Ja   | Frau Dr. Späthe         | Nein |
| Herr Herbst             | -    | Herr Stadelmann         | Nein |
| Herr Hoffmann           | Ja   | Herr Stahlknecht        | Nein |
| Frau Hohmann            | Ja   | Herr Steinecke          | Nein |
| Herr Höhn               | -    | Herr Steppuhn           | Nein |
| Herr Hövelmann          | Nein | Herr Striegel           | Ja   |
| Frau Hunger             | Ja   | Herr Sturm              | Nein |
| Herr Jantos             | Nein | Frau Take               | Nein |
| Herr Keindorf           | -    | Herr Dr. Thiel          | Ja   |
| Frau Dr. Klein          | Ja   | Frau Thiel-Rogée        | -    |
| Herr Knöchel            | Ja   | Herr Thomas             | Nein |
| Frau Koch-Kupfer        | Nein | Frau Tiedge             | Ja   |
| Herr Dr. Köck           | Ja   | Herr Tögel              | -    |
| Frau Prof. Dr. Kolb     | Nein | Herr Wagner             | Ja   |
| Herr Kolze              | Nein | Herr Wanzek             | Nein |
| Herr Krause (Zerbst)    | Nein | Herr Weigelt            | Nein |
| Herr Krause (Salzwedel) | Ja   | Herr Weihrich           | Ja   |
| Herr Kurze              | -    | Frau Weiß               | Nein |
| Herr Lange              | Ja   | Frau Wicke-Scheil       | Ja   |
| Frau Latta              | Ja   | Herr Wunschinski        | Nein |
| Herr Leimbach           | Nein | Herr Zimmer             | -    |
| Herr Lienau             | Nein | Frau Zoschke            | Ja   |
| Herr Loos               | -    |                         |      |

**Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Konnte jemand seine Stimme nicht abgeben?  
- Das ist nicht der Fall. Dann zählen wir jetzt aus.

Wir haben ein Ergebnis. Mit Ja stimmten 30 und mit Nein 58 Abgeordnete. Es gab eine Stimmenthaltung und 16 Abgeordnete waren nicht anwesend. Damit ist diese Änderung abgelehnt worden.

Jetzt kommt Punkt 3 des Änderungsantrages, Kapitel 05 17 - Kinder, Jugend, Familie - betreffend. Es geht um Titel 633 01 - Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Jugendpauerschule. Auch hierzu wurde eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Frau Niestädt, SPD: Dazu gehören auch a und b!)

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

|                        |      |
|------------------------|------|
| Frau von Angern        | -    |
| Herr Barth             | Nein |
| Herr Barthel           | Nein |
| Herr Bergmann          | Nein |
| Herr Bischoff          | Nein |
| Herr Bommersbach       | Nein |
| Herr Bönisch           | Nein |
| Herr Borgwardt         | Nein |
| Herr Born              | Nein |
| Herr Dr. Brachmann     | Nein |
| Frau Brakebusch        | -    |
| Frau Budde             | Nein |
| Frau Bull              | -    |
| Herr Bullerjahn        | Nein |
| Herr Czapek            | Nein |
| Herr Czeke             | Ja   |
| Frau Prof. Dr. Dalbert | Ja   |
| Herr Daldrup           | Nein |
| Frau Dirlich           | Ja   |
| Frau Edler             | Ja   |
| Herr Erben             | -    |
| Herr Felke             | Nein |
| Frau Feußner           | Nein |
| Frau Frederking        | Ja   |
| Herr Gallert           | Ja   |
| Herr Gebhardt          | Ja   |
| Herr Geisthardt        | -    |
| Frau Gorr              | Nein |
| Herr Graner            | Nein |
| Frau Grimm-Benne       | Nein |

|                         |      |
|-------------------------|------|
| Herr Grünert            | -    |
| Herr Gürth              | Nein |
| Herr Güssau             | Nein |
| Frau Hampel             | -    |
| Herr Harms              | Nein |
| Herr Hartung            | Nein |
| Herr Dr. Haseloff       | Nein |
| Herr Henke              | Ja   |
| Herr Herbst             | -    |
| Herr Hoffmann           | Ja   |
| Frau Hohmann            | Ja   |
| Herr Höhn               | -    |
| Herr Hövelmann          | Nein |
| Frau Hunger             | Ja   |
| Herr Jantos             | Nein |
| Herr Keindorf           | -    |
| Frau Dr. Klein          | Ja   |
| Herr Knöchel            | Ja   |
| Frau Koch-Kupfer        | Nein |
| Herr Dr. Köck           | Ja   |
| Frau Prof. Dr. Kolb     | Nein |
| Herr Kolze              | Nein |
| Herr Krause (Zerbst)    | Nein |
| Herr Krause (Salzwedel) | Ja   |
| Herr Kurze              | -    |
| Herr Lange              | Ja   |
| Frau Latta              | Ja   |
| Herr Leimbach           | Nein |
| Herr Lienau             | Nein |
| Herr Loos               | -    |
| Frau Lüddemann          | Ja   |
| Herr Lüderitz           | Ja   |
| Herr Meister            | Ja   |
| Herr Mewes              | Ja   |
| Herr Miesterfeldt       | Nein |
| Frau Mittendorf         | Nein |
| Herr Mormann            | Nein |
| Frau Niestädt           | Nein |
| Frau Dr. Pähle          | Nein |
| Frau Dr. Paschke        | Ja   |
| Frau Quade              | Ja   |
| Herr Radke              | -    |
| Frau Reinecke           | Nein |
| Herr Rosmeisl           | Nein |
| Herr Rothe              | Nein |

|                         |      |
|-------------------------|------|
| Herr Rotter             | Nein |
| Frau Rotzsch            | -    |
| Herr Scharf             | Nein |
| Herr Dr. Schellenberger | Nein |
| Herr Scheurell          | Nein |
| Frau Schindler          | Nein |
| Herr Schröder           | Nein |
| Herr Schwenke           | Nein |
| Frau Dr. Späthe         | Nein |
| Herr Stadelmann         | Nein |
| Herr Stahlknecht        | Nein |
| Herr Steinecke          | Nein |
| Herr Steppuhn           | Nein |
| Herr Striegel           | Ja   |
| Herr Sturm              | Nein |
| Frau Take               | Nein |
| Herr Dr. Thiel          | Ja   |
| Frau Thiel-Rogée        | -    |
| Herr Thomas             | Nein |
| Frau Tiedge             | Ja   |
| Herr Tögel              | -    |
| Herr Wagner             | Ja   |
| Herr Wanzek             | Nein |
| Herr Weigelt            | Nein |
| Herr Weihrich           | Ja   |
| Frau Weiß               | Nein |
| Frau Wicke-Scheil       | Ja   |
| Herr Wunschinski        | Nein |
| Herr Zimmer             | -    |
| Frau Zoschke            | Ja   |

#### Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Konnte jemand seine Stimme nicht los werden?  
- Das ist nicht der Fall. Dann zählen wir aus.

Meine Damen und Herren! Wir haben ein Ergebnis. Für den Antrag haben 30 Abgeordnete gestimmt. Dagegen haben 58 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. 17 Abgeordnete waren nicht anwesend. Damit ist dieser Antrag in seiner Gänze abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/2643 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag in der Drs. 6/2644 auf. Ich schaue in die Richtung der Antragstellerin,

der Fraktion DIE LINKE. Hierbei betrifft die angestrebte namentliche Abstimmung den letzten Punkt. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir über die ersten vier Punkte im Block und über den fünften Punkt extra abstimmen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Wir müssen noch über Drs. 6/2643 abstimmen!)

- Nein, über Drs. 6/2643 haben wir gerade abgestimmt. - Moment, ganz langsam. Wir haben gerade abgestimmt über Drs. 6/2643. Darüber haben wir insgesamt abgestimmt, weil dazu keine namentliche Abstimmung beantragt worden war. Aber wir haben eine namentliche Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrags in Drs. 6/2642 durchgeführt. Damit ist das erledigt.

(Herr Borgwardt, CDU: Alles korrekt!)

Jetzt muss ich meine Zettel sortieren. Also wir haben die Drs. 6/2642 und 6/2643 abgearbeitet. Wir sind jetzt bei der Drs. 6/2644. Wir waren uns einig darüber, dass wir über die ersten Punkte zusammen abstimmen und über den - ich nenne es einmal so - Orchesterantrag gesondert.

(Herr Striegel, GRÜNE, meldet sich zu Wort)

Dann rufe ich jetzt die Teile des Änderungsantrags in der Drs. 6/2644 auf, über die nicht namentlich abgestimmt werden soll. Wer stimmt zu?

(Herr Striegel, GRÜNE: Herr Präsident!)

- Jawohl, Herr Geschäftsführer.

#### Herr Striegel (GRÜNE):

Danke, dass wir noch drangekommen sind. Wir würden über die Teile gern einzeln abstimmen lassen, weil meine Fraktion dazu ein differenziertes Abstimmungsverhalten aufweist.

#### Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Dann machen wir das so. Wir stimmen über die einzelnen Teile der Drs. 6/2644 getrennt ab.

Erstens. Der Buchstabe G im Vorwort des Einzelplanes 07 soll gestrichen werden. Wer stimmt dem zu? - Die Antragstellerin und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist Punkt 1 abgelehnt worden.

Wir kommen zweitens zu der Ansatzerhöhung bei Kapital 07 06 Titel 422 41. Wer stimmt dem zu? - Die Antragstellerin und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist Punkt 2 abgelehnt worden.

Dann kommen wir zum dritten Punkt. Es geht um Kapitel 07 20 Titelgruppe 61 - Förderung der Erwachsenenbildung. Wer stimmt dem zu? - Die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch Punkt 3 abgelehnt worden.

Wir kommen zum vierten Punkt. Es wird die Ausbringung eines neuen Titels 633 03 - Landesmittel für die Kulturregionen - beantragt. Wer stimmt dem zu? - Die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist Punkt 4 abgelehnt worden.

Wir kommen zum fünften Punkt, Titelgruppe 74 - Orchester- und Theaterförderung. Dazu ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Herr Kollege Wanzek, beginnen Sie bitte mit dem Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

|                        |            |
|------------------------|------------|
| Frau von Angern        | -          |
| Herr Barth             | Nein       |
| Herr Barthel           | Nein       |
| Herr Bergmann          | Nein       |
| Herr Bischoff          | Nein       |
| Herr Bommersbach       | Nein       |
| Herr Bönisch           | Nein       |
| Herr Borgwardt         | Nein       |
| Herr Born              | Nein       |
| Herr Dr. Brachmann     | Nein       |
| Frau Brakebusch        | Nein       |
| Frau Budde             | Nein       |
| Frau Bull              | -          |
| Herr Bullerjahn        | Nein       |
| Herr Czapek            | Nein       |
| Herr Czeke             | Ja         |
| Frau Prof. Dr. Dalbert | Ja         |
| Herr Daldrup           | Nein       |
| Frau Dirlich           | Ja         |
| Frau Edler             | Ja         |
| Herr Erben             | -          |
| Herr Felke             | Enthaltung |
| Frau Fußner            | Nein       |
| Frau Frederking        | Ja         |
| Herr Gallert           | Ja         |
| Herr Gebhardt          | Ja         |
| Herr Geisthardt        | -          |
| Frau Gorr              | Nein       |
| Herr Graner            | Nein       |
| Frau Grimm-Benne       | Nein       |
| Herr Grünert           | -          |
| Herr Gürth             | Nein       |

|                         |      |
|-------------------------|------|
| Herr Güssau             | Nein |
| Frau Hampel             | -    |
| Herr Harms              | Nein |
| Herr Hartung            | -    |
| Herr Dr. Haseloff       | Nein |
| Herr Henke              | Ja   |
| Herr Herbst             | -    |
| Herr Hoffmann           | Ja   |
| Frau Hohmann            | Ja   |
| Herr Höhn               | -    |
| Herr Hövelmann          | Nein |
| Frau Hunger             | Ja   |
| Herr Jantos             | Nein |
| Herr Keindorf           | -    |
| Frau Dr. Klein          | Ja   |
| Herr Knöchel            | Ja   |
| Frau Koch-Kupfer        | Nein |
| Herr Dr. Köck           | Ja   |
| Frau Prof. Dr. Kolb     | Nein |
| Herr Kolze              | Ja   |
| Herr Krause (Zerbst)    | Nein |
| Herr Krause (Salzwedel) | Ja   |
| Herr Kurze              | Nein |
| Herr Lange              | Ja   |
| Frau Latta              | Ja   |
| Herr Leimbach           | Nein |
| Herr Lienau             | Nein |
| Herr Loos               | -    |
| Frau Lüddemann          | Ja   |
| Herr Lüderitz           | Ja   |
| Herr Meister            | Ja   |
| Herr Mewes              | Ja   |
| Herr Miesterfeldt       | Nein |
| Frau Mittendorf         | Nein |
| Herr Mormann            | Nein |
| Frau Niestädt           | Nein |
| Frau Dr. Pähle          | Nein |
| Frau Dr. Paschke        | Ja   |
| Frau Quade              | Ja   |
| Herr Radke              | -    |
| Frau Reinecke           | Nein |
| Herr Rosmeisl           | Nein |
| Herr Rothe              | Nein |
| Herr Rotter             | Nein |
| Frau Rotzsch            | -    |
| Herr Scharf             | Nein |

|                         |      |
|-------------------------|------|
| Herr Dr. Schellenberger | Nein |
| Herr Scheurell          | -    |
| Frau Schindler          | Nein |
| Herr Schröder           | Nein |
| Herr Schwenke           | Nein |
| Frau Dr. Späthe         | Nein |
| Herr Stadelmann         | Nein |
| Herr Stahlknecht        | Nein |
| Herr Steinecke          | Nein |
| Herr Steppuhn           | Nein |
| Herr Striegel           | Ja   |
| Herr Sturm              | Nein |
| Frau Take               | Nein |
| Herr Dr. Thiel          | Ja   |
| Frau Thiel-Rogée        | -    |
| Herr Thomas             | Nein |
| Frau Tiedge             | Ja   |
| Herr Tögel              | -    |
| Herr Wagner             | Ja   |
| Herr Wanzek             | Nein |
| Herr Weigelt            | Nein |
| Herr Weihrich           | Ja   |
| Frau Weiß               | Nein |
| Frau Wicke-Scheil       | Ja   |
| Herr Wunschinski        | Nein |
| Herr Zimmer             | -    |
| Frau Zoschke            | Ja   |

#### **Vizepräsident Herr Miesterfeldt:**

Konnten alle ihre Stimme abgeben? - Das ist der Fall. Dann zählen wir jetzt die Stimmen aus.

Meine Damen und Herren! Wir haben ein Ergebnis. Jastimmen: 31, Neinstimmen: 56, Enthaltungen: eine. 17 Abgeordnete waren nicht anwesend. Damit ist auch dieser Punkt des Antrags und damit der Änderungsantrag insgesamt abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag in der Drs. 6/2645 auf. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist die Antragstellerin. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt die Drs. 6/2648, den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD auf. Wer stimmt zu? - Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag angenommen worden.

Ich war jetzt sehr zügig. Wir haben nur über die erste Seite abgestimmt, nämlich über die Änderung des Einzelplanes 07. Ich rufe den Änderungsantrag noch einmal auf, weil sich auf der zweiten Seite noch ein Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz befindet. Darüber stimmen wir später ab. - Wir haben abgestimmt über die Änderung zu Einzelplan 07. Sie ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen worden.

Wir fahren jetzt fort mit den Abstimmungen über die Einzelpläne. Ich rufe jeden Einzelplan auf und lasse darüber in der Fassung der Beschlussempfehlung oder in der geänderten Fassung abstimmen.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 - Landtag - in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer stimmt zu? - Das ist das ganze Haus. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Einzelplan 01 so beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 02 - Staatskanzlei - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Einzelplan 02 beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres und Sport - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Einzelplan 03 beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Ministerium der Finanzen - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Einzelplan 04 beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Ministerium für Arbeit und Soziales - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 05 beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 06 beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 07 - Kultusministerium - Bildung und Kultur - in der soeben geänderten Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt dem Einzelplan 07 in dieser Fassung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen worden.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft - Wirtschaft. Wer stimmt dem Einzelplan in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - Bereich Landwirtschaft - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Ministerium für Justiz und Gleichstellung - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 11 so angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 13 so angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 15 auf.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Nein, erst Einzelplan 14! - Zuruf von der LINKEN: Das ist der wichtigste!)

- Das ist wirklich ein Ding. Mein Lieblingsministerium für Landesentwicklung und Verkehr.

Ich rufe den Einzelplan 14 - Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Einzelplan 14 angenommen worden.

Jetzt rufe ich den Einzelplan 15 - Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt - Bereich Umwelt - in der Fassung der Beschlussempfehlung auf. Wer stimmt zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer

stimmt dagegen? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Damit ist der Einzelplan 15 angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 16 - Landesrechnungshof - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das ist das ganze Haus. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Einzelplan 16 einstimmig angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 19 - Informations- und Kommunikationstechnologie - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist der Einzelplan 19 so angenommen worden.

Ich rufe den Einzelplan 20 - Hochbau - auf. Wer stimmt diesem in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Einzelplan 20 ist in dieser Fassung angenommen worden. Damit haben wir über die Einzelpläne abgestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Sondervermögen. Ich frage, ob ich die fünf Sondervermögen insgesamt zur Abstimmung aufrufen darf.

(Frau Dr. Paschke DIE LINKE: Nein!)

- Wenn Sie nein sagen, dann stimmen wir darüber getrennt ab.

Ich rufe das Sondervermögen „Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe“, Einzelplan 50, auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so bestätigt.

Ich rufe das Sondervermögen „Grundstock“, Einzelplan 51, auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so bestätigt worden.

Ich rufe das Sondervermögen „Versorgungsrücklage“, Einzelplan 53, auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so bestätigt worden.

Ich rufe das Sondervermögen „Altlastensanierung“, Einzelplan 54, auf. Wer stimmt dafür? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so bestätigt worden.

Ich rufe das Sondervermögen „Pensionsfonds“, Einzelplan 55, auf.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Nein! 54 20 - Landesprogramm Vernässung!)

- Das taucht auf meiner Liste nicht auf.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: 54 10 und 54 20! - Frau Niestädt, SPD: Das sind doch einzelne Kapitel! - Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE - Unruhe)

Dann ist das schlicht und einfach vergessen worden und die Ausschussvorsitzende hat Recht. Wenn Sie es sagen, dann stimmen wir darüber ab. Sie sagen bitte noch einmal den Namen, ich habe es akustisch nicht verstanden.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: 54 20 - Landesprogramm Vernässungen und Erosionen! - Unruhe)

Ich rufe das Kapitel 54 20 - Landesprogramm Vernässungen und Erosionen - auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Vernässungsfonds! - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das ist aber ein Sonderfonds! - Herr Borgwardt, CDU: Ist doch jetzt egal! Stimmen Sie ab!)

Wer stimmt dagegen? - Dagegen ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das angenommen worden.

Jetzt rufe ich noch einmal das Sondervermögen „Pensionsfonds“, Einzelplan 55, auf. Wer stimmt dafür? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das angenommen worden.

Dann stimmen wir jetzt über die Stellenpläne und Stellenübersichten ab. Ich gehe davon aus, dass wir über die Stellenpläne insgesamt abstimmen können. - Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer den Stellenplänen und Stellenübersichten zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit sind auch die Stellenpläne und Stellenübersichten bestätigt worden.

Wir haben damit den ersten Teil des Abstimmungsverfahrens, die Abstimmung über die Einzelpläne, die Sondervermögen und die Stellenpläne, abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014. In der Beschlussempfehlung in Drs. 6/2613 empfiehlt der Finanzausschuss, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Ich weise darauf hin, dass über den diesem

Gesetzentwurf als Erste Anlage beigefügten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 und über die als Zweite Anlage beigefügten „Allgemeine Bestimmungen 2014“ in der Abstimmung zu den §§ 1 und 3 bzw. zu § 8 mit entschieden wird.

(Frau Niestädt, SPD: Es gibt drei Änderungsanträge!)

Damit keine Missverständnisse entstehen: Wir sind noch immer bei der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in der Drs. 6/2613. Jetzt werden die Änderungsanträge dazu aufgerufen.

Erstens liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 6/2636 vor. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Die Antragstellerin und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthält sich jemand der Stimme? - Nein. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Zweitens liegt ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor, und zwar unter Punkt 2 - Änderung des Haushaltsgesetzes - in der Drs. 6/2648. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dem Änderungsantrag wurde damit gefolgt.

Wir haben damit die Abstimmung über die Änderungsanträge abgeschlossen und kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Gesetzentwurf wurde somit in der geänderten Fassung beschlossen.

Wir stimmen ab über die Überschrift. Sie lautet: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014 - HG 2014). Wer stimmt dieser Überschrift zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Überschrift ist so beschlossen worden.

Wir stimmen ab über das Gesetz in seiner Gesamtheit. Wer stimmt dem Gesetz in seiner Gesamtheit zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme?

(Zurufe: Gegenstimmen!)

- Ich wollte nur sehen, ob noch alle wach sind. Es sind noch alle wach. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das Haushaltsgesetz 2014 beschlossen worden.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Abschnitt II der Beschlussempfehlung in der Drs. 6/2613. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Das ist so beschlossen worden.

(Unruhe)

- Wir sind gleich fertig, einen kleinen Moment Geduld noch.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tilgungsplan für die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen in der Drs. 6/2614 vor. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden und der Tagesordnungspunkt 2 ist abgeschlossen.

Sie erinnern sich aber daran, dass wir heute Morgen beschlossen haben, dass wir jetzt noch zwei Tagesordnungspunkte vom morgigen Tag vorziehen, da eine Behandlung ohne Debatte vorgesehen ist. Das geht zügig.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Beratung

**Personelle Umbesetzung des 13. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses**

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 6/2623**

(Unruhe)

- Wenn Sie mitmachen, dann geht es ganz schnell.  
- In dem Antrag wird vorgeschlagen, dass anstelle des Abgeordneten Erben der Abgeordnete Mormann Mitglied des 13. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das ganze Haus. Damit ist der Antrag angenommen worden und wir haben den Tagesordnungspunkt 22 abgearbeitet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Beratung

**Personelle Umbesetzung des 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses**

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 6/2624**

Die vorgeschlagene Besetzungsänderung ist jetzt genau umgekehrt: Der Kollege Erben kommt in den 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und der Kollege Mormann scheidet aus. Wer stimmt der Drs. 6/2624 zu? - Das ist das ganze Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Nein. Damit ist das so beschlossen worden.

Schönen Dank und schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.13 Uhr.